



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

11. Sitzung

4. Wahlperiode

Donnerstag, 13. März 2003, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

Fragestunde

– Drucksache 4/282 –	407
Dr. Ulrich Born, CDU	407, 408
Minister Dr. Otto Ebnet	407, 408, 409, 410
Andreas Petters, CDU	408, 409, 410, 411
Peter Ritter, PDS	409, 410
Jörg Vierkant, CDU	410

Antrag der Fraktion der CDU:

EU-Strukturfonds in Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 4/264 –	411
Dr. Ulrich Born, CDU	411, 420
Jochen Schulte, SPD	412
Andreas Petters, CDU	415, 422
Minister Dr. Otto Ebnet	416, 422
Angelika Gramkow, PDS	417
Dr. Till Backhaus, SPD	418, 423
Beschluss	424

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

Resolution – Krieg im Irak verhindern

– Drucksache 4/257 –	424
----------------------------	-----

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 4/293 –	424
----------------------------	-----

Peter Ritter, PDS	424, 430
-------------------------	----------

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	425
---	-----

Michael Ankermann, CDU	426, 428, 430, 431
------------------------------	--------------------

Jochen Schulte, SPD	430
---------------------------	-----

Andreas Bluhm, PDS	431
--------------------------	-----

Volker Schlotmann, SPD	431, 433, 434, 435
------------------------------	--------------------

Dr. Armin Jäger, CDU	434, 435
----------------------------	----------

Torsten Koplin, PDS	435
---------------------------	-----

Rainer Prachtl, CDU	436
---------------------------	-----

Beschluss	436
-----------------	-----

Persönliche Bemerkung des

Abgeordneten Rainer Prachtl, CDU,

gemäß § 88 GO LT	436
-------------------------------	-----

Antrag der Fraktion der CDU:

ITER – Bewerbung des Standortes Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern) bei der Europäischen Kommission

– Drucksache 4/261 –	437
----------------------------	-----

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 4/289 –	437
----------------------------	-----

Ilka Lochner-Borst, CDU	437
-------------------------------	-----

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann	437
--	-----

Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD	438	Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:	
Dr. Gerhard Bartels, PDS	439, 440	Anpassung der Landesgesetze an	
Jörg Vierkant, CDU	440, 441, 442	das Lebenspartnerschaftsgesetz	
Siegfried Friese, SPD	441, 442	– Drucksache 4/260 –	456
Beschluss	442	Jörg Heydorn, SPD	456
		Minister Dr. Gottfried Timm	456
		Harry Glawe, CDU	457
		Gerd Walther, PDS	457
		Beschluss	459
Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:			
Halbzeitbewertung der Agenda 2000		Antrag der Fraktion der CDU:	
zur gemeinsamen Agrarpolitik der EU		Die Ich-AG – Existenzgründung	
– Drucksache 4/258 –	442	oder Substitution	
Lilly Wiebenson, SPD	442	– Drucksache 4/266 –	459
Martin Brick, CDU	444	Udo Timm, CDU	459
Alexa Wien, PDS	445	Minister Helmut Holter	460
Minister Dr. Till Backhaus	446	Klaus Mohr, SPD	461, 464
Hannelore Monegel, SPD	448	Karin Strenz, CDU	462, 464
Beschluss	450	Regine Lück, PDS	463, 464
		Eckhardt Rehberg, CDU	465
		Beschluss	466
Antrag der Fraktion der CDU:			
Standort- und Investorenwerbung		Nächste Sitzung	
in Mecklenburg-Vorpommern		Mittwoch, 9. April 2003	466
– Drucksache 4/265 –	450		
Andreas Petters, CDU	450		
Ute Schildt, SPD	452		
Dr. Martina Bunge, PDS	452		
Minister Dr. Otto Ebnet	453		
Dr. Ulrich Born, CDU	454		
Beschluss	455		

Beginn: 9.15 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 11. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestern ist der serbische Ministerpräsident Zoran Djindjic Opfer eines feigen Attentats geworden. Zoran Djindjic hat den jungen Staat Serbien in die europäische Staatengemeinschaft geholt. Der serbische Demokratisierungsprozess ist maßgeblich auf sein politisches Wirken zurückzuführen. Er war sicherlich ein unbequemer Reformier, der aber für viele Menschen seines Landes und die gesamte Krisenregion des ehemaligen Jugoslawiens ein Hoffnungsträger für die Demokratisierung Serbiens und der Stabilisierung einer ganzen Region war. Wir verurteilen den feigen Mordanschlag auf den serbischen Ministerpräsidenten, der zugleich ein Anschlag auf die Demokratie und die Zukunft Serbiens war. Wir hoffen, dass der junge serbische Staat diese äußerst schwierige Belastungsprobe meistern kann und sich weiter zu einer festen Größe innerhalb der Gemeinschaft der europäischen Demokratie entwickelt. Dem serbischen Volk gilt unser Beileid. Zoran Djindjic hinterlässt seine Ehefrau und zwei Kinder, denen unser besonderes Mitgefühl gilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Ich bitte Sie, sich für eine Schweigeminute von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Sie haben sich zu Ehren von Zoran Djindjic von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Freude und Leid liegen oft nahe beieinander und ich möchte es trotzdem nicht versäumen, die Gelegenheit zu nutzen, dem Landwirtschaftsminister, Herrn Dr. Till Backhaus, ich denke, auch in Ihrem Namen zu seinem Geburtstag zu gratulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Gratulationen)

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 4/282 vor.

Fragestunde**– Drucksache 4/282 –**

Ich rufe zunächst auf den Geschäftsbereich des Wirtschaftsministers, hierzu die **Fragen 1 und 2** des Abgeordneten Dr. Ulrich Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich frage die Landesregierung:

1. Wann wurde die Landesregierung erstmals vom Bund darüber informiert, dass eine Veränderung bei den Auszahlungs- und Abrechnungsverfahren im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) bereits zum 01.01.2003 anzuwenden ist?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Abgeordneter Dr. Born, anzuwenden war diese neue Regelung zu dem Zeitpunkt, zu dem klar war, dass der Bund diese Regelung für die

Länder verpflichtend umsetzt. Das war aus unserer Sicht die Sitzung des Unterausschusses Gemeinschaftsaufgabe vom Dezember 2002. Im Übrigen verweise ich auf meine Ihnen schriftlich vorliegende Antwort an den Wirtschaftsausschuss des Landtages vom Februar 2003.

Dr. Ulrich Born, CDU: Gestatten Sie eine Nachfrage? (Zustimmung)

Herr Minister, sind Sie bereit zu bestätigen, dass Sie in der von Ihnen angeführten Antwort im Wirtschaftsausschuss mir mitgeteilt hatten, dass der Bund die Länder zuletzt in der Sitzung am 06.02.2003 aufgefordert hat und dass ich jetzt schriftlich die Frage gestellt hatte, wann Sie erstmalig Kenntnis davon bekommen haben, dass das Verfahren umgestellt wird? Sehen Sie sich in der Lage, dem Hohen Haus mitzuteilen, seit wann die Landesregierung damit gerechnet hat, dass das Verfahren verändert wird?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Dr. Born, Ihre Frage war, wann ich das zuerst so gesehen habe. Das war im Dezember, zuletzt war es Anfang Februar 2003. In der Tat, das war die Mitteilung. Es hat im Laufe des letzten Jahres mehrmals Debatten gegeben im Unterausschuss. Es hat sich zunehmend verdichtet im Laufe des Jahres, dass hier eine Umstellung erforderlich wird. Aber die notwendige Gewissheit, die dann auch zum Handeln Anlass gab, trat im Dezember 2002 ein.

Dr. Ulrich Born, CDU: Gestatten Sie eine zweite Nachfrage?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte schön, Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, hält die Landesregierung die jetzt in Kraft befindliche Regelung für sinnvoll? Falls nein, hat die Landesregierung konkrete Schritte unternommen, um insbesondere zu verhindern, dass durch die neue Regelung die GA-Mittel nicht in Anspruch genommen werden können, etwa dadurch, dass den Unternehmen eine Vorfrist gesetzt wurde durch das Wirtschaftsministerium?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Dr. Born, das sind jetzt zwei Fragen. Die erste geht dahin, ob es sinnvoll war, und die zweite geht dahin, was wir getan haben. Ich habe den Bundesrechnungshof, auf dessen Votum die neue Regelung zurückzuführen ist, nicht zu kommentieren und ich habe ihn nicht zu kritisieren. Der Bundesrechnungshof hat festgestellt, dass hier immer Mittel aus dem Vorjahr zu lange im nächsten Jahr noch ausgegeben worden sind. Er hat dieses moniert und dann kam dieser Stichtag 31. Januar des folgenden Jahres zustande.

Zur zweiten Frage, die Sie gestellt haben: Natürlich versuchen wir im Rahmen des Finanzmanagements dafür zu sorgen, dass die Mittel möglichst vollständig abfließen. Ich möchte Sie aber darauf hinweisen, dass zum Beispiel Mittel, die mir für das Jahr 2002 zugesagt waren, auf Bewilligungsbescheide bis zum Jahr 1999 zurückgehen. Das heißt, damals waren Investitionsvorhaben geplant, beabsichtigt, die sich innerhalb von vier Jahren dann zeitlich nicht so realisiert haben. Ich bin als Wirtschaftsminister darauf angewiesen, dass hier bezahlte Rechnungen eingehen von den Unternehmen. Erst wenn die eingegangen sind, kann ausgezahlt werden. Insofern hat man hier nur begrenzte Steuerungsmöglichkeiten. Man hat Steuerungsmöglichkeiten, wenn Projekte wegfallen sollten, dass man die Mittel anders verwendet. Dies geschieht auch.

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank. Bitte die zweite Frage.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, die zweite Frage lautet:

2. Welche Verwendung hat der eingesparte Landesanteil 2002 bei der Kofinanzierung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) im Landeshaushalt gefunden?

Minister Dr. Otto Ebnet: Der nicht abgeflossene Landesanteil wird von der Landesregierung für die Wirtschaftspolitik genutzt, und zwar im Wesentlichen für die unbestreitbar notwendige Wettbewerbshilfe für unsere Werften. Im Übrigen verweise ich auf meine mündlichen Ausführungen im Wirtschaftsausschuss des Landtages, wo ich die Verwendung der Mittel ausführlich dargestellt habe.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, habe ich Sie richtig verstanden, dass die Mittel ausschließlich für die Wirtschaftspolitik des Landes verwandt werden und nicht etwa zum Teil für die Konsolidierung des Haushalts?

Minister Dr. Otto Ebnet: Die Mittel bleiben dem Ressort des Wirtschaftsministeriums vollständig erhalten.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es folgen jetzt die Fragen 3 und 4 des Abgeordneten Herrn Andreas Petters.

Andreas Petters, CDU: Nein, ich wollte noch eine Nachfrage stellen zu der letzten Frage. Herr Minister, ich frage Sie, hat die derzeitige Fördermittelpraxis, also auch die des Jahres 2002 etwas damit zu tun, dass meine Kleine Anfrage und die Kleine Anfrage des Abgeordneten Rehberg bereits jetzt seit fünf Wochen und einem Tag nicht beantwortet wurden?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Petters, das hat nichts damit zu tun. Die Antworten auf diese beiden Anfragen müssten Ihnen jetzt, möglicherweise in diesen Stunden, zugehen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Sie sind fertig. Ich muss nur darauf hinweisen, dass manche Anfragen einen solchen Aufwand erfordern, dass Antworten nicht innerhalb von ein paar Tagen möglich sind. Wir verfügen leider nicht immer über diese statistischen Abgrenzungen, die gefragt werden.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Von daher ist es dann immer mit Mühe, hohem Aufwand, Zeit und leider auch Kosten verbunden, solche Fragen schnell zu beantworten.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist ja der Sinn der Frage. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Petters, ich bitte Sie jetzt, die **Fragen 3 und 4** zu stellen.

Andreas Petters, CDU: Herr Minister!

3. Welche finanziellen Veränderungen würden sich im Falle der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes 2003 in der von der Landesregierung vorgelegten Form für den Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern ergeben?

Minister Dr. Otto Ebnet: Keine.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD)

Andreas Petters, CDU: Gestatten Sie eine Nachfrage?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte stellen Sie Ihre Nachfrage.

Andreas Petters, CDU: Wie erklären Sie sich in diesem Zusammenhang das Schreiben der Staatskanzlei vom 20. Februar 2003 an den Tourismusverband, in dem massive Kürzungen in Höhe von 200.000 Euro im Rahmen des Nachtragshaushaltes angekündigt wurden?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Abgeordneter Petters, ich habe das Schreiben der Staatskanzlei vor mir liegen. Eine derartige Ankündigung ist dem Schreiben nicht zu entnehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Siegfried Friese, SPD: Was ist denn das für ein Schreiben? – Holger Friedrich, SPD: Also das würde ich jetzt auch gern sehen.)

Andreas Petters, CDU: Gestatten Sie eine weitere Nachfrage? (Zustimmung)

Wie beurteilen Sie in dieser Angelegenheit den Umgang der Landesregierung mit der Institution – ich meine den Tourismusausschuss –, die in den letzten zwölf Jahren maßgeblich für den Erfolg des Tourismusmarketings von Mecklenburg-Vorpommern verantwortlich ist?

Minister Dr. Otto Ebnet: Die Landesregierung hat immer nach Kräften den Tourismusverband unterstützt für das Tourismusmarketing. Die Landesregierung wird das weiterhin tun. Wir wissen, dass der Tourismusverband und das Tourismusmarketing wichtig sind. Ich weise nur darauf hin, dass das Geld gut angelegt ist. Unter allen Tourismusorganisationen in Deutschland hat jetzt der Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern den ersten Preis bekommen bei einer Auszeichnung. International wurde er als siebentester Tourismusverband zwischen Großbritannien und anderen, also es waren hier andere ausländische vor ihm, ausgezeichnet. Ich denke, dass hier das Geld für die Tourismuswerbung beim Tourismusverband sehr gut angelegt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Petters, stellen Sie bitte Ihre vierte Frage.

Andreas Petters, CDU:

4. Welche potentiellen Veränderungen für das touristische Landesmarketing ergeben sich mit der Vorlage des Nachtragshaushaltes 2003 im Vergleich zum Ursprungshaushalt 2002/2003?

(Angelika Gramkow, PDS: War der nicht im Ausschuss oder wo war der?)

Minister Dr. Otto Ebnet: Keine.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Andreas Petters, CDU: Gestatten Sie eine Nachfrage? (Zustimmung)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte stellen Sie Ihre Nachfrage.

Andreas Petters, CDU: Herr Minister, halten Sie es für sachgerecht, dass das touristische Landesmarketing nicht von den Veränderungen des Nachtragshaushaltes profitiert, jedoch die so genannte Standardoffensive des Landes wesentlich aufgestockt wurde?

(Angelika Gramkow, PDS: Standortoffensive! – Gabriele Schulz, PDS: Standortoffensive, nicht Standardoffensive. – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Abgeordneter Petters, zuerst einmal ist schon wichtig, dass bei den allgemeinen Sparmaßnahmen im Landeshaushalt, die unvermeidlich sind, die Tourismuswerbung und der Tourismusverband ausgenommen worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig!)

Und zweitens wäre natürlich auch für die Tourismuswerbung und für den Tourismusverband mehr Geld für das Marketing schöner und besser und nützlicher. Allerdings müssen wir mit dem Geld leben, das im Landeshaushalt insgesamt zur Verfügung steht, und Sie wissen, dass die Zeiten nicht so sind, dass man an allgemeine Aufstockungen denken kann, sondern froh sein muss, wenn man das, was man hat, auch in Zukunft erhalten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Andreas Petters, CDU: Gestatten Sie eine weitere Nachfrage? (Zustimmung)

Teilen Sie die Auffassung des Tourismusverbandes, dass der Verband an seinen eigenen finanziellen Grenzen bereits angelangt ist und zusätzliche 1,2 Millionen Euro für das Marketing aufgebracht werden müssen, damit das derzeitige Niveau der Tourismuswirtschaft des Landes aufrechterhalten werden kann?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Abgeordneter Petters, der Erfolg des Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern kann an einer Stelle in der Tat auch zu Schwierigkeiten führen. Der Tourismusverband bekommt so viele Anfragen von Interessenten, die bedient werden müssen, die dann auch sehr hohe Portokosten verursachen und Druckkosten für das Material, das verschickt wird, dass man sich tatsächlich aufgrund dieses Erfolges wünschen möchte, mehr Mittel zur Verfügung zu haben. Es wird allerdings so sein, dass auch der Tourismusverband mit den Mitteln, die er hat, in diesem Jahr zurechtkommen wird. Man muss sagen, er muss damit zurechtkommen. Ich kann nur wiederholen, mehr wäre immer schöner im Leben, aber es geht nicht immer mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Andreas Petters, CDU: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich darf jetzt den Abgeordneten Herrn Peter Ritter bitten, die **Fragen 5 und 6** zu stellen.

Peter Ritter, PDS:

5. Presseberichten zufolge werden in Mecklenburg-Vorpommern Arbeitskräfte in Call-Centern gesucht. Am gleichen Tag meldete die „Telegate AG“ für 1.800 Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern ab 1. April 2003 Kurzarbeit an.

Wie viele freie Stellen in Call-Centern in Mecklenburg-Vorpommern gibt es in welchen Call-Center-Branchen – und dann muss es statt Arbeits- und Verdienstbescheinigungen, wie es in der Drucksache steht, richtig heißen – zu welchen Arbeits- und Verdienstbedingungen?

Minister Dr. Otto Ebnet: In den Call-Centern des Landes werden nach Selbstauskunft der Unternehmen derzeit etwa 7.840 überwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigt, darunter in den Arbeitsamtsbezirken Schwerin 2.420, Rostock 2.220, Stralsund 1.060 und Neubrandenburg 2.140. Nach Angaben der vier Arbeitsamtsbezirke werden durch die Call-Center des Landes momentan insgesamt 405 freie Stellen gemeldet. Davon betreffen 100 den Inboundbereich, also die Telefonauskunft, und 305 den Outboundbereich, aktive Kundenakquise nach außen. In den einzelnen Arbeitsamtsbezirken stellt sich die Situation der freien Stellen wie folgt dar: Schwerin 250, Rostock 150, in Stralsund gibt es keine freien Stellen, Neubrandenburg 5 freie Stellen.

Ich will aber noch darauf hinweisen, dass gerade die aktive Kundenakquise nach außen, also der Outboundbereich, der stark im Kommen ist, leider in den letzten Tagen zu einer negativen Entscheidung zu Lasten von Mecklenburg-Vorpommern geführt hat, weil ein Unternehmen – das war die Begründung nach Auskunft des Unternehmens – festgestellt hat, dass hier nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden sind, und deshalb ins Ruhrgebiet gegangen ist. Wir sehen also, an dieser Stelle haben wir eher einen Mangel an Arbeitskräften als ein Überangebot.

Die Arbeitszeit, Herr Ritter, liegt nach Angaben der Arbeitsämter zwischen 30 und 40 Stunden je Woche, wobei ein Bruttogehalt von circa 1.100 bis 1.300 Euro gezahlt wird. Hinzu kommen in der Regel leistungsabhängige Prämien, insbesondere im Outboundbereich.

Peter Ritter, PDS: Danke schön. Meine nächste Frage:

6. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, dem Unternehmen „Telegate AG“ Unterstützung zu gewähren, um die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern, und was hat die Landesregierung seit Bekanntwerden der Kurzarbeit für 1.800 Beschäftigte unternommen?

Minister Dr. Otto Ebnet: Anfang März 2003 hat die Telegate angekündigt, dass ab 1. April etwa 1.800 Mitarbeiter in Mecklenburg-Vorpommern in Kurzarbeit gehen müssen. Kurzarbeit bedeutet in diesem Fall eine Arbeitszeitverringerung um zehn Prozent. Dafür macht die Telegate unter anderem insbesondere die Telekom mit ihrer kostenlosen Internetauskunft zu Teilnehmerdaten verantwortlich, also zu Telefonanschlüssen, für die die Telegate jedoch jeweils 15 Cent je Nutzungsfall an die Telekom zahlen muss. Ein weiteres Problem ist, dass die Telekom gemäß Beschluss der Regulierungsbehörde seit Juli 2001 nicht mehr verpflichtet ist, das Forderungsmanagement bezüglich säumiger Kunden für Umsätze der Wettbewerbsunternehmen anzubieten. Auch der von der deutschen Telekom gestellten einheitlichen Telefonrechnung folgt ein durch die Wettbewerbsunternehmen als auch durch die Telegate durchzuführendes Mahnwesen bei offenen Forderungen, das für diese nicht wirtschaftlich darstellbar und für deren Kunden kaum nachvollziehbar ist.

Bezüglich der genannten Probleme hat es am 3. März 2003 beim Ministerpräsidenten im Beisein des Wirtschaftsminis-

ters ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Telegate AG gegeben. Wir haben im Rahmen dieses Gesprächs der Telegate angeboten, dass sich die Landesregierung an den Bundeswirtschaftsminister wendet, um auf die Probleme hinzuweisen und ihn um Unterstützung zu bitten. Ich werde dieses schriftlich tun. Ich werde aber vorab heute Abend mit dem Wirtschaftsminister, mit Herrn Clement, über dieses Problem reden und versuchen, Einfluss zu nehmen im Sinne von Telegate.

Peter Ritter, PDS: Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es folgen nun die **Fragen 7 und 8** des Abgeordneten Herrn Vierkant.

Jörg Vierkant, CDU: Herr Minister Ebnet, meine Fragen 7 und 8 sind durch die alphabetische Anordnung der Fragesteller entstanden, obwohl sie eigentlich thematisch an den Beginn gehört hätten. Deshalb gestatten Sie nochmals eine Rückkehr zum Thema GA-Mittel.

7. In welcher Höhe musste die Landesregierung für 2002 Bundesmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) an den Bund zurücküberweisen?

Minister Dr. Otto Ebnet: Wie im Nachtragshaushalt ausgewiesen ist, wurden im Jahr 2003 16,2 Millionen Euro Bundesanteil zurücküberwiesen. Lassen Sie mich im Vergleich, um das mal einordnen zu können, hinzufügen, das ist weniger, als zum Beispiel Thüringen an den Bund zurückgegeben hat, das bereits Ende 2002 31 Millionen Euro nicht in Anspruch genommen hat.

Ich habe im Wirtschaftsausschuss die Gründe dargelegt. Lassen Sie mich ganz kurz noch mal wiederholen, es sind im Wesentlichen drei Gründe.

1. Die vorher bereits diskutierte Verkürzung der Frist für den Abfluss der Barmittel. Durch den Bund werden tatsächlich jetzt in diesem Jahr faktisch nicht mal zehn Monate für den Abfluss der Mittel zur Verfügung gestellt dadurch, dass die Frist für den Mittelabfluss verkürzt worden ist.
2. Die Auszahlung der Zuschüsse erfolgt nur noch nach Vorlage bezahlter Rechnungen. Das ist auch eine Umstellung, die einmalig ist und zu einmaligen Konsequenzen geführt hat.
3. Das dritte Argument ist auch nicht zu bestreiten, dass die schwierige konjunkturelle Lage zur zeitlichen Verzögerung von Vorhaben geführt hat. Und zu allem Unglück kam dann dieses Jahr noch der Wintereinbruch am 10. Dezember dazu, der dazu geführt hat, dass manche Bauarbeiten nicht mehr abgeschlossen und folglich die Rechnungen nicht gestellt wurden und auch nicht eingereicht werden konnten. Ich will noch mal darauf hinweisen: Wir können nur auszahlen, wenn die Unternehmen bezahlte Rechnungen vorgelegt haben.

Jörg Vierkant, CDU: Meine zweite Frage:

8. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um künftig die vom Bund im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) zur Verfügung stehenden investiven Mittel in Gänze auszureichen?

Minister Dr. Otto Ebnet: Wir versuchen, auf die Wirtschaft, auf die Unternehmen, auf die Investoren Einfluss zu nehmen, uns die bezahlten Rechnungen möglichst frühzeitig einzureichen. Und das Wirtschaftsministerium versucht gemeinsam mit dem Landesförderinstitut, durch noch intensivere Gespräche mit den Investoren und auch mit den Kommunen einen möglichst zügigen Mittelabfluss sicherzustellen.

So habe ich zum Beispiel im letzten Jahr versucht, mit den Kommunen Gespräche zu führen, um ihnen auf der einen Seite Planungssicherheit zu geben und auf der anderen Seite dafür zu sorgen, dass der Mittelabfluss durch das Landesförderinstitut dann noch präziser gesteuert werden kann, das heißt mit dem Ziel, dass tatsächlich die Mittel, die zur Verfügung stehen, die Barmittel, die zur Verfügung stehen, in einem Jahr tatsächlich auch möglichst vollständig abgerufen werden. Ich muss allerdings hinzufügen, weil es so ist, dass wir angewiesen sind auf die Vorlage bezahlter Rechnungen. Es geht uns eigentlich wie jedem Hotelier oder jeder Fluggesellschaft: Es werden Hotelzimmer gebucht, es werden Plätze in Flugzeugen gebucht und nicht jeder Kunde kommt dann. Hoteliers und Fluggesellschaften helfen sich damit, dass sie überbuchen nach Erfahrungswerten. Das kann die Landesregierung nicht machen. Eine solche Maßnahme, die dann zu einer vollständigen Belegung zum Beispiel von Plätzen in Flugzeugen führt, lässt das Haushaltsrecht nicht zu und deshalb werden wir auch in Zukunft durch die knappe Frist, Mittelabfluss bis 31. Januar, nicht in der Lage sein, 100 Prozent der Mittel tatsächlich zum Abfluss zu bringen.

Jörg Vierkant, CDU: Vielen Dank, Herr Minister. Ich habe keine Nachfragen.

(Ute Schildt, SPD: Das wundert mich, dass Sie keine haben. –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Andreas Petters, CDU: Gestatten Sie von mir noch eine Nachfrage? (Zustimmung)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ja, Herr Petters.

Andreas Petters, CDU: Herr Minister, folgende Nachfrage: Sie hatten im Ausschuss eine Zahl von 21 Millionen Euro genannt, jetzt haben Sie 16 Millionen Euro genannt. Welche Zahl ist richtig? Und zweitens: Wo finden wir diese Zahl im Haushalt, im Nachtragshaushalt?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Abgeordneter Petters, schauen Sie in den Haushalt hinein! Ich habe ihn gerade nicht vor mir liegen, sonst würde ich Ihnen die Seite aufschlagen.

Andreas Petters, CDU: Wir haben das gemacht, ja.

Minister Dr. Otto Ebnet: Wir werden uns anschließend den Haushalt vornehmen und ich zeige es Ihnen dann. Bei Einnahmen steht dieses.

(Siegfried Friese, SPD: Helfen Sie ihm doch mal! Das wäre nett. – Heinz Müller, SPD:
Vielleicht sollte das Finanzministerium mal eine Weiterbildung organisieren.)

Ich habe jetzt den zweiten Teil Ihrer Frage, Herr Petters, noch zu beantworten. Beide Zahlen sind richtig. Meine Antwort, 16,2 Millionen, bezog sich präzise auf die Fragestellung, wie viel dem Bund zurücküberwiesen wurde. Es kommen hinzu 5 Millionen, die im letzten Jahr nicht

abgerufen wurden und deshalb nicht zurücküberwiesen werden konnten oder mussten. Die sind nicht abgerufen worden. Und zwar war das im Rahmen einer Aktion, die der Notlage von Sachsen wegen der Flutkatastrophe gerecht werden sollte. Da wurden die Länder aufgefordert, aus ihrem Bereich GA-Mittel für Sachsen zur Verfügung zu stellen, also nach Sachsen umzuschichten, damit man hier dem Land Sachsen helfen kann, mit den Folgen der Flutkatastrophe zurechtzukommen.

Andreas Petters, CDU: Vielen Dank, Herr Minister.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde. Weitere Fragen liegen nicht vor.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – EU-Strukturfonds in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/264.

**Antrag der Fraktion der CDU:
EU-Strukturfonds in
Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/264 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass der Landesregierung unser vorliegender Antrag Unbehagen bereitet, lässt sich nachvollziehen. Die Aktuelle Stunde beziehungsweise die Fragestunde haben deutlich gemacht, dass es notwendig ist, dass das Hohe Haus einen Überblick bekommt, was eigentlich mit den Fördermitteln aus Bund und EU konkret passiert im Land.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir haben den Überblick, Herr Born.)

Einer Pressemitteilung der Finanzministerin vom 24. Januar 2003 waren folgende Sätze zu entnehmen, ich zitiere: „Auch im Jahre 2004 wird es die Infrastrukturauskasse geben. Allerdings wird sie dann von 76,7 Mio. 1 um 56,7 Mio. 1 auf 20 Mio. 1 vermindert. Im Gegenzug erhalten die Kommunen dann jeweils 32 Mio. 1, die sich aus Strukturfondsmitteln der EU (24 Mio. 1) und Landesmitteln (8 Mio. 1) zusammensetzen.“

(Angelika Gramkow, PDS: Sollen, sollen!)

Was sich hier wie ein Kompensationsgeschäft zur Unterstützung der Kommunen anhört, dürfte schlicht eine sach- und rechtswidrige Zweckentfremdung von EU-Mitteln sein.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Die undurchsichtige Verhaltensweise der Landesregierung im Umgang mit EU-Strukturfondsmitteln folgt dem Prinzip „Waschmaschine“ und das ist schlicht ein starkes Stück. Eine Kompensation des Landesanteils durch Strukturfondsmittel ist trotz des Gebots der Zusätzlichkeit leider die Regel geworden. Was allerdings bisher einmalig und zu dem EU-Recht nach Sinn und Zweck schlicht zuwider läuft, ist die Tatsache, dass erstmals Strukturfondsmittel mit Strukturfondsmitteln kofinanziert werden sollen.

(Beifall Michael Ankermann, CDU)

Das ist ein geradezu unglaublicher Vorgang und die Bankrotterklärung für eine seriöse Finanzwirtschaft.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Innenminister könnte an dieser Stelle – und sollte es auch dringend tun – klarstellen, welche Maßnahmen die Finanzministerin unternehmen musste, um ihn zu solch einem Geschäft auf Kosten der Kommunen im Land zu überreden.

Im Vorfeld der Wahl haben sich die Mitglieder der Landesregierung ja fast stundenweise die Förderbescheide, Zusagen und Ankündigungen über Zusagen aus dem Ärmel geschüttelt. Das muss ein solch umfängliches Unterfangen gewesen sein, auch das konnten wir ja heute der Antwort in der Fragestunde entnehmen,

(Siegfried Friese, SPD: Das ist bei den Kommunen sehr gut angekommen.)

dass es bis heute fünf Wochen gedauert hat, um im Rahmen von zwei Kleinen Anfragen eine entsprechende Übersicht zu erhalten. Bis heute fünf Wochen!

Zwangsläufig stellt sich die Frage, ob Mittel so großzügig bewilligt wurden in dem Bewusstsein oder der Erwartung, dass diese in großem Umfang nicht abfließen können. Ein leider einfacher Grund übrigens: Die Kommunen beziehungsweise die Unternehmen können schlicht ihren Eigenanteil wegen fehlender Gesamtfinanzierung aufgrund der restriktiven Bankenpolitik nicht aufbringen.

Herr Ministerpräsident, Mecklenburg-Vorpommern steht vor der richtungsweisenden Entscheidung, ob das Land auch nach 2006 als Ziel-1-Gebiet Höchstförderungen aus den Fördertöpfen Brüssels erhalten wird oder aber trotz nicht überwundener Strukturschwäche in die zweite Reihe hinter die Beitrittskandidaten rückt. Das zu klären ist eine weitere Intention unseres Antrages. Dabei gliedert sich unser Antrag wiederum in zwei Punkte:

Zunächst verlangen wir von der Landesregierung einen aktuellen Bericht, wie sich Mittelbewilligungen und Mittelabfluss der europäischen Mittel in Mecklenburg-Vorpommern darstellen. Dieser Bericht ist notwendig, um Ansatzpunkte zu haben, wie die Strukturfonds heute und künftig besser genutzt werden können. Wir wollen eine detaillierte und aktuelle Übersicht darüber, wie europäische Mittel in Mecklenburg-Vorpommern aktuell verwendet werden und vor allem künftig, das heißt zunächst bis Ende 2006, eingesetzt werden sollen. Dabei interessiert uns verständlicherweise auch, inwieweit der Finanzierungsplan für EFRE-kofinanzierte Vorhaben in den Haushaltsjahren 2000 bis 2006 eingehalten wird beziehungsweise inwieweit hier zwischen den einzelnen Maßnahmen Finanzmittel hin und her verschoben werden. Es ist, glaube ich, dringend erforderlich, dass nicht nur ein Begleitausschuss, sondern insgesamt der Landtag hier eine Übersicht bekommt.

Dieser Bericht, den wir fordern, wäre sicherlich nicht nötig, wenn seitens der Landesregierung einige Spielregeln beachtet werden würden. Insbesondere sollte sich davon der Arbeitsminister Herr Holter angesprochen fühlen, dessen Haus ja bekanntermaßen den Einzelplan vorlegt, der am allerwenigsten das eigentliche politische Handeln widerspiegelt. Bei diesem Einzelplan 15 kann man wohl ohne Übertreibung sagen, es gilt das Motto „deckungsfähig innerhalb des Einzelplans“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was für die Gemeinschaftsaufgabe Realität ist, befürchten wir auch für die Strukturfondsmittel aus Brüssel. Es kann ja durchaus sein, dass auch bei den Mitteln aus Europa eine ent-

sprechende Kofinanzierung des Landes nicht mehr aufgebracht werden kann oder aufgebracht werden soll. Haushaltssanierung, -konsolidierung ist ein wichtiges Ziel, dies auf Kosten der Investitionen zu tun, aber ein fataler Fehler.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Europäische Strukturfonds werden schon seit Jahren leider als Substitut für Landesmittel eingesetzt. Wie sich dies mit der Prämisse der Zusätzlichkeit bei den Mitteln aus Europa im Einzelfall verhält, könnte die Landesregierung in diesem Zusammenhang auch noch einmal konkret erläutern und sollte es unbedingt auch tun. Es kann auf keinen Fall hingenommen werden, dass europäische Mittel zur Entwicklung der Infrastruktur zur Defizitstopfmaschine der Finanzministerin umfunktioniert werden.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist Ziel-1-Gebiet, das heißt, dass wir in der noch bis 2006 laufenden Förderperiode die Höchstförderung genießen. Die Zeit wird knapp, womit wir zum zweiten Punkt unseres Antrages kommen.

Die neue Förderperiode 2007 bis 2013 wirft ihre Schatten voraus. Die Europäische Union wird sich mit dem Beitritt der Kandidatenländer ab 2004 vergrößern. Die zur Verfügung stehenden Mittel werden also unter mehr Ländern aufgeteilt werden, um es schlicht auszudrücken, der Kuchen muss für mehr Länder reichen. Die Konsequenzen liegen damit auf der Hand.

Die Entscheidungen für 2007 werden nicht erst in vier Jahren getroffen. Der Einteilung in unterschiedliche Förderregionen liegt das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt zugrunde. Der letzte Zwischenbericht der EU über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt vom 30. Januar 2003 offenbarte, dass Mecklenburg-Vorpommern derzeit mit 76,5 Prozent knapp über dem möglicherweise entscheidenden 75-Prozent-Kriterium liegen und somit aus Ziel 1 herausfallen würde. Das mit den 75 Prozent mag noch nicht viel heißen. Entscheidend dürfte nach derzeitigem Kenntnisstand der Durchschnitt des Bruttoinlandsprodukts der Jahre 2001 bis 2003 sein.

Entscheidend ist für mich allerdings hier keine Statistik. Entscheidend ist für mich, was die Landesregierung tut und in Bewegung setzt, um das Optimum für unser Land zu erreichen, und da sehe ich leider bisher nur ein sehr gepflegtes Desinteresse. Wir verlangen von der Landesregierung nicht mehr, aber auch nicht weniger als darzustellen, wie sich das Land im Hinblick auf die neue Förderperiode von 2007 bis 2013 positioniert und welche Maßnahmen zur Sicherung der EU-Höchstförderung bereits ergriffen wurden beziehungsweise in Planung sind, was ganz konkret in nächster Zeit erfolgen soll.

Die Landesregierung hat viele Möglichkeiten, sich auf die neue Förderperiode einzustellen. Nichts tun wäre die schlechteste,

(Angelika Gramkow, PDS: Deshalb tut sie ja auch was, Herr Born.)

suggeriert das Nichtstun doch, dass man still und heimlich hofft, das 75-Prozent-Kriterium nur von unten zu sehen. Das wäre eine geradezu zynische Art von Wirtschaftspolitik gegen unser Land. Ich kann es mir auch nicht vorstellen, insbesondere dass der Wirtschaftsminister dies anstrebt. Aber umso notwendiger ist es zu zeigen, wie die Quadratur des Kreises hier bewältigt werden soll,

denn – und diese Alternative muss man offen ansprechen – es gäbe ja immerhin auch die Möglichkeit einer Einteilung des Landes in Regionen: den erfolgreicher Westteil des Landes einerseits und Vorpommern andererseits nach dem Motto „Unter den Blinden ist der Einäugige König“. Wenn das das Ziel wäre, Herr Ministerpräsident, dann müssten Sie eine wirklich sehr gute Begründung finden, falls das strukturschwache Mecklenburg aus der Förderung herausfallen würde.

Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie auf, setzen Sie all Ihren Einfluss im Bund und bei der EU ein und sorgen Sie für Regelungen, die den Bedürfnissen der neuen Länder allgemein, aber natürlich ganz besonders Mecklenburg-Vorpommern auch in Zukunft eine angemessene Förderung sichern! Denn eines ist klar, ein statistisches Bruttoinlandsproduktkriterium reicht nicht zuletzt aufgrund unterschiedlicher Berechnungsmethoden in den Ländern Europas als Basis für die europäische Regionalförderung der Zukunft nicht aus. Ein solches Kriterium alleine könnte fatale Folgen haben, wenn wir es schlicht, um es vorsichtig auszudrücken, statistischen Zufälligkeiten anheim stellen würden, ob das Land in Zukunft noch die Höchstförderung als Land insgesamt erhält oder nicht.

Zusammenfassend will ich noch einmal betonen, wir fordern Sie einerseits mit unserem Antrag zum Handeln auf, andererseits natürlich dem Hohen Haus im Einzelnen darzustellen, welche Maßnahmen die Landesregierung in Angriff genommen hat und was sie zu tun gedenkt. Legen Sie die Karten auf den Tisch und berichten Sie bis zum 31. Mai 2003, wie Sie die anstehenden großen Aufgaben und Herausforderungen für unser Land lösen wollen! Ich sage noch einmal: Die Zeit drängt, der Worte sind genug gewechselt. Lassen Sie uns nun endlich Taten sehen! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Jochen Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Kollege Born! Ich denke mir, über die Frage der Mittelbewilligung und des Mittelabflusses hier zu sprechen ist nicht so sehr meine Aufgabe. Ich möchte mich vielmehr auf einen Punkt beschränken, den Sie ja nun auch in der Rede – so habe ich das jedenfalls verstanden – langfristig in den Vordergrund gestellt haben. Ich denke mir, bei aller Differenz über die Qualität Ihres Antrages, also des Antrages der CDU und nicht Ihres Antrages persönlich, nicht dass wir uns missverstehen, insbesondere zu diesen vorgenannten Punkten, glaube ich, gibt es schon Gemeinsamkeiten hier in diesem Haus, die die Frage der Bedeutung, der Wichtigkeit der gesamten Problematik mit den EU-Strukturmitteln und der weiteren Förderung für dieses Land oder insgesamt für die neuen Bundesländer im Allgemeinen mit sich bringt. Ich glaube schon, dass es keine Unterschiede gibt zwischen Ihrer Fraktion und den beiden anderen Fraktionen in diesem Haus, was die Frage angeht, dass auch nach Ablauf dieser Förderperiode, also für den Zeitraum von 2007 bis 2013, der vorhin angesprochen worden ist, es dringend erforderlich ist, dass Mecklenburg-Vorpommern insgesamt – und damit habe ich dann vielleicht schon eine Ihrer

Befürchtungen aufgenommen – Ziel-1-Gebiet bleibt, was die EU-Strukturförderung angeht.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Wir können es nicht hinnehmen – und das, denke ich mir, ist auch Konsens in diesem Haus –, dass ein Land, das in den letzten zwölf Jahren ganz erhebliche Fortschritte in dem wirtschaftlichen Aufholprozess gemacht hat, alleine deswegen in den weiteren Bemühungen abgewürgt wird, weil, was wir alle wollen, die Beitrittsländer jetzt dazukommen und die EU von einer EU der 15, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe, sonst verbessern Sie mich, auf eine EU der 24 erweitert wird. Wir alle wollen die EU-Osterweiterung, die ist auch wichtig für unser Land. Wir haben auch in diesem Haus schon darüber gesprochen, welche Vorteile das mit sich bringt, aber das kann natürlich nicht bedeuten, dass die wirtschaftlichen Erfordernisse, die hier in diesem Land noch gegeben sind, dann zu Lasten dieses Landes gehen und andere Länder – und Sie haben das ja zu Recht angesprochen – die geringen Mittel, die ohnehin nur zur Verfügung stehen, alleine bekommen. Wenn wir uns damit ...

(Egbert Liskow, CDU: Das kann doch nicht zu Lasten von Vorpommern gehen.)

Wie bitte?

(Egbert Liskow, CDU: Das kann doch nicht zu Lasten von Vorpommern gehen.)

Ich habe doch gar nicht gesagt, dass das zu Lasten von Vorpommern geht. Wenn Sie jetzt warten, bis ich zu Ende geredet habe, dann hat sich vielleicht auch diese Frage erledigt, so, wie sich dieser Antrag wahrscheinlich auch erledigt hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin ja vor kurzem gerade in Brüssel gewesen und habe zu diesem Punkt mit Kolleginnen und Kollegen aus Brüssel, aus dem EU-Parlament und auch mit Kolleginnen und Kollegen aus den anderen neuen Bundesländern, darüber gesprochen. Ich denke mir, es ist nicht nur in diesem Hause gemeinsame Auffassung, sondern insgesamt in den neuen Bundesländern – und da habe ich natürlich auch die Hoffnung, dass es keine Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien gibt –, dass wir alle unser Bemühen darauf richten werden, dass auch für die weitere Förderperiode die neuen Bundesländer und Mecklenburg-Vorpommern natürlich in der Ziel-1-Gebietsförderung drin bleiben.

(Beifall Heike Polzin, SPD, und Ute Schildt, SPD)

Wir müssen natürlich dabei eins ganz deutlich sehen: Wir streiten uns nicht nur mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern in der Bundesrepublik Deutschland, weil es nicht nur darum geht, dass hier die Mittel der Ziel-1-Gebietsförderung insgesamt nicht mehr werden, nein, die Mittel der EU-Strukturförderung insgesamt werden nicht mehr. Und wir haben ja nicht nur das Problem mit der Ziel-1-Gebietsförderung. Ich will nur mal ein einfaches Beispiel nehmen, und zwar die Region Franken in Bayern, die ist auch strukturschwach und hat Probleme mit dem Strukturwandel. Das ist ein Gebiet der Ziel-2-Gebietsförderung und die möchten natürlich auch mehr Geld haben. Bleiben wir bei dem Beispiel Bayern, wir könnten auch Nordrhein-Westfalen nehmen, wenn Sie Probleme damit haben, dass Bayern von der CSU regiert ist.

(Beifall und Heiterkeit bei Beate Mahr, SPD)

Das kann sich ja vielleicht irgendwann auch mal ändern.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir sind doch nicht bei „Wünsch dir was“ mit Irmgard Düren! – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Man soll die Hoffnung doch nicht aufgeben, dass auch in Bayern die Menschen intelligenter werden.

Aber, meine Damen und Herren, deswegen habe ich doch Bereitschaft erklärt, auch das Beispiel Nordrhein-Westfalen zu nehmen. Auch da habe ich die Hoffnung, dass sich das nicht ändern wird, dass die SPD regiert. Aber bleiben wir jetzt mal bei Bayern oder nehmen wir das Ruhrgebiet, das soll mir doch völlig egal sein. Ich will mich doch nicht über solche Sachen mit Ihnen streiten.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Diese Länder legen natürlich ganz massiv Wert darauf, dass gerade die Ziel-2-Gebietsförderung ausgebaut wird. Und das ist ja auch deren gutes Recht. Das ist natürlich schon der innerdeutsche Konflikt, der da besteht. Und dann geht der Konflikt natürlich noch weiter, weil wir ja nicht nur die bundesdeutschen Länder haben, die da in Brüssel auf der Matte stehen und Geld haben wollen, sondern die Portugiesen, Spanier, Griechen stehen auch noch da. Und die haben natürlich auch noch ihre Wünsche. Deswegen muss man natürlich bei aller Kritik, die man vielleicht bei der einen oder anderen Position jetzt gegenüber der einen oder anderen Partei deutlich macht, bedenken: Wenn wir hier in den neuen Bundesländern und in Mecklenburg-Vorpommern insbesondere nicht an einem Strang ziehen und deutlich machen, hier lassen wir uns nicht auseinander dividieren, sondern hier vertreten wir gemeinsam unsere Interessen gegenüber Berlin und Brüssel, dann kann ich Ihnen heute schon versprechen, dass wir natürlich die schlechtere Karte ziehen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Unter diesem Gesichtspunkt würde ich Sie bitten, diesen Antrag, den Sie heute hier gestellt haben, wo ja eine sinnvolle Intention dahinter steckt, nämlich wirklich deutlich zu machen, das habe ich jedenfalls so verstanden,

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

dass Sie auch den Wunsch haben, dass in der nächsten Förderperiode Mecklenburg-Vorpommern in die höchste Zielgruppe hineinkommt – etwas anderes will ich Ihnen gar nicht unterstellen, das soll für Vorpommern gelten, auch für Mecklenburg –, und dann würde ich Sie doch bitten, das nicht mit Punkten zu vermengen, die nur darauf gerichtet sind, hier der Landesregierung Vorwürfe zu machen, weil Sie sagen, na ja, wir hätten vielleicht an dem einen oder anderen Punkt früher unterrichtet werden können, wobei ich genau weiß, dass wir gerade über diese Problematik unter anderem auch im Wirtschaftsausschuss gesprochen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Torsten Koplin, PDS: Ja.)

Und da frage ich mich natürlich dann, warum denn dann, wenn Sie konkrete Fragen haben, diese nicht an dem konkreten Ort besprochen werden, wo der Minister

auch zur Verfügung steht und die Zeit da ist, um entsprechend darauf zu antworten. Ich weiß natürlich, warum Sie das machen. Ich würde das an Ihrer Stelle genauso machen, das halte ich Ihnen zugute.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Aber das ist doch nicht der springende Punkt. Der springende Punkt ist doch, hier geht es um eine einzige Sache: Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir auf jeden Fall dann scheitern werden, wenn wir uns über diese Parteigrenzen hinweg trennen lassen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

wenn wir uns von Dritten sagen lassen, wir kämpfen nicht gemeinsam für eine Ziel-1-Gebietsförderung, sondern machen hier parteipolitischen Kleinkram, nur um vielleicht am nächsten Tag eine Pressenachricht oder eine Mediennachricht zu haben, mit der man sagen kann, der Abgeordnete von der CDU hat mal wieder seine Selbstdarstellung befriedigt und ist mit einem Zweizeiler in die Presse gekommen. Das kann es doch nicht sein!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Wir können das Parlament auch einsparen, Herr Kollege.
Das ist gut für die Kosten im Landeshaushalt.)

Herr Born, ich bin der Letzte, der das Parlament einsparen würde. Ich würde mir nur wünschen, dass Ihre Anträge so gestrickt sind, dass Sie tatsächlich auch mal in der Lage sind, hier einen Antrag durchzubringen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Beate Mahr, SPD)

Sie haben sich gestern ...

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Herr Born, Sie brauchen den nicht bei mir zur Genehmigung einzureichen, aber Sie haben sich doch gestern hier im Haus darüber beklagt – ich weiß nicht, ob Sie das waren oder einer Ihrer Kollegen –, dass in der letzten Wahlperiode 85 Prozent Ihrer Anträge abgelehnt worden seien von der Mehrheitskoalition. Das können wir auch in dieser Wahlperiode wieder schaffen.

(Kerstin Fiedler, CDU: Machen Sie doch! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir können die Zahl wahrscheinlich auch wieder toppen. Aber das ist doch nicht der Sinn der Sache. Es geht doch darum: Wenn wir in diesem Haus schon übereinstimmend der Auffassung sind, dass die Zielrichtung in allen Punkten die gemeinsame ist, dann bringen Sie es doch vielleicht mal fertig, einen Antrag zu stellen, der auch von den anderen Fraktionen mit unterstützt werden kann!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Der Abgeordnete Dr. Ulrich Born
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Jetzt nicht, Herr Born, wir können uns gerne hinterher darüber unterhalten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was haben Sie denn gegen einen Bericht der Landesregierung?)

Nein, ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie müssen den Antrag richtig lesen. Das ist ein Berichtsantrag.)

Nein, nein, Herr Born. Ich habe ...

(Siegfried Frieze, SPD: Er hat doch klar seine Meinung gesagt. Hören Sie doch mal drauf! –
Heike Polzin, SPD: Er kann schon lesen. –
Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Herr Born, wir können uns ja auch gerne außerhalb der Redezeit, die mir hier zur Verfügung steht, unterhalten. Ich habe nichts gegen ein Berichtswesen, ich habe nichts gegen das Parlament, ich habe nichts gegen Abgeordnete. Ich stehe nur auf dem Standpunkt, dass bestimmte Fragen an dem Ort gestellt werden müssen, wo sie hingehören. Das ist der einzige Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Holger Friedrich, SPD: Genau.)

Und es ist nicht Aufgabe einer Landtagsdebatte, die in erster Linie darauf gerichtet sein sollte, tatsächlich die Zielrichtung festzulegen, in welcher man sich hier in diesem Lande bewegt, diese, sagen wir mal, mit einem Berichtswesen auszufüllen, das tatsächlich in die Ausschüsse und in die Arbeitsgremien gehört,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch eine Grundfrage des Landes.)

für die sie dann geschaffen wurden. Weil dann stellt sich tatsächlich die Frage, ob wir nicht die ganzen Ausschüsse abschaffen wollen, in denen Sie ja auch vernünftig mitarbeiten. Das muss man hier konstatieren.

(Peter Ritter, PDS: Ja, mitarbeiten. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist eine der zentralen Fragen des Landes, um die es hier geht.)

Meine Damen und Herren, ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich jetzt wieder beruhigt haben, rede ich weiter. Sonst warte ich noch eine Sekunde, ich habe damit kein Problem.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen noch ein Bonbon schenken zum Schluss.

(Beate Schlupp, CDU: Ich verzichte.)

Ich bin ja gar nicht so. Kein Karamellbonbon, die gab es gestern.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Ute Schildt, SPD: Danke.)

Es ist doch wirklich so, dass ich die Position der CDU, die im Allgemeinen zu dieser Frage vertreten wird, durchaus teile. Ich begrüße es ja sogar, dass Ihre Partei im Europäischen Parlament, in der EVP, eine Erklärung abgegeben hat, dass tatsächlich hier die neuen Bundesländer auch in der nächsten Förderperiode in die Ziel-1-Gebietsförderung hineinkommen. Wenn wir uns an diesem Punkt treffen, dann kann ich Ihnen auch versprechen, werden Sie die Unterstützung der SPD-Fraktion bekommen. Dem Antrag, so, wie er hier vorliegt, das tut mir Leid, meine Damen und Herren, werden wir nicht zustimmen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Petters.

Andreas Petters, CDU: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es eigentlich schade, dass wir noch nicht mal über Berichtsanträge hier beraten können

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wir beraten doch.)

und Sie eigentlich meinen, dass der Wirtschaftsausschuss das einzige Gremium ist, wo wir solche Fragen stellen können. Wir haben das Parlament hier und wir können zumindest Berichtsanträge auch öffentlich diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist zumindest meine Auffassung.

(Reinhard Dankert, SPD:
Das haben wir ja gemacht.)

Ja, klar, aber nicht sehr konstruktiv.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wir diskutieren doch. – Reinhard Dankert, SPD:
Das ist doch Ihre Auffassung.)

Also, meine Damen und Herren, insgesamt stehen in der laufenden Förderperiode von 2000 bis 2006 für Deutschland 195 Milliarden Euro aus den europäischen Strukturfondstöpfen EFRE, ESF, EAGFL und FIAF zur Verfügung. 28,2 Milliarden Euro davon entfallen auf Deutschland. Mecklenburg-Vorpommern macht mit 2,5 Milliarden Euro einen nicht unerheblichen Anteil aus. Hinzu kommen noch einmal rund 84,5 Millionen Euro aus den Gemeinschaftsinitiativen INTERREG, LEADER+ und URBAN. Auch künftig werden Gelder in dieser Größenordnung verteilt werden. Fraglich ist nur, ob Mecklenburg-Vorpommern dann noch zu den Hauptbegünstigten gehört.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die von der Landesregierung am 20.03.2002 vorgelegte Unterrichtung auf Drucksache 3/2774 über die Nutzung von EU-Förderprogrammen im Land hatte ja bereits einige Schwächen offenbart. Was hat die Landesregierung aus dem Bericht für Konsequenzen gezogen? Die anstehende Evaluierung zur Halbzeit der Förderperiode bietet die Chance, die aufgezeigten Schwächen weitgehend zu reduzieren. Oder ist man überhaupt nicht willens, dies zu tun? Es könnte ja etwas ketzerisch gesprochen durchaus möglich sein, dass der Mittelzufluss eines Ziel-2-Gebietes dem Handeln der Landesregierung entgegenkäme, da der entsprechende Kofinanzierungsanteil des Landes geringer ausfallen würde und so die Haushaltssanierung auf Kosten der Investitionen voranzutreiben ist.

Sehr verehrte Damen und Herren, europäische Strukturfonds sind komplexe Politikfelder, deren optimale Nutzung eine nicht unerhebliche administrative Anstrengung erfordert. Ich hoffe nicht, dass das der Grund dafür ist, warum die Legislative bei der Erstellung des Operationellen Programms weitgehend außen vor bleibt. Stattdessen findet die Entwicklung und Erstellung des Operationellen Programms sowie des dazugehörigen Regionalentwicklungsplans unter Beteiligung des Begleitausschusses statt.

(Ute Schildt, SPD: So sind die Vorschriften.)

Dort finden sich bekanntermaßen unter anderem auch Vertreter der Kammern, Verbände und Gewerkschaften wieder. Aber warum wird das Parlament hier außen vor gelassen?

Das Thema Strukturfonds berührt alle Fachbereiche. Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle etwas zum Bereich Landwirtschaft sagen. Sehr geehrter Herr Dr. Backhaus – erst mal herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag noch mal von mir –, bei der Gesamtbetrachtung Ihres Haushaltes wird einiges sehr deutlich. Deutlich wird, dass gerade in Ihrem Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaftsaufgabe und der Europäischen Strukturfonds massiv gekürzt wird oder Umschichtungen von Finanzmitteln vorgenommen wurden.

(Angelika Gramkow, PDS: Werden sollen.)

Werden sollen, wenn man das mal so formal sagt.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, das ist richtig so, das ist nicht formal.)

Ja, das ist okay. Aber ich gehe mal davon aus, dass das so durchgeführt wird.

(Angelika Gramkow, PDS: Das Parlament hat das noch nicht beschlossen.)

Alles klar, Frau Gramkow.

Ich möchte an dieser Stelle mit einiger Deutlichkeit sagen, dass mir der Umgang der Landesregierung im Zusammenhang mit den Haushaltsgrundsätzen „Klarheit und Wahrheit“ missfällt. Nicht zuletzt der Fauxpas, dass der Wirtschaftsminister 21 Millionen Euro an investiven GA-Mitteln an den Bund zurücküberweisen muss, macht dies deutlich. Im Nachtragshaushalt werden wir sicher heute von Herrn Minister noch mal die Stelle gezeigt bekommen, wo wir diese Mittel finden.

Ähnliches Spiel haben wir beim Landwirtschaftsministerium. Insbesondere wurden hier Mittel aus dem EAGFL in andere Maßnahmetitel verlagert. Diese Mittel, so meine Vermutung, sollen offensichtlich zur Beförderung der kommunalen Infrastruktur genutzt werden und stehen somit den Bereichen Landwirtschaft und Umwelt nicht mehr zur Verfügung. Wie die Kofinanzierung von EU-Mitteln mit EU-Mitteln rechtlich zu werten ist, das haben wir von Dr. Born, denke ich, in der Einbringungsrede eindrucksvoll hören können.

Vielleicht können Sie sich, Herr Dr. Backhaus, an der ressortübergreifenden Aufklärung in Sachen Tohuwabohu der Strukturfonds beteiligen und sich mit Ihren Kollegen Ebnet und Holter mal näher verständigen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Freuen Sie sich mal schon darauf! Ich mach das gleich. –
Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Alles klar, okay.

In der Vergangenheit scheint mir das ja nicht unbedingt der Fall gewesen zu sein. Jedenfalls kann ich mich nicht des Eindrucks beim Anblick des Haushalts dieser Sache entledigen, dass dies der Fall gewesen ist.

Herr Dr. Backhaus, ich möchte Sie noch ein wenig überraschen. Es ist davon auszugehen, dass ab dem Jahr 2004 jährlich 20 Millionen Euro zur Förderung der kommunalen Infrastruktur umgeschichtet werden sollen. Die Mittel werden zum überwiegenden Teil aus den Bereichen des Einzelplans 08 „Benachteiligte Gebiete“ und

des Einzelplans 13 „Abwasserentsorgung in Orten unter 5.000 Einwohnern“ vereinnahmt.

Und wenn wir schon dabei sind, will ich auch einige Worte zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative im Zuständigkeitsbereich des Landwirtschaftsministers sagen. Gravierende Kürzungen wurden insbesondere bei der GA „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vorgenommen. Insbesondere fallen hier die Kürzungen im Bereich der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten auf. Der bisherige Ansatz von 15,4 Millionen Euro wird im Ansatz um 4,1 Millionen Euro auf dann 11,3 Millionen Euro reduziert. Sehen Sie daher den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion als Chance – auch wenn ich mir da jetzt nach der Rede von Herrn Schulte nicht mehr große Hoffnungen machen muss –, den für das Land existentiell wichtigen Bereich der Strukturfonds zu evaluieren.

Die Landesregierung muss den Hebel endlich umlegen und die laufende Förderperiode effizient für unser Land ausschöpfen. Darüber hinaus kommt es heute darauf an, die Weichen für die Jahre nach 2006 zu stellen, wie mein Kollege Dr. Born sagte, ich zitiere: „Entscheidend ist für mich ... keine Statistik. Entscheidend ist für mich, was die Landesregierung tut und in Bewegung setzt, um das Optimum für unser Land zu erreichen“. – In diesem Sinne vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Petters.

Ums Wort gebeten hat jetzt der Wirtschaftsminister des Landes Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben heute ein ernsthaftes Thema hier zu debattieren. Und, Herr Dr. Born, von daher finde ich es nicht gut, wie Sie Ihren Debattenbeitrag hier geführt haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Es ist ja schon ärgerlich, aber es ist nicht neu, dass Sie kräftige Behauptungen, kräftige Diffamierungen der Landespolitik, der Landesregierung in die Welt setzen, ohne eine Information zugrunde gelegt zu haben. Sie halten die Reihenfolge nicht ein – erst informieren, dann kritisieren –, weil Sie genau wissen, wenn Sie sich informieren würden, dann würde Ihre Kritik wie eine Seifenblase platzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Rechtswidriger Einsatz, Kofinanzierung von Strukturfondsmitteln durch Strukturfondsmittel, die Mittel würden nicht abfließen und so weiter – Herr Dr. Born, ich weise jede einzelne Ihrer Behauptungen als unzutreffend und falsch zurück!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Was mich aber geradezu empört, ist, dass Sie dieses bei Ihnen ja nicht ganz ungewohnte Verfahren bei diesem schwierigen und sensiblen Thema heute anwenden. Wenn Sie solche Behauptungen, die nicht zutreffen, in die Welt setzen, müssen wir natürlich damit rechnen, dass wir jetzt Probleme aus Brüssel bekommen, denn die nehmen auch zur Kenntnis, was hier gesagt wird, das heißt, es

kommen Nachfragen, es kommt zumindest Misstrauen, es kommt Ähnliches. Und, Herr Dr. Born, ich halte das für eine nicht verantwortungsbewusste Politik!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, wir wissen, für Mecklenburg-Vorpommern hat die europäische Strukturpolitik erhebliche Bedeutung. Und die Strukturfonds sind für unser Land mit Abstand das wichtigste europäische Förderinstrument. Knapp 2,5 Milliarden Euro stehen für unser Land in dieser Förderperiode von 2000 bis 2006 zur Verfügung. Und, Herr Dr. Born, Herr Petters, hören Sie bitte zu: Wir liegen gut im Plan, was die Mittelbewilligung und den Mittelabfluss angeht. Fast 54 Prozent der Mittel des Operationellen Programms für die gesamten sieben Jahre der Förderperiode sind bereits bewilligt, obwohl wir noch nicht ganz die Hälfte der Förderperiode erreicht haben. Und ausgezahlt sind je nach Fonds schon zwischen 32 und 40 Prozent der gesamten EU-Fördermittel. Damit Ihnen klar wird, was dahinter steckt: Wir liegen mit diesen Werten an der Spitze aller neuen Bundesländer.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das zu Ihrer Kritik und zur Haltlosigkeit Ihrer Kritik.

Meine Damen und Herren, wir liegen gut im Plan und sind sicher, dass sich daran nach Ablauf der Hälfte der Förderperiode in diesem Jahr nichts ändern wird. Mecklenburg-Vorpommern braucht auch in der neuen Förderperiode von 2007 bis 2013 die Förderung als Ziel-1-Gebiet. Ich denke, das sind wir uns alle einig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Die strukturellen Defizite bei uns im Land sind noch nicht überwunden, der Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft ist ins Stocken geraten. Die jährlichen Zuwachsraten beim Wirtschaftswachstum liegen deutlich unter dem Niveau mancher alten Bundesländer. Und der Abstand Ostdeutschlands zum EU-Durchschnitt ist nicht geringer geworden. Wir liegen in Mecklenburg-Vorpommern immer noch unter den 75 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union. Nach den letzten Daten liegen wir gegenwärtig bei 69,4 Prozent. Dass wir unter diesen 75 Prozent liegen, ist auch das entscheidende Kriterium dafür, dass wir als Ziel-1-Gebiet eingestuft sind. Und wir würden mit Sicherheit auch in der nächsten Förderperiode von 2007 bis 2013 unter dieser Grenze liegen und damit Ziel-1-Gebiet bleiben. Ich sagte, „wir würden“ mit Sicherheit unter dieser Grenze liegen und nicht „wir werden“ mit Sicherheit unter dieser Grenze liegen, weil sich mit dem Beitritt neuer Mitgliedsstaaten zur EU auch die Berechnungsbasis ändern wird, denn dann wird die Bevölkerung der EU um ein Drittel wachsen, das Bruttoinlandsprodukt der EU wird aber durch den Beitritt lediglich um etwa 9 Prozent steigen. Damit wird das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der EU niedriger ausfallen als bisher und unser Wert in Mecklenburg-Vorpommern wird prozentual vergleichsweise höher sein. Nach unseren Berechnungen wird das Land Mecklenburg-Vorpommern zwar auch in diesem Fall noch unter den relevanten 75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf und damit Ziel-1-Gebiet bleiben. Und auch nach den neuesten Prognosen der Kommission ist das so. Für die Referenzperiode 2001 bis

2003, die wird ausschlaggebend sein, hat die Kommission als aktuelle Projektion für Mecklenburg-Vorpommern den Wert 74,3 Prozent ermittelt. Aber das ist eine Projektion.

Wir können deshalb nicht völlig ausschließen, dass wir allein durch den statistischen Effekt der Erweiterung mit einem Schlag reichgerechnet werden und aus der Ziel-1-Förderung herausfallen, ohne dass eine sich selbst tragende Entwicklung schon erreicht wurde. Das wäre nicht hinzunehmen und damit wäre auch der Erfolg der Regionalpolitik der Europäischen Union stark in Frage gestellt.

Es muss klar sein, dass die Regionen, die nur aufgrund des statistischen Effekts der Erweiterung über die 75-Prozent-Schwelle rutschen, keine Nachteile haben dürfen. Diese Regionen müssen auch nach 2006 eine gleichwertige Förderung erhalten. Diese Position werden – und zwar zum wiederholten Mal – der Ministerpräsident und ich in unseren Gesprächen in Brüssel in der übernächsten Woche vertreten. Und diese Position soll die gemeinsame Position der Bundesländer werden, daran arbeiten wir. Eine ostdeutsche Position in unserem Sinn haben wir bereits. Erst letzte Woche haben die neuen Länder der Bundesregierung ein entsprechendes Papier übergeben.

Und, Herr Dr. Born, wenn Sie hier feststellen, Sie würden nur gepflegtes Desinteresse der Landesregierung sehen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Machen Sie die Augen auf! Schauen Sie hin, aber behaupten Sie nicht etwas, was nicht zutrifft!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nach Ihren Äußerungen bin ich mir sicher, bei der Landesregierung ist das Thema gut aufgehoben, bei Ihnen wäre es das nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, die Kommission will erst Ende des Jahres einen offiziellen Vorschlag auf den Tisch legen, wie es nach 2006 weitergehen soll. Doch auch dort sieht man die Notwendigkeit einer gerechten Regelung für die Regionen, die mit der Erweiterung der EU aufgrund des statistischen Effekts aus der Ziel-1-Förderung fallen würden. Nach Auffassung von Kommissar Barnier muss es für diese Regionen auf jeden Fall einen Sonderstatus geben, der dem Ziel-1-Status entspricht.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die Erweiterung der Europäischen Union. Und es ist klar, dass die europäische Strukturpolitik vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung neu geordnet werden muss. Doch die Neuordnung muss auch die Situation der bisherigen Ziel-1-Gebiete berücksichtigen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern bringt sich in den laufenden Diskussionsprozess über die zukünftige EU-Strukturpolitik ein. Unser Ziel ist klar: Mecklenburg-Vorpommern braucht weiterhin die Förderung als Ziel-1-Gebiet, bis die strukturellen Defizite bei uns im Land überwunden sind. Dass wir die Strukturfondsmittel bekommen, die wir für die weitere Entwicklung des Landes dringend brauchen, dafür setzen wir uns ein und das werden wir auch weiterhin tun. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Natürlich ist es legitim, sich über den Mittelabfluss oder die Mittelbewilligung auch gerade der europäischen Strukturfonds informieren zu lassen. Und es ist auch klar, man hätte dieses im Wirtschafts- und Finanzausschuss tun können, vielleicht tun wir es ja noch. Genauso legitim ist es, sich darstellen zu lassen, welche Position die Landesregierung für die zukünftige Entwicklung in diesem Bereich hat, wobei die Landesregierung allerdings daraus kein Geheimnis macht und dieses sogar öffentlich ins Netz gestellt hat. Lassen Sie mich also zu den beiden Punkten doch noch etwas bemerken.

Stichwort Mittelbewilligung und Mittelabfluss – es ist klar geworden, der Europäische Strukturfonds beziehungsweise die Fonds haben für uns eine erhebliche Bedeutung. Der Wirtschaftsminister hat darauf verwiesen. Sie sind das wichtigste europäische Förderinstrument, das wir haben. Und wir haben die Summe gehört. In der Förderperiode – und zum Glück gilt sie ja als Ganzes, nicht nur in Jahresscheiben, das ist ein Vorteil, den wir haben – reden wir über 2,5 Milliarden Euro. Und wir reden darüber, dass wir bisher diese Summe aufgeteilt haben in unterschiedliche Förderbereiche. Diese treffen mit 43,4 Prozent die Förderung des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, EFRE. In Kombination mit GAK-Mitteln haben wir in diesem und im nächsten Jahr circa 290 und 280 Millionen Euro zur Verfügung. Sie treffen zu 24,2 Prozent – so ist es geplant worden, durch die Operationellen Programme untersetzt und durch den Begleitausschuss bestätigt – die Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds, eben mit 24,2 Prozent,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das hat
Kollege Petters alles vorgetragen.)

und die Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds der Landwirtschaft mit 32,4 Prozent.

Und wenn es denn so wichtig ist, über den Mittelabfluss informiert zu werden, und wenn auch Sie über Beratungen des Begleitausschusses informiert sind, dann stellt sich doch die Frage: Soll in Zukunft nach der Evaluierung, nach der Halbzeitbilanz der Europäischen Strukturfonds bei uns im Land die prozentuale Aufteilung erhalten bleiben oder nicht?

Und in diesem Zusammenhang, Herr Born, hätte ich wenigstens erwartet, dass Sie darauf verweisen, dass die Überlegung, zukünftig EFRE-Mittel, vielleicht sogar noch zusätzliche EFRE-Mittel aus der Europäischen Union zur Verfügung zu stellen für kommunale Infrastrukturen, einen positiven Ansatz hat,

(Beifall Andreas Bluhm, PDS,
und Gabriele Schulz, PDS)

nämlich dahin gehend, dass die Landesregierung gleich noch dazu gesagt hat: Wir brauchen für diese Förderung dann auch Kofinanzierung. Und über diese Kofinanzierung soll aus Landesmitteln und nicht aus anderen Mitteln der Innenminister verfügen können in der Größe von 32 Millionen. Ich halte das für einen sehr intelligenten Ansatz, dafür zu sorgen, dass kommunale Infrastruktur-entwicklung immer unter der Berücksichtigung der Rahmenvereinbarung von 1999 zügiger, effizienter, bis zu einer hundertprozentigen Förderung im Land Mecklenburg-Vorpommern zukünftig umgesetzt werden sollte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das ist ein Diskussionsprozess. Und Sie wissen, dass wir die Notifizierung bei der Europäischen Union brauchen, dass wir eine Zustimmung des Begleitausschusses brauchen und dass natürlich in diesem Prozess beginnend, und wir sind ja eigentlich längst mittendrin, auch am Ende der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern als Etatgesetzgeber diesen Prozess abschließend begleitet, indem er sagt: Ja, wir wollen es im Haushaltsbereich so tun. Diese Debatte steht vor uns. Sie hat nichts zu tun mit dem Nachtragshaushalt und auch nichts damit, dass große Anstrengungen unternommen worden sind, zum Beispiel die veranschlagten Investitionen in 2002 mit plus 55 Millionen Euro zu überbieten. Das heißt, auch da zeigt der Mittelabfluss, dass wir hier auf einem guten Weg sind.

Ich teile Ihre Auffassung, dass wir uns hier im Wesentlichen darauf beschränken sollten, mal nachzufragen, wie denn aufgrund der Halbzeitevaluierung die Landesregierung – sie hat einen Zeitplan beschlossen – das Notwendige in Brüssel einreicht, wie es evaluiert wird, und in diesem Zusammenhang darüber nachzudenken: Sind die Förderquoten richtig? Sind die ausgewiesenen Bereiche wichtig? Mit welcher Effizienz? Das wird die Evaluierung ergeben. Und welche Schlussfolgerungen müssen wir hier am Ende ziehen?

Ich will noch etwas hinzufügen und das ärgert mich auch: Sie tun hier so, als wenn die Landesregierung bestrebt ist zu verzögern, nicht daran interessiert ist, Mittel abfließen zu lassen. Ich will nur noch einmal daran erinnern, dass auf Vorschlag der Landesregierung dieser Landtag eine zusätzliche Kreditermächtigung beschlossen hat, damit aufgrund der Veränderung der Vorfinanzierung der Europäischen Union letztendlich auch eine Vorfinanzierungspflicht des Landes umgesetzt werden kann. Im Paragraphen 3 a des Haushaltsgesetzes haben wir dieses festgelegt, so dass Zwischenfinanzierung möglich ist. Bisher war der Finanzausschuss – das wäre übrigens eine Anregung für den Wirtschaftsausschuss –, bisher war der Finanzausschuss der einzige, der sich Gedanken gemacht hat, mal den Begleitausschuss einzuladen und mit ihm gemeinsam zu diskutieren,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Wir beantragen das bei unserem Vorsitzenden.)

nämlich über die Frage, welche Verschiebungen es gibt. Und da höre ich interessante Äußerungen, dass man darüber nachdenkt –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

und das muss man sich dann mal auf der Zunge zergehen lassen –, etwas vom Politikfeld A in Politikfeld C, und damit Politikfeld C wieder ordentlich ausfinanziert wird, nehmen wir es mit 50 Prozent aus Politikfeld B, und Politikfeld E wird vielleicht sowieso nicht abgeschlossen. Spannende Diskussion!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Machen wir, jawohl!)

Vielleicht kümmern wir uns mal um diese Fragen. Ich denke, dass sich auch der Finanzausschuss in der zukünftigen Beratung der Begleitung der Aktivitäten der Landesregierung hier noch einiges an Informationen beschaffen und darüber reden sollte.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wirtschaftsausschuss! Wirtschaftsausschuss!)

Wir können es ja zusammen machen, denn am Ende ist es richtig, dass die wirtschaftspolitische Kompetenz mit der finanzpolitischen ein gemeinsames Ziel verfolgt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut!
Sehr gut! Das ist es!)

Ich möchte noch zum zweiten Aspekt etwas sagen, und das ist die tatsächliche Positionierung in der Frage: Wie soll es nach 2006 weitergehen? Und da hätte ich doch erwartet – das müssen Sie sich jetzt leider gefallen lassen –, dass Sie einmal auf die Homepage des Wirtschaftsministeriums gucken. Auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums finden Sie sehr ausführlich ...

(Andreas Petters, CDU: Sehr dünn, sehr dünn. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Nicht sehr dünn.

... die Position der Landesregierung, die Diskussion, die Termine des Austausches zu diesen Diskussionen und eine klare Orientierung. Die Orientierung hat sechs Punkte, die stehen da drin und die will ich hier noch einmal nennen. Die Landesregierung kämpft dafür, dass

erstens, die Weiterführung der Ziel-1-Förderung nach 2006 gewährt werden soll,

zweitens, das Prinzip der direkten Gebietsaufteilung bestehen bleibt,

drittens, eine kritische Bewertung der Beihilfenkontrolle erfolgt,

viertens, eine besondere Berücksichtigung der heutigen EU-Außengrenzen eine Rolle spielen sollte,

fünftens, die derzeitige Obergrenze des EU-Haushaltes beibehalten wird, was auch wichtig ist, denn solange die Quoten gleich bleiben, wissen wir immer noch nicht, wie das Gesamtvolumen aussieht, was zu verteilen ist,

sechstens, es zu einer Vereinfachung – und das passt zu unserer Debatte der Deregulierung – der Planungs- und Durchführungsverfahren kommt.

Und wenn Sie mit diesen Ausführungen einverstanden sind, dann hätten Sie eigentlich Ihren Antrag umformulieren müssen dahin gehend: Die CDU-Fraktion des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern begrüßt ausdrücklich das Engagement der Landesregierung

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Andreas Petters, CDU)

im Kampf um die weitere Förderung dieses unseres Landes aus der Europäischen Union.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Und insofern bleibt uns nur übrig, Ihren Antrag abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Dr. Backhaus.

Dr. Till Backhaus, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auch die Gäste hier in diesem Saale begrüßen.

Herr Petters, Sie haben mich ziemlich deutlich angesprochen. Als langjähriger Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums haben Sie wahrscheinlich für Ihren Minister in der Vergangenheit auch mal Zuarbeiten geleistet. Ich gehe davon aus.

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Und wenn ich mir das anschau, was Sie hier heute zum Besten gegeben haben, dann gute Nacht, Marie, sage ich Ihnen nur, dann kommen wir in diesem Land überhaupt nicht vorwärts.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und Sie werfen hier mit Begriffen herum: EAGFL – ich weiß nicht, ob Sie den Begriff eigentlich kennen. Das ist der Europäische Ausgleichs- und Garantiefonds, der gerade für dieses Land Mecklenburg-Vorpommern neben dem EFRE und dem ESF eine ganz, ganz entscheidende Bedeutung hat,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

nämlich die ländlichen Räume und die Landwirtschaft in ihrer Struktur weiter voranzubringen und damit kommunale Investitionen voranzubringen.

(Andreas Petters, CDU: Genau. So ist das.)

Diese wollen Sie verhindern.

(Zuruf von Renate Holznagel, CDU)

Wenn ich das richtig verstanden habe, wollen Sie dieses geradezu verhindern. Das haben Sie hier deutlich gemacht.

Wenn wir davon reden, ...

(Andreas Petters, CDU: Nein, nein, auf keinen Fall! – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Sie haben es ja auch beziehungsweise Herr Rehberg hat es doch in Ihrer Presseerklärung deutlich gemacht. Und Sie haben auch wieder vom Chaos gesprochen.

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Wenn die Menschen mit diesem Eindruck nach Hause fahren aus diesem Hohen Hause, dass hier Chaos besteht, dann sind Sie voll dafür verantwortlich. Das sage ich Ihnen in aller Klarheit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ja, Sie können darüber lachen, wie Sie wollen.

(Zuruf von Andreas Petters, CDU – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ich sage Ihnen jetzt mal ganz konkret die Zahlen, so, wie sie abfließen, und so, wie sie sich zurzeit auch darstellen: Aus dem EAGFL, und zwar aus dem Investitionsteil – am besten Sie schreiben sich das auf, damit Sie sich das merken können,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Andreas Petters, CDU)

am besten, Sie schreiben sich das wirklich auf –, werden insgesamt 683,6 Millionen Euro in der Förderperiode ...

Und, Herr Born, ich bin Ihnen wirklich dankbar dafür, dass Sie die Förderperiode schon einmal angesprochen

haben. Ein Segen, dass wir eine Periode haben, in der auch die Mittel insgesamt übertragen werden können.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Leider ist es so, dass wir ansonsten Jährlichkeit des Haushaltes haben und nicht übertragen können. Gerade das kritisieren Sie hier gerade wieder. Auch in der Presseerklärung, die Herr Rehberg hier dargestellt hat.

(Andreas Petters, CDU: Sie wollen uns falsch verstehen, Sie wollen es falsch verstehen.

Das ist ein konstruktiver Antrag. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Sie haben in Ihrer Presseerklärung dargestellt, dass wir hier Chaos veranstaltet haben und dass das Geld, unter anderem 38 Millionen Euro aus dem EAGFL, nicht abfließen wird. Dieses ist schlichtweg unwahr!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und wenn Sie so Ihren Fraktionsvorsitzenden beraten, Herr Petters, dann sage ich Ihnen auch: Gute Nacht, Marie, oder gute Nacht, Herr Petters! Das kann ich Ihnen nur sagen!

Und ich sage Ihnen auch noch Folgendes: Wenn Sie von der Ausgleichszulage reden, ich weiß nicht, ob Sie überhaupt wissen, wofür die Ausgleichszulage gedacht ist und welchen Zweck sie hat. Ich bin dankbar für die Anfragen, die es gerade von Ihren Abgeordneten aus der CDU-Fraktion zu dem Thema gegeben hat. Sehen Sie sich doch das Protokoll an! Da haben wir lang und breit über den Haushalt berichtet. Frau Holznagel hat da interessante Fragen gestellt, die sind alle beantwortet worden. Und aus meiner Sicht ist es auch plausibel – auch für Sie – dargestellt worden. Ich bin der Letzte, der nicht bereit ist, hier die Karten auf den Tisch zu legen. Warum haben Sie sich das nicht angeguckt? Sie verbreiten hier eine Stimmung, als ob hier Chaos veranstaltet wird. Das finde ich von Ihnen persönlich wirklich unverantwortlich!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich will ausdrücklich noch einmal auf die Umschichtungen, auf die sich die Landesregierung verständigt hat – Frau Gramkow hat es ja schon angedeutet –, zurückkommen. Wir merken es, dass leider im Agrarbereich die Investitionen, die wir mal geplant haben, nicht so abfließen, wie wir uns das erhofft haben. Das hängt mit Investitionsstaus beziehungsweise auch mit der Frage zusammen, dass unsere landwirtschaftlichen Unternehmen mittlerweile ausgefördert sind. Sie sind durch mit den Investitionen und diese Mittel fließen so nicht ab. Deswegen haben wir gesagt, lasst uns dieses Geld nehmen, um kommunale Investitionen anzuschieben. Das wollen Sie nicht. Das werden wir der Öffentlichkeit sagen. Ich sage es hier auch: Herr Petters und die CDU-Fraktion wollen, dass die Kommunen in ihrer Investitionstätigkeit behindert werden, schlicht und ergreifend behindert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dann erzählen Sie hier bitte nicht solchen Unfug. Es geht darum, dass wir gerade diese Kommunalinvestitionen – Kreisstraßen, Landesstraßen oder andere kommunale Infrastrukturmaßnahmen – voranbringen wollen.

Und abschließend muss ich Ihnen – wenn Sie die Oberlegehenne sein wollen, von mir aus, Herr Dr. Jäger, gerne –

(Andreas Petters, CDU: Ja, Sie verstehen da was falsch, Herr Minister!)

nur eines wirklich deutlich sagen: Der Agrarbereich mit den ländlichen Räumen ist eines der wesentlichen Standbeine dieses Bundeslandes. Er hat sich positiv entwickelt,

(Andreas Petters, CDU:
Das stimmt voll und ganz.)

und das soll und muss auch so bleiben. Und wenn Sie dann davon reden, dass wir die Ausgleichszulage zurücknehmen oder dass wir die Mittel nicht voll ausschöpfen, dann sage ich Ihnen eins auch sehr deutlich: Wir sind eines der Bundesländer, die noch in der Lage sind, alles kofinanzieren.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Gehen Sie mal zu Ihren Kollegen nach Niedersachsen. Sie werden es erleben, die sind nicht mehr in der Lage, die Kofinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe sicherzustellen.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ich sage es Ihnen heute schon.

Zum Zweiten ist es so, auch das gehört zur ganzen Wahrheit, dass Mecklenburg-Vorpommern, gerade was den EAGFL anbetrifft, im letzten Jahr aus anderen Bundesländern zusätzlich 3 Millionen aufgenommen hat, um diese Mittel für Agrar-Umwelt-Programme auch fahren zu können. Ist das denn nichts? Ist das denn alles nichts?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und abschließend zur Ausgleichszulage. Diese Mittel werden für die benachteiligten Gebiete ausgereicht an Landwirte, die tatsächlich auf leichten, benachteiligten Standorten produzieren. Mecklenburg-Vorpommern, fragen Sie mal Ihre Kollegen in den anderen Bundesländern, ist eines der wenigen Bundesländer, das überhaupt noch in der Lage ist, diese Ausgleichszulage zu finanzieren.

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Und deswegen ist das einfach unfair, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Hören Sie bitte einmal zu, damit Sie das wirklich verstehen!

Diese Ausgleichszulage ist eine indirekte Konsumtion. Nichts anderes.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Es reizt keine Investitionen an. Und wir haben die Entscheidung getroffen innerhalb des Hauses und der Landesregierung, dass Investitionen, Zukunftsinvestitionen im Vordergrund stehen und nicht die Konsumtion. Ich glaube, das war eine sehr weise und richtige Entscheidung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Auch das wollen Sie wieder nicht. Und deswegen bitte ich Sie eindringlich: Nehmen Sie diese Dinge, die Sie hier

veranstaltet haben, auch was die Presseerklärung und so, wie Sie Ihren Fraktionsvorsitzenden beraten haben, angeht, nehmen Sie das zurück! Ansonsten wird man Ihnen keinerlei Vertrauen schenken. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Backhaus.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, einigen Mitgliedern der Landesregierung muss man noch einmal deutlich vor Augen führen, dass wir hier nicht bei Hofe sind und dass es keine Majestätsbeleidigung ist,

(Heiterkeit und Beifall bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

sehr verehrter Herr Minister Backhaus,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Aber bei
der Wahrheit sollte man bleiben. –
Zuruf von Ute Schildt, SPD)

wenn frei gewählte Abgeordnete von Ihrem Recht Gebrauch machen, Probleme anzusprechen, oder sich gar erdreisten, der Landesregierung zugegebenermaßen unangenehme Fragen zu stellen.

(Torsten Koplin, PDS: Es geht
eben nichts über Seriosität.)

Herr Minister Dr. Backhaus, es ist schlicht unangemessen, wenn Sie meinen, frei gewählte Abgeordnete hier wie Referentenmitarbeiter Ihres Hauses abkanzeln zu können. So geht das wirklich nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Hier in diesem Hause,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das ist doch Ihr Stil! Das ist doch Ihr Stil! Dann sagen Sie die Wahrheit!)

Herr Kollege Dr. Backhaus, spricht jeder Abgeordnete – und das unterstelle ich auch für die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen – für sich persönlich und verantwortet das, was er zu sagen hat.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Richtig, richtig!)

Und wenn Sie jemand anderen meinen, dann sprechen Sie ihn persönlich an,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Nein.)

aber tun Sie nicht so, als hätten wir hier Abgeordnete, die als Referenten für andere arbeiten. So geht das hier nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Till Backhaus, SPD: Das liegt mir vollkommen fern, aber man muss die Wahrheit sagen!)

Herr Kollege Dr. Backhaus, und genau darum geht es, wenn Sie sagen, man muss die Wahrheit sagen. Ich will noch einmal ganz schlicht darstellen, was hier eigentlich Grundlage der ganzen Aufregung ist. Ich sage es vorab:

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ich bin nicht aufgeregt.)

Mit dem Beitrag von Frau Dr. Gramkow ...

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Nein! Nein!)

Sehen Sie, da ist so viel Kompetenz vorhanden, daher kommt auch der Versprecher.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU
und PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD –
Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Mit dem Beitrag von Frau Gramkow kann man sich sachlich auseinander setzen. Das ist ein Beitrag, wie ich ihn mir in einer Parlamentsdebatte vorstelle. Wesentlich finde ich auch, was Herr Schulte gesagt hat. Das sind Punkte, darüber kann man diskutieren. Aber nach dem, was hier der Minister Dr. Ebnet geäußert hat, ist mir klar, warum Sie sich leider veranlasst sehen, einen Antrag abzulehnen, der nichts anderes beinhaltet, als dass dargelegt wird, was Frau Gramkow eben selbst als notwendig erklärt hat, nämlich dass dem Parlament detailliert dargestellt wird, wie mit einem der zentralsten Probleme dieses Landes umgegangen wird. Das ist aber keine Frage, Frau Kollegin Gramkow, die man nur hinter verschlossenen Türen diskutieren kann, sondern hier ist es gerade notwendig, dass die breite Öffentlichkeit erfährt, wie soll es denn in diesem Land weitergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wir müssen alle darum ringen, dass in der Tat dieses Land nicht nur Ziel-1-Gebiet bleibt, sondern – da bin ich Kollegen Schulte dankbar –, dass es auch darum geht, innerhalb der Bundesrepublik Deutschland dafür zu sorgen, dass wir von den Mitteln, die zur Verfügung stehen, einen möglichst großen Anteil abbekommen. Aber das, was der Wirtschaftsminister sich hier geleistet hat, Herr Minister, das ist so auf der Ebene, wie Sie es tun, wenn man Sie auf Probleme mit Zahlungsverzug anspricht, dass Sie dann sagen: Ja mei, da müssen die sich halt andere Vertragspartner suchen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Minister, so kann man nicht mit den Problemen des Landes umgehen. Wenn Sie hier jetzt die Behauptung aufstellen, die Tatsache, dass eine Fraktion des Landtages die Landesregierung auffordert, einen Bericht vorzulegen, über den dann in den Fachausschüssen diskutiert werden kann, führe dazu, dass bei der EU ganz kritisch geguckt wird, was die Landesregierung tut, und das würde eine Gefahr für die Mittelverwendung in Mecklenburg-Vorpommern beschwören, dann frage ich Sie wirklich, wie Sie das eigentlich noch mit den Gesetzen der Logik zusammenbringen wollen. Entweder trifft Ihre pauschale Behauptung, die Sie durch nichts untermauert haben, durch nichts, zu, es sei alles in Ordnung und es sei nicht so, wie ich es zitiert habe aus der Presseerklärung der Finanzministerin – und interessanterweise hat der Innenminister dazu nicht Stellung genommen, offensichtlich kennen Sie sich in dem Bereich nicht so genau aus –, also entweder trifft das zu, dann ist es schlicht mit den Gesetzen der Logik nicht mehr nachzuvollziehen, wie das eine Gefährdung bedeuten soll. Oder aber wir haben hier genau das gemacht, was für ein Parlament erforderlich ist. Wir haben aus einer Erklärung der Finanzministerin zitiert und haben gesagt, es geht nicht, dass EU-Mittel mit EU-Mitteln kofinanziert werden. Dann haben Sie allerdings allen Grund, dem Parlament darzulegen, wie Sie dieses

Verfahren abstellen wollen beziehungsweise wie Sie das EU-konform hinkriegen wollen. Aber wie eine Gefährdung eintreten kann, wenn das alles nicht wahr ist, was wir sagen, also da müssen Sie uns wirklich mal auf die Sprünge helfen, Herr Minister. So einfach können Sie es sich hier nicht machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich zitiere deshalb noch einmal aus der Erklärung der Finanzministerin, Pressemitteilung vom 24.01.2003. Frau Kollegin Gramkow ist ja zu einem Teil darauf eingegangen. Da heißt es: „Auch im Jahre 2004 wird es die Infrastrukturpauschale geben. Allerdings wird sie dann von 76,7 Mio. 1 um 56,7 Mio. 1 auf 20 Mio. 1 vermindert.“ So, und nun kommt der entscheidende Satz: „Im Gegenzug erhalten die Kommunen dann jeweils 32 Mio. 1, die sich“ – und jetzt bitte ich, genau zuzuhören – „aus Strukturfondsmitteln der EU (24 Mio. 1)“

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

„und Landesmitteln“ – solange es sich um Landesmittel handelt, ist es überhaupt kein Problem – „(8 Mio. 1) zusammensetzen.“

(Angelika Gramkow, PDS: Ja. –
Gabriele Schulz, PDS: Genau.)

Wir haben die Frage gestellt, wie die Landesregierung es mit EU-Recht für vereinbar hält, dass EU-Mittel mit EU-Mitteln kofinanziert werden.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das passiert doch gar nicht.)

Es geht nicht um die 8 Millionen, sondern es geht um die 24 Millionen, die hier auch drinstehen.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist EFRE. –
Torsten Koplin, PDS: Das haben Sie nicht
verstanden. – Dr. Till Backhaus, SPD:
Er will es nicht verstehen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage noch einmal, die Ausführungen des Landwirtschaftsministers ...

Ich verstehe Ihre ganze Aufregung gar nicht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Gabriele Schulz, PDS: Wir verstehen Ihre nicht.)

Ich kann aber eins nachvollziehen, verehrter Herr Dr. Backhaus: Dass Sie sich in Ihrem Haushalt gut auskennen und Ihr Engagement für die Landwirtschaftspolitik, das ist ja alles völlig unumstritten, das hat kein Mensch je hier in Zweifel gestellt.

(Unruhe bei Minister-
präsident Dr. Harald Ringstorff und
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann)

Es geht hier schlicht darum, dass wir wollen, dass nicht Mittel, die bisher sinnvoll eingesetzt worden sind, in Ihrem Haushalt in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen. Das ist das eine. Aber unser zentraler Ansatz – und das habe ich von Anfang an deutlich gemacht – betrifft hier den Bereich des Innenministers und dazu haben wir überhaupt nichts gehört außer Allgemeinplätzen vom Wirtschaftsminister. Und deshalb: Die Landesregierung ist gut beraten, es sich zu überlegen, ob sie die Informationen dem Parlament vorenthalten will. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie in der letzten Zeit es sich angewöhnt haben, Informationen, zu denen Sie verpflichtet

sind, sie dem frei gewählten Parlament mitzuteilen, dem Parlament vorzuenthalten, und dass es aber Gott sei Dank im Rechtsstaat Möglichkeiten gibt, Sie dazu zu veranlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dass das dann mit erheblicher Zeitverzögerung passiert, ist eine ganz andere Sache. Aber ich hoffe nur, dass Sie nicht erneut wieder Anlass sehen, Informationen dem Hohen Hause vorzuenthalten, weil Sie etwas zu vertuschen haben.

(Ute Schildt, SPD: Das ist ja eine Unterstellung!)

Dass das bei einem anderen Minister dieses Hauses der Fall ist, das ist der breiten Öffentlichkeit inzwischen hinlänglich bekannt. Ich hoffe nur, Sie kommen Ihrer Informationspflicht hier in ausreichendem Maße nach. Und deshalb bedauere ich es sehr, wenn die Koalitionsfraktionen Sorge haben, dass ein solcher Berichts Antrag dazu führt, dass die Landesregierung zu viel unangenehme Fragen beantworten muss. Sie wird sie beantworten müssen, die Frage ist allein, auf welchem Weg. Sie sollten den sinnvollen Weg wählen, dass im Zusammenhang dem Parlament ein Bericht vorgelegt wird, und da reicht leider nicht die Homepage. Die sechs Absichtserklärungen sind schön, aber so bescheiden, Frau Kollegin Gramkow,

(Angelika Gramkow, PDS: Oh, die sind seitensweise untersetzt! Herr Born, ich bringe Ihnen das mit! – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

sind Sie sonst nicht, dass Sie sich mit bloßen Internet-
auskünften zufrieden geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Das sind 50 Seiten!)

Sie haben eben selbst gesagt, Sie wollen es im Finanzausschuss genauer wissen. Ich greife Ihre Anregungen auf. Mein Ausschussvorsitzender im Wirtschaftsausschuss erhält noch heute ein Schreiben,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

wo ich ihn bitte, genau diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Auch wir wollen wissen, was da eigentlich mit dem Begleitausschuss passiert,

(Gabriele Schulz, PDS:
Dann ist der Antrag erledigt.)

denn es kann nicht sein, dass außerhalb des Parlaments die grundlegenden Entscheidungen für dieses Land getroffen werden und wir als Abgeordnete erfahren das als Allerletzte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Ja, das hat aber
der Ausschuss schon so festgelegt.)

Und damit das nicht so ist, haben wir den Antrag heute eingebracht. Sie wollen ihm nicht stattgeben, dann müssen wir eben auf etwas umständlicherem Wege dafür sorgen, dass wir alle gemeinsam auch die notwendigen Informationen bekommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur zwei kurze Bemerkungen:

Erstens. Herr Dr. Born, nicht die Befassung mit dem Thema hier sollte irgendwie Anlass zu einer Kritik sein. Das Thema EU-Strukturfonds ist wichtig und bedarf, glaube ich, auch einer ausführlichen Debatte hier in diesem Haus. Aber der Umgang mit dem Thema, Herr Dr. Born, der ist kritikwürdig, wie Sie ihn vorgenommen haben. Das war nicht verantwortungsbewusst. Und es ist auch nicht verantwortungsbewusst, dass Sie jetzt wiederholt hier behauptet haben, wir würden Strukturfondsmittel mit Strukturfondsmitteln kofinanzieren. Dieses trifft nicht zu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Herr Dr. Born, und ich finde es auch nicht unbedingt gut, wenn man hier feststellen muss, dass jedes Märchen mehr Wahrheitsgehalt hat als Ihre Ausführungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das war der erste Punkt.

Zweitens. Herr Abgeordneter Petters, Sie haben vorher in Frage gestellt oder nicht gefunden die Zahl 16,2 Millionen im Nachtragshaushalt. Aufgrund Ihrer Anfragen gewinne ich zunehmend den Eindruck, dass Sie Probleme haben, mit dem Haushalt umzugehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Siegfried Frieze, SPD)

Ich will Ihnen mal eine kleine Serviceleistung bieten. Der Betrag steht auf Seite 406, Titel 119.05. Wenn Sie die gleiche Fassung der Landtagsdrucksache haben wie ich,

(Heiterkeit bei Siegfried Frieze, SPD)

dann werden Sie ihn dort finden. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Petters.

(Heinz Müller, SPD: Mit Haushalt. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heike Polzin, SPD: Einen haben wir noch!)

Andreas Petters, CDU: Also erst einmal vielen Dank, Herr Minister, für die Hinweise.

(Zuruf von Minister Dr. Otto Ebnet)

Aber wie gesagt, das nehmen wir gerne zur Kenntnis.

Ich wollte mich nur noch ganz kurz dazu äußern. Ich bin ein bisschen irritiert, wie hier miteinander diskutiert wird. Sie können davon ausgehen, dass wir hier wirklich als Abgeordnete unabhängig agieren und wir Herrn Rehberg da nicht zuarbeiten, denn er hat einen eigenen wissenschaftlichen Dienst, wie das sicher auch in den anderen Fraktionen ist. Ich weiß ja nicht, wie das bei Ihnen organisiert ist.

(Ute Schildt, SPD: Wir arbeiten doch mit jedem gern. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Aber wie Sie argumentieren, wenn Herr Dr. Backhaus hier auf- und abhüpft

(Torsten Koplin, PDS: Na, na, na!)

und der Minister hier so unsachlich argumentiert,

(Ute Schildt, SPD: Na, na, na!)

dann geht es doch hier darum, dass der Inhalt unseres Antrages Sie getroffen hat

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Gabriele Schulz, PDS: Wer redet hier von Sachlichkeit? – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

und dass wir eigentlich hier richtig liegen. Mittlerweile, obwohl ich noch nicht so lange Abgeordneter bin, kenne ich ja diese Spielchen schon. Und ich denke, und da möchte ich dem Kollegen Dr. Born beipflichten, wenn Sie noch nicht einmal in der Lage sind, uns einen Bericht zu geben, nachdem wir diese wunderschönen Internetseiten gelesen haben, ob das denn auch so umgesetzt worden ist – dabei geht es um parlamentarische Kontrolle,

(Gesine Skrzepski, CDU: Ja.)

und ich weiß nicht, ob das hier ein Fremdwort ist,

(Heinz Müller, SPD: Das tut uns aber Leid!)

aber ich möchte es gern wissen –,

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

dann muss ich leider wieder andere Mittel hinzuziehen und das macht mir ja auch Arbeit.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Till Backhaus, SPD: Oh, Sie Armer!)

Ich würde gerne mit Ihnen sprechen.

Dann mache ich das eben. Aber Sie hätten es einfacher haben können, uns einen Bericht vorzulegen. Ich weiß, dass die Mitarbeiter in den Ministerien fleißig sind und relativ zügig alles gemacht werden kann. Aber wenn Sie uns nicht unterrichten, dann bin ich sehr enttäuscht, dass wir andere Wege gehen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Dr. Backhaus.

Dr. Till Backhaus, SPD: Herr Petters, ich muss versuchen, es Ihnen noch einmal zu erklären.

(Andreas Petters, CDU: Vielen Dank!)

Bitte sehr.

Ich bitte wirklich auch zu berücksichtigen, dass in der Frage der europäischen Fonds und deren Abrechnung die Kommission sehr genau verfolgt, welche Debatten denn so in den Regionen stattfinden.

(Harry Glawe, CDU: Ja, das ist das Problem. –
Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Und jetzt bitte ich Sie, einfach einmal ein kleines bisschen nur nachzudenken über Ihre Periode und die Häuser, die Sie verantwortet haben.

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Ich habe 1998 ein Haus übernommen, dort hat es eine Anlastung gegeben von 58 Millionen DM. Können Sie sich noch daran erinnern? Ich hoffe das. Das hing mit Mittelausreichungen zusammen, die vielleicht nicht ganz korrekt oder durch Verwaltungsfehler gemacht worden sind,

Herr Petters. Sie haben selbst aktiv in der Verwaltung gearbeitet und Sie wissen, wie sensibel die Kommissionen mit dem Ausreichen dieser Mittel umgehen. Hören Sie auf, hier Halbwahrheiten oder Unwahrheiten zu verbreiten!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Hören Sie damit bitte auf!

Und wenn Sie – und das möchte ich wirklich noch ganz in Ruhe zu Ende bringen – Fragen haben, kommen Sie in die Ausschüsse, stellen Sie Ihre Fragen! Ich betone nochmals: Wir haben das für unseren Bereich im EAGFL gemacht.

(Lorenz Caffier, CDU: Da können wir
ja die Landtagssitzung abschaffen.)

Wie bitte?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Lorenz Caffier, CDU: Da können wir
ja die Landtagssitzung abschaffen.)

Darum geht es überhaupt nicht, sondern es geht darum, dass man in Sachlichkeit über solche komplizierten Themen wie die Ausreichung der EU-Förderbedingungen zu reden hat. Oder wenn Sie von den Umschichtungen reden, die wir vorgenommen haben, das wissen Sie doch selbst, gerade Herr Petters muss es wissen,

(Zurufe von Ute Schildt, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

wenn Richtlinien nicht genehmigt werden, wenn Richtlinien von der Kommission nicht bestätigt werden und Mittel eingestellt worden sind,

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU –
Minister Dr. Otto Ebnet: Müsste.)

dann müssen diese Mittel in andere Bereiche umgeschichtet werden. Das muss einem Verwaltungsbeamten, wie Sie es sind, doch eigentlich klar werden.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Solche Sachen sind sinnvoll, damit es eben gerade nicht passiert, dass Geld dem Land Mecklenburg-Vorpommern und damit den Bürgerinnen und Bürgern vorenthalten wird.

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Das müssten Sie eigentlich auch begreifen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache.

Wir kommen damit zur Abstimmung.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der CDU-Fraktion auf Drucksache 4/264 zur federführenden Beratung in den Wirtschaftsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, an den Landwirtschaftsausschuss, an den Bauausschuss sowie an den Umweltausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. –

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Jaja, bloß nicht diskutieren!)

Enthaltungen? – Damit ist dem Überweisungsvorschlag nicht gefolgt worden.

Wir kommen zur Abstimmung des Antrages in der Sache. Wer ist für die Annahme dieses Antrages? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? –

(Dr. Armin Jäger, CDU: So was muss doch in den Ausschüssen diskutiert werden.)

Das ist nicht der Fall. Demzufolge ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14**: Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Resolution – Krieg im Irak verhindern, Drucksache 4/257.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Resolution – Krieg im Irak verhindern
– Drucksache 4/257 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/293 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete der PDS-Fraktion Herr Ritter.

Peter Ritter, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Januar vor zwölf Jahren brach ein Wüstensturm los – Wüstensturm, so nannte sich der Angriff der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak –, der zweite Golfkrieg. Der erste Golfkrieg fand elf Jahre davor statt. Der Irak griff den Iran an, unterstützt und ausgerüstet von den USA, von Frankreich, der Sowjetunion und den Golfstaaten. Und nun stehen wir vor der Gefahr eines dritten Golfkrieges. Der Verbündete des Jahres 1980 ist heute wie 1991 der Feind. Doch bei einem Krieg gegen den Irak geht es heute wie 1991 nicht vordergründig darum, Saddam Hussein zu entwerfen. Im „Spiegel“ vom 13. Januar diesen Jahres wird Pulitzer-Preisträger und „New York Times“-Kolumnist Thomas Friedman zitiert. Er sagt: „Hören wir auf, der Welt Blödsinn zu erzählen. Ja, es geht ums Öl. Das Verhalten von Bushs Team ist nicht anders zu erklären.“ Erdöl, die weitere Durchsetzung der neuen Weltordnung, Kontrolle des Nahen und Mittleren Ostens, das sind die strategischen Ziele.

Keine Frage, meine sehr verehrten Damen und Herren, Saddam Hussein muss die ihm auferlegten Pflichten erfüllen. Massenvernichtungswaffen müssen abgerüstet werden. Daran besteht kein Zweifel, aber auf friedliche Weise. Die Arbeit der UN-Inspektoren muss zu Ende geführt werden. Die Ablehnung eines Krieges gegen den Irak bedeutet nicht, die Notwendigkeit eines Regimewechsels in Frage zu stellen. Wir lehnen die Diktatur Husseins ab.

Das seit 1979 unter der Ägide von Saddam Hussein etablierte politische Herrschaftssystem hat sich wegen seiner extremen Demokratiefeindlichkeit und der verübten Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Giftgaseinsätzen gegen die eigene kurdische Bevölkerung national wie international selbst ins Abseits gestellt. Der notwendige Regierungswechsel und eine damit verbundene tragfähige demokratische Alternative sind die nicht unproblematischen Aufgaben des irakischen Volkes und dessen demokratischer Oppositionskräfte. Krieg löst diese Probleme nicht. Krieg ist das Problem!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Krieg beseitigt keine Diktaturen. Der Krieg gegen den Irak ist eine Fackel, die in das Pulverfass Naher und Mittlerer Osten geschleudert wird. Die Explosion wird auch Europa treffen. An die Stelle der Stärke des Rechts tritt das Recht des Stärkeren.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Auch in Auseinandersetzung mit meiner eigenen Vergangenheit weiß ich heute, dass die Lehre von den gerechten und von den ungerechten Kriegen falsch ist. Krieg gehört nicht in die Politik, denn er ist ihr Versagen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Krieg ist nicht die Zukunft, denn er zerstört die Zukunft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, viele Menschen fürchten sich vor einem Irakkrieg, aber nur wenige Menschen werden entscheiden, ob der Krieg geführt wird. Millionen Menschen lehnen weltweit diesen weiteren Krieg ab. Aus dieser Ablehnung muss noch mehr als bisher Widerstand werden, nur so könnte ein neuer Krieg vielleicht noch verhindert werden.

Die Bundesregierung sagt zu diesem Krieg Nein. Dafür gebührt ihr ausdrücklich Anerkennung und Unterstützung, damit sie beim Nein bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Sie braucht aber keine Aschermittwochschele für ihre Bemühungen um eine friedliche Lösung dieses Konfliktes, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nutzen wir weiter jede Gelegenheit, um zu zeigen: Wir wollen diesen Krieg nicht! Der Europäische Gewerkschaftsbund ruft auf, am kommenden Freitag zehn Minuten gegen den Krieg zu protestieren. Auch wir sollten am Freitag zehn Minuten vor 12.00 Uhr vor den Landtag, vor die Ministerien, vor unsere Wahlkreisbüros treten, um diese Aktion zu unterstützen, um gemeinsam zu zeigen: Wir wollen diesen Krieg nicht! Wir sollten Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer ermuntern dürfen, für diese zehn Minuten den regulären Unterricht zu unterbrechen, damit auch sie zeigen können: Wir wollen diesen Krieg nicht!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, leider müssen wir uns aber auch damit auseinander setzen, dass es zum Krieg, dass es zum Tag X kommen kann. Auch an diesem Tag müssen wir klar Position beziehen. Vielerorts, zum Beispiel in Rostock oder hier in Schwerin, bereiten die Friedensbündnisse Protestveranstaltungen für den Tag X vor. Ich rufe Sie auf, sich in diese Bündnisse einzubringen, am Tag X mit auf der Straße zu sein. Ich meine aber auch, dass der Landtag selbst nach außen deutlich sichtbar machen sollte: Wir wollen diesen Krieg nicht! Weiße Tücher als Zeichen des Protestes an unseren Fenstern, Transparente gegen den Krieg als deutliche politische Willensbekundung, das sollte möglich sein, ohne dass erst lange über die Würde des Hohen Hauses debattiert wird. Krieg beschädigt die Würde des Menschen. Dagegen zu protestieren muss legitim sein, auch hier im Landtag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Entscheidung, ob Krieg oder Frieden, kann man also nicht nur

einer Regierung allein überlassen. Tausende Menschen, auch in unserem Land, haben sich gegen den Krieg, haben sich für den Frieden engagiert. Würdigen und unterstützen wir dieses Engagement! Ich bitte Sie, ich fordere Sie auf: Stimmen Sie der vorliegenden Resolution zu! Nutzen wir jede Chance und jedes Mittel, einen neuen Krieg zu verhindern! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ritter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Irak-Krise bewegt die Menschen weltweit. Sie haben Angst, Angst vor einem Krieg und Angst vor allen Dingen auch vor seinen Folgen.

Wird die Welt nach einem Krieg ein sicherer Ort sein? Das glauben nur wenige. Krieg löst keine Probleme, sondern Krieg schafft neue. Das glauben dagegen viele. Eine überwältigende Mehrheit der Deutschen lehnt daher einen Krieg gegen den Irak ab, auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Die Menschen verkennen dabei nicht die Gefahr, die von Saddam Hussein ausgeht. Sie wissen, der Diktator hätte sich weit weniger bewegt ohne den massiven Druck der Vereinten Nationen. Eine überwältigende Mehrheit der Deutschen will aber, dass alle Möglichkeiten genutzt werden, um die Entwaffnung des Diktators auf friedlichem Wege zu vollziehen. Eine Zustimmung Deutschlands zu einer neuen UN-Resolution, mit der ein militärisches Vorgehen gegen den Irak legitimiert werden soll, wird von lediglich 15 Prozent der Deutschen befürwortet. Ich glaube, das ist deutlich.

Meine Damen und Herren, gemeinsam mit Frankreich, Russland und mit anderen Staaten unternimmt die Bundesregierung alle Anstrengungen, um den Konflikt im Irak auf friedlichem Wege zu lösen. Darum kämpfen wir und dabei haben wir die Menschen hinter uns. Ich stelle die Frage: Gilt das auch für die Union? Es ist nicht klar erkennbar, was sie eigentlich will. In Fragen von Krieg und Frieden, glaube ich, darf man nicht lavieren nach dem Motto: „Augen zu und in der Mitte durch!“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

In Fragen von Krieg und Frieden muss Klartext gesprochen werden, deshalb bin ich froh, dass Gerhard Schröder Bundeskanzler ist und nicht Edmund Stoiber.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Wo stehen Sie, meine Damen und Herren von der Union, wenn die USA ohne UN-Mandat in den Irak einmarschieren? Und was sagen Sie den Menschen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, wo eine große Mehrheit gegen eine militärische Intervention ist? Edmund Stoiber hat dazu erklärt, die Frage stelle sich noch nicht. Aber, meine Damen und Herren, die Frage wird sich bald stellen und spätestens dann – oder endlich dann – sollte auch die Union eine Meinung dazu haben.

Ich glaube, die Arbeit der UN-Inspektoren zeigt, dass eine friedliche Entwaffnung des Irak möglich ist. Sie ist

aufwendig und mühsam, aber sie ist möglich. Bagdad hätte viele der getroffenen Maßnahmen früher und bereitwilliger ergreifen können, das ist wahr, aber man darf doch nicht übersehen: In den letzten Wochen hat sich die Kooperation spürbar verbessert und das ist eine positive Entwicklung und diese Entwicklung muss weitergehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Außenminister Fischer hat in seiner Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 7. März 2003 in New York darauf aufmerksam gemacht, dass die Inspektionen aber nicht endlos fortgesetzt werden können. Das Ziel der Abrüstung des Irak muss energisch und konsequent verfolgt werden. Er hat aber auch deutlich gemacht, dass angesichts der aktuellen Lage und der laufenden Fortschritte Deutschland keinerlei Notwendigkeit für eine zweite Resolution sieht. Und er hat zu Recht gefragt, warum man den eingeschlagenen Weg gerade jetzt verlassen will, wo die Inspektionen auf Grundlage der Resolution 1441 tragfähige Ergebnisse zeigen.

Meine Damen und Herren, bis zur Herausbildung eines internationalen Völkerrechts war es ein langer Weg, es war vor allem ein blutiger Weg. Und wer heute militärische Gewalt anordnet, der kann das nur auf Grundlage ganz bestimmter Prinzipien und Möglichkeiten tun, die in der Charta der Vereinten Nationen festgehalten sind. Auch als letztes Mittel der Konfliktlösung unterliegt die Anwendung militärischer Gewalt strengsten Beschränkungen. Eine Ausnahme bildet die Selbstverteidigung gegen einen unmittelbar bevorstehenden bewaffneten Angriff. Eine weitere ist die vom Sicherheitsrat legitimierte Abwehr einer unmittelbar schweren Gefahr für den internationalen Frieden. Die Stärke des Rechts rückt an die Stelle des Rechts des Stärkeren, das ist das Prinzip.

(Dr. Armin Jäger, CDU:

Das muss aber einer durchsetzen.)

Ein amerikanischer Präventivkrieg wäre ein Präzedenzfall, der das Gewaltverbot der UN-Charta ein für alle Mal aushebeln würde. Wer sollte dann noch Staaten wie Indien, Pakistan oder Nordkorea daran hindern, unter Berufung auf die USA in ihre Nachbarstaaten einzumarschieren?

(Egbert Liskow, CDU: So wie die Russen.)

Die Stärke des Rechts muss Vorrang haben vor dem Recht des Stärkeren. Ungeachtet aller aktuellen Meinungsverschiedenheiten ist das das gemeinsame Wertefundament, das uns Deutsche mit den Amerikanern verbindet. Uns eint eine Freundschaft, die auf gegenseitigem Respekt und der Verfolgung gemeinsamer Ziele beruht. Freundschaft heißt aber auch, dass man zu unterschiedlichen Meinungen kommen und das trotzdem ertragen kann. Wir Ostdeutschen wissen, was wir den Amerikanern im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung zu verdanken haben. Aber als Ostdeutsche sollten wir auch besonders sensibel sein, wenn es heißt, „Kritik verboten“, denn das gab es schon zu Zeiten der DDR, das ungeschriebene Verbot, Freunde zu kritisieren. Auch Frau Merkel müsste das noch in Erinnerung haben. Heute fährt sie in die USA und kritisiert die deutsche Bundesregierung, ich glaube, ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland.

Es gibt ein Zitat von Willy Brandt, es passt vielleicht ein bisschen in diese Zeit. Er hat einmal gesagt: „Den Interessen des Landes wird nicht gerecht, wer schon Amen sagt, während in Washington noch gebetet wird.“

Meine Damen und Herren, der Bundesaußenminister hat im Weltsicherheitsrat darauf hingewiesen, dass während der Inspektionen von 1991 bis 1998 nachweislich mehr Massenvernichtungswaffen des Irak abgerüstet worden sind, als während des gesamten Golfkrieges vernichtet wurden. Es spricht also vieles dafür, dass kontrollierte Abrüstung und wirksame Inspektionen ein taugliches Mittel zur Beseitigung von Gefahr darstellen. Und im Übrigen gibt es keine Beweise für ein angeblich neues Atomprogramm des Irak. Von den USA und Großbritannien vorgelegte Beweise erwiesen sich als Fälschungen. Wer trotzdem heute einer militärischen Option den Vorzug gibt, muss beweisen, dass es keine Alternative zum Krieg gibt.

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer, ein Kenner der Krisenregion, mutmaßt, dass ein Krieg, ein Angriffskrieg gegen den Irak den Antiamerikanismus in den muslimischen Ländern massiv verstärken und den Terrorismus weiter fördern würde. „Es könnte sein“, schreibt er, ich zitiere: „dass wir 30 Tage Bomben auf den Irak mit 30 Jahren Terrorismus bezahlen. Wenn wir wollen, dass der muslimische Terrorismus von einer Minderheitenbewegung zu einer Massenbewegung und unser junges Jahrhundert zu einem Jahrhundert des Terrorismus wird, müssen wir genau diesen Krieg führen.“ Ich glaube, das können wir alle zusammen nicht wollen.

Wir müssen uns auch vor Augen führen, wie viel Leid und Tod ein Krieg für zahllose Menschen bringen würde. Mütter würden ihre Söhne verlieren, Kinder ihre Väter. Und vor allem dürfen wir nicht vergessen, auch viele Kinder würden sterben. Schon heute sind die Kinder die eigentlichen Leidtragenden der jahrelangen Sanktionen. Es gibt zu wenig Medikamente, vor allem zur Behandlung von Leukämie. Im Krankenhaus von Basra ist infolge der Sanktionen die Sterblichkeitsrate der an Blutkrebs Erkrankten von unter 60 Prozent auf über 85 Prozent gestiegen. Augenzeugen berichten, der Anblick der schwarzgekleideten Mütter, die mit ihren ausgezehrten blassen Kleinen auf den Krankenhausbetten spielen, sei einfach herzerzerrend.

Vieles spricht dafür, meine Damen und Herren, dass die Region durch einen Krieg nicht stabiler, sondern instabiler wird, da sind sich die Kenner der Region einig. Doch unser Ziel muss es sein, auch im Nahen Osten eine dauerhafte und stabile Friedensordnung zu schaffen. Dazu gehört die Sicherheit Israels ebenso wie ein unabhängiger, lebensfähiger und demokratischer Staat der Palästinenser. Wenn die Bundesregierung so leidenschaftlich dafür kämpft, dem Frieden eine Chance zu geben, dann geschieht das auch in Sorge um die Folgen für die Region und aus Sorge um die Folgen für Israel. Eine neue Welle des Terrorismus müssen gerade wir als Deutsche vermeiden helfen. Und darüber hinaus müssen wir auch fragen, welche Mitschuld der Westen daran trägt, dass Diktatoren mit Waffen beliefert werden,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

die sich am Ende gegen den Westen selbst richten.

Und wir müssen uns die Frage stellen, welche Bedeutung im Irakkonflikt die Tatsache hat, dass im Irak die zweitgrößten Erdölreserven der Welt liegen. Kontrolle über den Irak würde zum Beispiel die Abhängigkeit der USA von ihrem Öllieferanten Saudi-Arabien, das zunehmend auf Distanz zu Washington geht, deutlich verringern. Und wie passt es ins Bild, dass nach Informationen

des „Wallstreet Journal“ die US-Entwicklungsbehörde bereits heute einen Auftrag von 900 Millionen US-Dollar für die Erneuerung der irakischen Infrastruktur nach dem Krieg ausgeschrieben hat, obwohl es offiziell in Washington heißt, die Entscheidung über den Krieg sei noch nicht gefallen? Sie können das alle im „Spiegel online“ nachlesen, er berichtet ausführlich darüber.

Meine Damen und Herren, Frieden ist die größte Hoffnung aller Menschen, aber dauerhafter Frieden ist immer ein Werk der Gerechtigkeit. Und wir dürfen es nicht zulassen, dass es Regionen auf der Welt gibt, in denen Kinder nicht mehr wissen, was Frieden ist. Dafür lohnt es sich zu arbeiten, hart zu arbeiten.

Meine Damen und Herren, uns ist sehr wohl bewusst, dass die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht in Schwerin getroffen wird, aber ich glaube, auch in Schwerin können wir ein Zeichen setzen. Viele Menschen in unserem Land und in vielen anderen Ländern der ganzen Welt haben das in den letzten Wochen getan. Auch in den USA selbst wenden sich immer mehr Menschen, darunter auch der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter, gegen einen Krieg. Ich appelliere an Sie: Auch wir sollten das heute tun und ein Zeichen setzen für eine gewaltfreie Lösung im Irak! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Ministerpräsident.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/293 vor, der bereits verteilt wurde.

Wir fahren fort in der Aussprache. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ankermann von der Fraktion der CDU.

Michael Ankermann, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Ministerpräsident, ich denke, das Thema, über das wir hier debattieren, ein außenpolitisches Thema, das eigentlich in diesen Landtag gar nicht gehört,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Torsten Koplin, PDS: Na, hören Sie!)

eigentlich, ...

(Torsten Koplin, PDS: Traurig!)

Aber, meine Damen und Herren, hören Sie mir doch zu!

(Torsten Koplin, PDS: Das ist
sehr traurig, dass Sie das so sehen.)

Wenn Sie des Deutschen mächtig sind, dann werden Sie auch verstehen, was ich sage.

(Torsten Koplin, PDS: Eine klare
Sprache verrät klares Denken.)

Herr Ministerpräsident, das Thema ist zu ernst, als dass man dabei mit Halbwahrheiten aufwarten dürfte. Sie haben viele Dinge angesprochen, Sie haben viele Dinge zu Recht und richtig angesprochen, aber Sie haben auch viele Dinge weggelassen. Und ich gehe ganz fest davon aus, dass Sie diese Dinge ganz bewusst weggelassen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Beispielsweise möchte ich Ihr Zitat von Willy Brandt, das ich so noch nicht kannte, ansprechen und daran erin-

nen, dass wir möglicherweise heute hier über dieses Thema gar nicht sprechen müssten, wenn der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland nicht bereits im September vor dem ersten Bericht von Herrn Blix Erklärungen abgegeben hätte, dass Deutschland sich an möglichen militärischen Interventionen oder wie auch immer überhaupt nicht beteiligen würde. Genau hier hat er das gemacht, was Sie gerade mit dem Zitat von Willy Brandt als unmöglich dargestellt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und insoweit kann man wirklich sagen, dass ein Großteil dieser Debatte, die wir heute führen, auch unserem Bundeskanzler zu verdanken ist.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist ja unglaublich! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das darf doch wohl nicht wahr sein!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Torsten Koplin, PDS: Unerhört! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das darf doch wohl nicht wahr sein! Schlimm! – Glocke der Vizepräsidentin)

wir wissen, dass die PDS seit geraumer Zeit Gemeindevertretungen, Stadträte und auch Kreistage mit ähnlichen Anträgen überzieht beziehungsweise diese dort einbringt.

(Gabriele Schulz, PDS: Nur gut. – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Insofern waren wir überhaupt nicht verwundert, dass auch hier in den Landtag ein solcher Antrag eingebracht wird. Es war uns klar, dass es Ihnen auch hier gelingen würde, den großen Koalitionspartner SPD mit ins Boot zu nehmen.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sie werden hingegen nicht erwarten,

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Ute Schildt, SPD: Sie wissen ja nicht, was die Leute im Land bewegt!)

dass die CDU-Fraktion

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ihr Umgang mit dem Thema ist unverantwortlich, Herr Abgeordneter! – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

Ihren Antrag in Gänze ablehnt, auch wenn wir teilweise – das werden Sie erwartet haben – anderer Auffassung sind.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Sie eiern bis heute!)

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion liegt Ihnen vor.

Wenn ich auf Ihren Antrag eingehe, dann enthält dieser im Wesentlichen vier Elemente: Alles muss getan werden, um einen Krieg im Irak zu verhindern, auf keinen Fall dürfen deutsche Soldaten sich an militärischen Aktionen beteiligen beziehungsweise beteiligt werden, die Haltung und die Aktivitäten der Bundesregierung werden unterstützt und – Herr Ritter, Sie haben es eben auch noch einmal deutlich gesagt –

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Davon werden wir uns auch nicht abbringen lassen.)

der Landtag fordert die Bürgerinnen und Bürger zu Demonstrationen auf.

(Birgit Schwebs, PDS: Richtig, genau!)

Meine Damen und Herren in diesem Hohen Hause und auch für die Mitbürgerinnen und Zuhörer dort hinten hier im Raum, eines will ich ganz deutlich auch für die CDU-Fraktion erklären: Gemeinsam mit den Antragstellern ist auch die CDU-Fraktion gegen Krieg und gegen Gewalt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heike Polzin, SPD: Das ist grundfalsch! Das ist falsch!)

Alles muss getan werden, damit Kriege verhindert werden können. Dieses bitte ich, als Präambel sozusagen einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Und jetzt kommt das Aber.)

Kriege zwischen Völkern, Staaten, Kriege in Gestalt von Terroranschlägen, von feigen hinterhältigen Anschlägen, Kriege in Form von Bürgerkriegen, wir sind gegen Gewalt durch Ermordung von Menschen, von politischen Gegnern. Wir hatten vorhin eine Gedenkminute, ich möchte daran nur erinnern. Wir sind gegen Gewalt durch Anzünden von Häusern, wir sind gegen Gewalt in Form von Vergewaltigung, von Missbrauch und Misshandlung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und trotzdem werden wir heute hier alle feststellen können, es gibt Gewalt und es gibt Kriege.

(Frank Ronald Lohse, SPD: Was ist das?)

Innenpolitisch ist uns völlig klar, welche Verantwortung wir tragen, und üben sie auch aus, auch in diesem Parlament. Wir haben eine Polizei, wir haben eine Justiz, wir bauen neue Gefängnisse und werden damit unserer parlamentarischen Verantwortung, die wir unseren Mitbürgern gegenüber haben, gerecht.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Unsere Polizei führt keinen Krieg. – Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Außerhalb unseres Landes – ich gehe darauf gar nicht ein – habe ich den Eindruck, dass einige gerade dabei sind, sich so zu verhalten, wie diese drei berühmten Affen: Sie hören nichts, sie sehen nichts und sie sagen auch nichts.

(Karsten Neumann, PDS: Ganz im Gegenteil!)

Und ich will Ihnen auch sagen, warum. Dieses Parlament gibt es seit zwölf Jahren. Ich kenne wirklich nicht alle Anträge, aber ich habe mich ein bisschen umgesehen und bemüht, möglichst viele Anträge in einen Überblick zu bekommen. Ich habe vergeblich Ihre Resolutionsanträge gesucht, mit denen Sie Bundes- oder Landesregierung auffordern, der Ermordung von 10.000 Menschen entgegenzutreten, die Saddam nach dem ersten Golfkrieg 1991 angeordnet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe vergeblich Ihre Resolutionen gesucht, mit denen Sie vorgehen wollen und sich aussprechen gegen Terror, Ermordungen, Hinrichtungen, Gewalt, Folterungen in Gefängnissen im Irak.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ebenso vermisste ich Resolutionen über das Abschachten von etwa – entschuldigen Sie bitte diesen Ausdruck, aber anders kann man es kaum nennen –

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sehr theatralisch.)

150.000 schiitischen Moslems und moslemischen Kurden in den letzten 15 Jahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie sind nicht da, sie sind auch nicht zu finden. Vielleicht können Sie mir das Gegenteil beweisen, ich wäre darüber sogar froh.

Und vergeblich suche ich auch – dieses ist heute bereits angesprochen worden – Resolutionen gegen das mutwillige, von Saddam angeordnete In-Brand-Setzen von 727 Ölquellen im Februar 1991. Die damit verbundene Umweltkatastrophe ist Ihnen sicher noch vor Augen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Andreas Bluhm, PDS: Von der CDU haben wir solche Anträge auch nicht gehabt.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ritter?

Michael Ankermann, CDU: Ja, wenn ich fertig bin.

Selbst in dem einen Fall, der Ihnen vielleicht aus der Berichterstattung des Fernsehens noch vor Augen ist, als eine männliche Person versucht hat, offenbar mit Akten sich in ein Fahrzeug der UN-Inspektoren zu begeben und dann von irgendwelchen Sicherheitsleuten – nicht von UN-Sicherheitsleuten, offenbar von Irakern – zurückgedrängt wurde, festgehalten wurde, vermisste ich Ihr Engagement für diese eine Person, denn auch hier geht es um ein Leben auf dieser Welt und auch da könnte man sich natürlich einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber ich habe den Eindruck – dieser Eindruck muss sich aufdrängen –, dass hier offensichtlich die falsche Zielperson im Auge ist.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heike Polzin, SPD: Mein Gott, sind Sie arm dran, wenn Sie solche Umwege gehen müssen! Das sind ja überhaupt keine Argumente. – Zuruf von Karsten Neumann, PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

Meine Damen und Herren, warum rufen Sie denn die Menschen nicht auf, gegen Terrorisierung und Ermordung von Menschen im Irak zu demonstrieren? Denn glaubhaften Berichten der Menschenrechtsorganisation zufolge gibt es im Irak – und das muss man sich einmal vorstellen –

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

kaum eine Familie, die nicht den Tod oder das Foltern oder das Verschwinden und Verschleppen eines Angehörigen zu beklagen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das können wir uns hier in unserem geordneten zivilisierten Zusammenleben doch überhaupt nicht vorstellen. Aber dagegen unternimmt keiner etwas.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das kann doch wohl nicht wahr sein! –
Kerstin Fiedler, CDU: Das ist aber wahr.)

Ohne jeden Zynismus – und das sage ich hier auch ganz deutlich – können wir doch eins hier bei uns erfreulicherweise feststellen: Es ist erlaubt zu demonstrieren und es wird auch davon Gebrauch gemacht. Das ist gut und richtig so, es ist Teil unserer

(Torsten Koplin, PDS: Dann kommen Sie doch mal da hin, zu den Demonstrationen!)

demokratischen Möglichkeiten, uns zu äußern. Was glauben Sie denn, was passieren würde, wenn im Irak beispielsweise Demonstrationen, wie sie hier gang und gäbe sind, durchgeführt würden?

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das berechtigt niemanden, da einzumarschieren und Frauen und Kinder umzubringen!)

Glauben Sie denn, dass Sie dort hingehen würden beziehungsweise dass Ihre Angehörigen zurückkommen würden?

(Zurufe von Heike Polzin, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

Das ist sicherlich nicht der Fall.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, bitte, das Wort hat Herr Ankermann.

(Lorenz Caffier, CDU: Hören Sie doch uns auch zu! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aber nicht solchen Zumutungen!)

Michael Ankermann, CDU: Ihr Protest richtet sich gegen die Ultima Ratio der UN-Resolution 1441, sie richtet sich gegen diese so genannte zweite Resolution. Und hier bin ich an dem Punkt, den ich am Anfang angesprochen habe. Es wird meistens übersehen – und das ist auch bei den Redebeiträgen vorher übersehen worden –, es ist ja nicht die erste Resolution. Die 1441 ist ja bereits die zweite, denn im April 1991 haben die Vereinten Nationen in der Resolution 687 Saddam 15 Tage Zeit gegeben, Rechenschaft über seine Massenvernichtungswaffen, A-, B- und C-Waffen, über die Entwicklung derselben abzulegen, diese zu zerstören und die Zerstörung den UN-Kontrolluren nachzuweisen beziehungsweise ihnen zu ermöglichen, dieses zu beobachten. Diese Resolution wurde nach Maßgabe des Kapitels 7 der Charta der UN aufgenommen und das bedeutet, dass sie unter der Androhung militärischer Mittel im Nichtbefolgungsfalle bereits steht – 1991. Elf Jahre warten wir darauf, dass diese Resolution erfüllt wird.

(Beifall Rainer Pracht, CDU)

Da kann man nun unbedingt nicht den Eindruck haben, dass irgendwelche Hasardeure am Werke sind, die unbedingt einen Krieg wollen. Elf Jahre sind ins Land gegangen, in denen Saddam die Resolution nicht befolgt hat, in denen er immer nur dann, wenn der Druck von außen zunahm – und hier war es im Wesentlichen der militärische Druck –, reagiert hat.

Ich will noch einen anderen Punkt anführen. Natürlich will niemand einen Krieg. Natürlich will auch niemand, dass deutsche Soldaten sich an einem Krieg beteiligen oder in den Krieg geschickt werden müssen, wie auch immer. Aber Sie wissen auch, meine Damen und Herren, dass Bundeskanzler Schröder seit der Regierungsübernahme mehr Soldaten in Auslandseinsätze geschickt

hat, als je einer seiner Vorgänger vorher. 1998 waren 2.800 Soldaten außerhalb des Bündnisgebietes eingesetzt, heute sind es über 10.000 Soldaten. 1998 kosteten diese Auslandseinsätze etwa 178 Millionen Euro im Jahr, heute sind es rund 1,7 Milliarden Euro im Jahr, das ist der zehnfache Betrag.

Die Vereinten Nationen und die vereinte internationale Gemeinschaft hat Saddam vor langer Zeit die Möglichkeit eingeräumt, auf friedlichem Wege und ohne einen einzigen Tropfen Blut zu vergießen, die Welt von dieser bedrohlichen Gefahr zu befreien. Wir wissen aus den vergangenen Jahren, dass sich Saddam ohne Drohpotential nicht bewegt. Das ist hier auch eingeräumt worden, insofern sind wir uns, glaube ich, einig.

Ich halte es aber für fatal, dass der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland aus wahltaktischen Motiven heraus –

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist Infamie! –

Torsten Koplin, PDS: Das ist eine Unterstellung!)

und das dürfte auch unbestritten sein –

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –

Heike Polzin, SPD: Das ist, glaube ich, Ihr Problem. Es geht nur um Wahltaktik.)

im vergangenen Jahr eine Erklärung abgegeben hat, die so lautete, wie ich das vorhin angeführt habe. Ich stelle mir da das Bild eines Staudammes vor, ein Staudamm, der einen riesigen See, eine Wassermenge hält. Und nun kommt einer und nimmt einen Stein aus diesem Staudamm heraus, zu welchem Zweck auch immer. Wir wissen alle, was passiert. Andere werden sich auch Steine nehmen, das Loch wird immer größer und irgendwann rutscht die ganze Geschichte zusammen. Ich habe den Eindruck, dass genau dieses jetzt auch passiert beziehungsweise passieren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –

Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Dadurch wird natürlich die Bedrohung durch Saddam, die Sie sicherlich nicht bestreiten werden, auch wenn sie uns hier weit entfernt so direkt möglicherweise nicht trifft, doch immer größer, weil er nicht dumm ist und die Zerstörtheit der westlichen Welt und innerhalb Europas, der Europäischen Union natürlich erkennt. Die Vereinten Nationen werden Autorität einbüßen ...

(Andreas Bluhm, PDS: Ja, weil die Amerikaner sich nicht darum scheren, wie der Sicherheitsrat entscheidet.)

Das wissen Sie doch noch gar nicht, Herr Kollege. Warten Sie doch!

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Andreas Bluhm, PDS: Das interessiert ihn nicht.)

... und letztlich werden sie auch damit ad absurdum geführt.

Wenn dieses einträte, hätte die Völkergemeinschaft doch kein Mittel mehr, sich gegen irgendwelche Bedrohungen zu richten. Es würden wahrscheinlich wieder irgendwelche Blöcke entstehen, die nun so in diesem Sinne gar nicht mehr vorhanden waren. Das werden Sie sicher mit mir auch sehen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

dass die Amerikaner auf der einen Seite und die Europäische Union, wenn sie denn ein einheitliches Gebilde ist und nicht ein Riss durch dieses Gebilde geht und wir eine neue politische Achse haben, durchaus friedliche Gremien sind, um es so zu sagen.

Glücklicherweise habe ich den Eindruck, dass die Menschen in Niedersachsen und in Hessen das – ich komme auch wieder auf den Bundeskanzler zurück –, was der Bundeskanzler auf einem Marktplatz in Goslar, einer Kleinstadt im Harz, verkündet hat, eben nicht so wohlwollend zur Kenntnis genommen haben, wie Sie es uns hier verkaufen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –

Dr. Margret Seemann, SPD: Wie weit wollen Sie denn noch gehen?)

Und darüber hinaus muss man auch erkennen, dass der Bundeskanzler gemeinsam mit den EU-Staats- und -Regierungschefs am 17. Februar einer Erklärung zugestimmt hat, die den Krieg als letztes Mittel benennt. Hier, meine Damen und Herren von der SPD, denke ich, haben Sie ein Problem, denn dieses ignorieren Sie ja offensichtlich völlig. Und man muss auch feststellen, dass die Beseitigung einer Bedrohung mit friedlichen Mitteln, wenn sie denn nicht eintritt, nicht dadurch realisiert wird, dass man sie schlicht ignoriert. Das reicht nicht aus, um die Bedrohung zu beseitigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Weil die CDU-Fraktion in dem Punkte, in dem der Bundeskanzler dieser Erklärung der Staats- und Regierungschefs zugestimmt hat, dem Bundeskanzler folgt, hat sie diesen Änderungsantrag – und hier bin ich bei Ihrer Frage – eingebracht, der ausdrücklich auf diese Erklärung Bezug nimmt. Die Vereinten Nationen verdienen Vertrauen und diese Organisation muss auch vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern, wenn er sich denn damit beschäftigt, muss sie auch unterstützt werden. Wir können doch nicht dieser Organisation, die für unser aller Sicherheit letztendlich auch verantwortlich ist, das Vertrauen entziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der für die Bundesrepublik Deutschland entstandene ...

Hier leuchtet die Lampe auf, ich werde dann gleich zum Ende kommen.

(Birgit Schwebs, PDS: Na ein Glück! –

Torsten Koplin, PDS: Vertrauensentzug! Das gibt's ja wohl nicht!)

Der für die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union entstandene Schaden ist doch enorm. Sie können es doch heute auch schon erkennen. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in Europa isoliert, es gibt jetzt eine politische Achse Berlin–Paris–Moskau–Peking, wie auch immer. Wir haben mehrere Lager innerhalb der Europäischen Union. Wir sprechen auch im Bereich der Verteidigungspolitik nicht mehr mit gemeinsamer Sprache.

(Frank Ronald Lohse, SPD:

Das müssen wir auch nicht.)

Das war das Ziel jahrelanger Aufbauarbeit, dieses gemeinsam in Europa, das wir alle vor Augen hatten. Wir haben noch in der letzten Debatte hier in diesem Hohen Hause darüber gesprochen, dass auch Deutschland mit als Baumeister der Europäischen Union aufgetreten ist.

Im Moment muss man sagen, dass dieser Baumeister eher Hammer und Meißel in der Hand hat denn die Maurerkelle.

Meine Damen und Herren, um hier jetzt auch zum Ende zu kommen, bitte ich Sie sehr herzlich, dem wohl gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion zuzustimmen

(Volker Schlotmann, SPD: Das glaube ich Ihnen nicht. – Ute Schildt, SPD: Das kann man Ihnen doch nicht glauben.)

und sich der Verantwortung, die wir nicht nur den Wählern, sondern auch den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber haben, zu stellen.

Herr Ritter, Sie hatten jetzt eine Frage.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Ritter, stellen Sie Ihre Frage.

Peter Ritter, PDS: Sehr verehrter Kollege, Sie haben mangelndes Engagement in den vorhergehenden Legislaturperioden beklagt. Können Sie mir erstens erklären, warum in der 2. Legislaturperiode Ihre Fraktion einen Antrag meiner Fraktion zum Abschiebestopp für Kurden und Kurden abgelehnt hat?

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Und zweitens, was hat Sie daran gehindert, solche Anträge hier zu stellen?

Michael Ankermann, CDU: Herr Kollege Ritter, ich will mal auf den zweiten Teil antworten, weil mir der erste Teil naturgemäß etwas schwer fällt, da ich ja erst seit dieser Legislaturperiode hier Abgeordneter bin.

(Gabriele Schulz, PDS: Sie haben sich damit doch so intensiv beschäftigt.)

Uns hat natürlich nichts gehindert, entsprechende Anträge zu stellen. Aber Sie müssen berücksichtigen, dass ich hier sehe, dass Sie einen Antrag einbringen, dem man natürlich nur dem Grunde nach zustimmen kann. Wenn Sie sagen, Frieden wollen wir, dann wird es niemanden in diesem Lande geben, der sagt, nein, wir wollen keinen Frieden. Das wäre doch Unsinn.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und das werden Sie auch von keinem verlangen und das werden Sie auch von keinem hören.

(Gabriele Schulz, PDS: Wir haben das im Antrag konkreter benannt. – Zuruf von Heike Polzin, SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Ach, hören Sie doch auf!)

Aber es ist doch auch so, dass Sie erkennen müssen, diese von der PDS angeschobenen Debatten, die ja dem Grunde nach gar nicht schlecht sind,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

wir dürfen und wollen ja über alles diskutieren – das müssen wir übrigens auch mit den Vereinigten Staaten tun, auch wenn das zurzeit nicht praktiziert wird, aber das war nicht Ihre Frage –, diese Debatten, die erscheinen jetzt, so dass man den Eindruck haben muss, Sie wollen sich nur vordergründig gegen irgendeine wie auch immer befürchtete Vorherrschaft oder eine Arroganz,

(Volker Schlotmann, SPD: Sie haben zu viele Vorurteile.)

wie auch immer Sie das nennen wollen, der Amerikaner zur Wehr setzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dieser Eindruck entsteht, weil vorher eben nichts geschehen ist. Und das Elend und die Not vieler, vieler Tausender und Millionen Menschen waren für uns wahrnehmbar, wenn auch nur über das Fernsehgerät.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Oh Gott!)

Peter Ritter, PDS: Sie haben zwar die Frage nicht beantwortet, trotzdem danke schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt eine Anfrage des Abgeordneten Schulte?

Michael Ankermann, CDU: Ja, bitte.

Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege Ankermann, Sie haben gesagt, die Vereinten Nationen verdienen Vertrauen. In Ihrem Änderungsantrag der CDU-Fraktion heißt es: „Die vorrangige Verantwortung zur Entwaffnung des menschenverachtenden Regimes im Irak liegt beim Sicherheitsrat“. Wenn ich das richtig verstehe, bedeutet das ja automatisch, dass auch Dritte Verantwortung für die Entwaffnung des Irak haben. Habe ich das jetzt so zu verstehen, wenn ein Staat im UN-Sicherheitsrat eine ihm nicht genehme Entscheidung erhält, auf gut Deutsch, wenn die Amerikaner sich mit ihrer Entscheidung nicht durchsetzen können, dass dann die Amerikaner auch von sich aus einen Angriff führen dürften und Sie das unterstützen würden

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

und, wenn das so ist, dass im Endeffekt einzelne Staaten nicht mehr auf die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates bei der Führung von Angriffskriegen angewiesen sind? Wo machen Sie dann die Unterschiede zwischen größeren und kleineren Staaten? Dürfen größere Staaten das und dürfen es kleinere Staaten nicht oder darf das dann jeder?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Dr. Margret Seemann, SPD, und Regine Lück, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, eine kurze Frage.

Michael Ankermann, CDU: Herr Kollege, ich weiß im Grunde gar nicht, wo ich bei Ihrer Frage anfangen soll.

(Andreas Bluhm, PDS: Am Anfang.)

Im Grunde ist es genauso wie bei der Frage nach Krieg und Frieden. Wollen Sie Krieg oder wollen Sie Frieden? Ja oder Nein? Bitte eine kurze Antwort!

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Ja.)

So kann man mit diesen komplexen Themen doch nicht umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Themen sind viel zu sensibel und die Verantwortung ist viel zu groß, als dass man mit einem kurzen und knappen Ja oder Nein hier antworten könnte.

(Gabriele Schulz, PDS: Das geht ja hier an die Schmerzgrenze. – Dr. Margret Seemann, SPD: Thema verfehlt. Fünf! – Heinz Müller, SPD: Sechs!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ankermann.

Michael Ankermann, CDU: Wenn keine Fragen mehr sind, dann danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Regine Lück, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Ankermann, gestatten Sie noch eine Frage des Abgeordneten Bluhm?

Michael Ankermann, CDU: Ich gestatte auch diese Anfrage noch.

Andreas Bluhm, PDS: Herr Ankermann, befürworten Sie also einen Krieg der USA gegen den Irak ohne ein entsprechendes Votum des Sicherheitsrates?

Michael Ankermann, CDU: Herr Kollege Bluhm, es kommt nicht darauf an, ob ich dieses befürworte. Natürlich ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD – Karsten Neumann, PDS: Natürlich.)

Ich habe das auch eben zum Ausdruck gebracht. Lassen Sie mich doch ausreden!

(Alexa Wien, PDS: Sind Sie dafür, Ja oder Nein? – Karsten Neumann, PDS: Ja oder Nein?)

Es ist doch offensichtlich, dass Sie mich in die Ecke stellen wollen „Kriegstreiber“. Gelingt Ihnen aber nicht,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich habe Ihnen doch ganz deutlich gesagt, dass nicht nur ich, sondern auch die CDU-Fraktion der Auffassung ist, dass hier die Vereinten Nationen die höchste, größte und erste Priorität haben und dass die Resolutionen, die dort gefasst worden sind und, wie wir es in dem Antrag auch schreiben,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die noch gefasst werden, und zwar rechtmäßig gefasst werden – das ist damit ja unterstellt –, dass die dann auch umzusetzen und durchzusetzen sind. Damit ist, glaube ich, Ihre Frage beantwortet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Karsten Neumann, PDS: Nee.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ankermann.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Herr Schlotmann von der Fraktion der SPD.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Ankermann, Ihre Rede war mit Sicherheit kein Glanzstück in diesem Hause.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Eckhardt Rehberg, CDU: Ach, hören Sie doch mit dem Getue auf! – Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist arrogant.)

Das hat mit Arroganz nichts zu tun, Herr Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber ja.)

Ich will mich nicht in Ihr Fachgebiet einmischen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

Aber Fakt ist, ich hatte eigentlich mit dem Thema eine bestimmte Hoffnung verbunden, nämlich die Hoffnung, dass auch die Union das hier nicht zum parteipolitischen Wahlkampfthema verhunzt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –

Kerstin Fiedler, CDU: Wer macht denn das?!)

Sie haben ja dem eigenen Kollegen nicht zugehört.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Herr Ankermann hat hier ständig den Bundeskanzler zitiert mit Wahlkampfauftritten. Nur aus wahlkampfaktischen Gründen hätte er sich so positioniert, wie er sich positioniert hat. Ich sage Ihnen, dass ist abgrundtief infam.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Wenn jemand aus Überzeugung gegen Krieg ist, dann hat das nichts mit Wahlkampf zu tun. Und wenn zu dieser Zeit Wahlkampf ist und diese Frage auf der öffentlichen politischen Bühne zu diskutieren ist, dann hat er sich zu positionieren und genau das hat er getan.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Und angefügt sei, Sie haben das bis heute nicht getan, Sie eiern rum. Das ist schon nicht mehr erträglich, was Sie hier abliefern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Herr Ankermann, ich will auch etwas vorab mal richtig stellen. Ich habe übrigens auch Hoffnungen gesetzt in junge Gesichter bei der CDU. Bei etlichen ist das ja auch erkennbar, dass eine Kooperationswilligkeit da ist, dass man nicht geprägt ist von Feindbildern und Vorurteilen gegenüber SPD und PDS, sondern dass man bereit ist, pragmatisch miteinander umzugehen. Bei Ihnen habe ich das völlig vermisst, muss ich leider so sagen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Rainer Pracht, CDU: Sie könnten ein bisschen mehr Toleranz gebrauchen.)

Punkt 1: Die SPD, die SPD – hören Sie doch zu! –, die SPD ist nicht von der PDS gedrängt worden oder musste überredet werden, diesen Antrag mitzutragen. Dieser Antrag, wenn Sie sich den Text noch einmal durchlesen, entspricht fast genau dem Landesvorstandsbeschluss des Landesverbandes der SPD aus dem Januar diesen Jahres. Da brauchen wir uns nirgendwo tragen zu lassen. In dieser Frage gibt es absolute Deckungsgleichheit in dieser Koalition. Punkt!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Zweitens. Wenn Sie dann in Ihrem jugendlichen Elan der Auffassung sind, dass das hier nicht der richtige Ort ist, über so ein Thema zu diskutieren, ja dann frage ich Sie allen Ernstes, wem gestehen Sie das Recht zu, über Krieg

und Frieden zu diskutieren. Den Leuten auf der Straße haben Sie es zugestanden. Das habe ich zumindest hoffnungsvoll so vernommen.

(Siegfried Friese, SPD: Der Satz soll gestrichen werden.)

Wenn aber nicht wir als Volksvertreter zu diesem elementaren Thema diskutieren sollen an diesem Ort, dann weiß ich wirklich nicht, wo wir das sonst noch tun sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Übrigens, was dann wirklich – ja, jetzt muss ich genau überlegen, damit ich keinen Ordnungsruf bekomme –, was wirklich jenseits von Gut und Böse war, ist, was Sie dann hier veranstaltet haben, eine Aufrechnungsarie zu vollziehen,

(Torsten Koplin, PDS: Das war fürchterlich! Schlimm!)

wer denn wann was wo nicht getan habe in den letzten Jahren hier im Parlament, welche Resolution wir hätten machen müssen. Ich sage Ihnen, dass ist ein Schuss aus dem Glashaus, denn der Kollege Ritter und auch der Kollege Bluhm haben mit Recht gesagt, Sie hätten da mehrfach Gelegenheit gehabt, mit uns gemeinsam als aufrechte Demokraten bestimmte Dinge hier zu verabschieden. Und ich erinnere auch an diese Frage der Kurden. Als ich damals über die Situation der Kurden hier berichtet habe in diesem Haus, das können Sie vielleicht nicht wissen, da habe ich nur Hohn Gelächter aus Ihrer Fraktion geerntet.

(Karsten Neumann, PDS: Ja.)

Und etliche dieser Kolleginnen und Kollegen sitzen heute noch da.

(Karsten Neumann, PDS: Ja.)

Das sind solche Sachen, da denke ich mir, da sollten Sie vorher in Ihrer Fraktion vielleicht mal ernsthaft darüber diskutieren, ob es bestimmte Dinge gibt, die man parteipolitisch vielleicht ein bisschen ausblendet

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch nicht wahr.)

und im Sinne von Demokratie hier diskutiert. Da lade ich Sie zu ein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, ich war bei dem Thema Kurden und das Thema Kurden ist untrennbar mit dem Thema Irak verbunden, ob wir das wollen oder nicht. Ich sage Ihnen, kurdische Kinder, Frauen und Männer leben in Angst und Schrecken, Tag und Nacht. Sie werden seit Jahren drangsaliert, nicht nur drangsaliert, sie werden ermordet, sie werden mit übelsten Formen der Kriegsführung wie zum Beispiel Giftgasangriffen überzogen und vernichtet. Sie wurden damals und werden auch heute noch in den Kellern des irakischen Gemeindienstes gefoltert und um ihr Leben gebracht, meine Damen und Herren. Andere Oppositionelle müssen, wo immer sie sich auch aufhalten in der Welt, damit rechnen, ermordet zu werden. Das sind nur einige wenige Aspekte der Situation der Menschen und der Menschenrechte im Irak. Dazu kommt ein unbestritten gewaltiges Aggressionspotential, gedacht zur Kriegsführung gegen das eigene Volk, aber auch um Nachbarländer zu überfallen.

Meine Damen und Herren, das ist alles unstrittig. Das ist aber auch nicht alleine das Werk eines Mannes. Ich habe manchmal den Eindruck, dass die Diskussion auch da ein Stück weit etwas vernachlässigt. Das ist nämlich nicht nur allein ein Mann. Ein Mann an der Spitze, nämlich Saddam Hussein, kann es nur machen, weil er sich mit einer Clique, die an der Macht teilhaben und verdienen kann, halten kann.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist richtig.)

Nur deswegen kann er das betreiben. Darauf baut sein diktatorisches System auf, wie allerdings in vielen anderen Ländern auch.

Meine Damen und Herren, was aber schlimm dabei ist, ist, dass dies ja schon seit ewigen Zeiten nicht nur teilweise geduldet wird, sondern, wenn es dann in ökonomische, ökonomisch-politische Bedingungen reingepasst hat, unterstützt worden ist. Auch wenn Ihnen das nicht gefällt, das ist so. Wer war denn der größte Verbündete der Iraker? Wer hat die Iraker ausgestattet mit Massenvernichtungswaffen? Wer war das?

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Überlegen Sie mal ganz genau! Ich sehe Ihren zweifelnden Blick. Das waren die Sowjets und das waren die Amerikaner, und zwar zuhauf. Und die Amerikaner haben sich da eine goldene Nase verdient.

(Peter Ritter, PDS: So ist es.)

Das mal zu Ihren Versuchen von Geschichtsklitterung an manchen Ecken hier.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wie aber, meine Damen und Herren, steht es um das Volk der Iraker? Haben die normalen Männer und Frauen, haben die Kinder in diesem Land wirklich Schuld auf sich geladen, Schuld, die sie jetzt sühnen müssen? Das frage ich Sie wirklich. Weil sie Iraker sind, haben sie deswegen Bomben und Tod verdient? Geschieht es ihnen recht, dass sie nach über zehn Jahren Sanktionen und damit verbunden oft auch Hunger, geschieht es ihnen wirklich recht, wenn sie jetzt verstümmelt werden, wenn sie die letzte Habe verlieren und sie ihr Dach über dem Kopf verlieren? Geschieht ihnen da Recht? Diese Frage möchte ich Ihnen stellen.

(Der Abgeordnete Dr. Armin Jäger bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Meine Damen und Herren, genau um diese Frage geht es nämlich im Falle eines Angriffes der USA und einer so genannten willigen Koalition auf den Irak. Darum geht es. Es gibt Sprachverharmloser, meine Damen und Herren, die sprechen in diesem Zusammenhang dann von so genannten Kollateralschäden. Wunderschönes Wort: Kollateralschäden! Was sind denn Kollateralschäden? Rufen wir uns das doch wirklich mal in Erinnerung. Das sind Schäden im zivilen Bereich, das sind Tote und Verletzte, Ausgebombte und Flüchtlinge. Wir reden hier von zu erwartenden über 600.000 Flüchtlingen aus dem Irak. Das sind Kollateralschäden, die man ja bereit ist, in Kauf zu nehmen, weil man sich ja einbildet oder zumindest versucht, der Bevölkerung in Europa und anderswo zu suggerieren, dass man ja chirurgische Eingriffe betreiben kann in einem solchen Krieg. Die Bilder kennen wir doch alle aus dem Fernsehen. Und wie die amerikanischen Militärs damit umgehen, das sehen wir jetzt an der Struk-

tur, die aufgebaut werden soll, wie dann eine mögliche Berichterstattung auszusehen hat.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Volker Schlotmann, SPD: Nein, ich möchte meinen Beitrag erst zu Ende bringen.

Ich sage Ihnen: Wird Politik eigentlich niemals schlauer? Lernt man denn nicht aus gemachten Erfahrungen? Und vor allem, gibt es nach wie vor keine moralischen Grenzen im politischen Handeln? Zählen politische und ökonomische Einflusssphären immer noch mehr als ein paar Tausend unschuldiger Menschenleben? Diese Fragen müssen wir uns immer wieder stellen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Wieso verhält man sich gerade in diesem Fall so martialisch? Ich frage Sie: Wo waren denn die Gralshüter der Demokratie, als in Ruanda zig Tausende abgeschlachtet worden sind? Diese Frage müssen wir uns gefallen lassen, meine Damen und Herren. Und da sage ich Ihnen, da hätte nicht die USA das verhindert. Da hätten ein paar Tausend Blauhelme, ein paar Tausend Blauhelme, das betone ich ganz bewusst, ein Genozid verhindern können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da bin ich Ihrer Auffassung. Das stimmt.)

Deshalb geht es im Falle des Irak tatsächlich um eine akute Bedrohung der Menschheit mit Massenvernichtungswaffen. Und da sage ich Ihnen, nach allen Erkenntnissen der UN-Inspektoren und anderer Fachleute ist das schlicht und einfach nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, wenn das so ist, dann gibt es keinen zwingenden Grund, warum jetzt und ohne weitere Kontrollen gegen den Irak Krieg geführt werden soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Nochmals zur Verdeutlichung, damit wir uns hier auch nicht falsch verstehen, und ich lasse mich da auch ungern falsch interpretieren: Es geht hier nicht um Antiamerikanismus. Das auf keinen Fall. Wer mich kennt, wer meine Beziehungen zu den USA, zu dem Land und den Menschen dort kennt, weiß das ganz genau. Aber es geht hier um die politische Kultur unserer demokratischen Staatengemeinschaft und das ist das höherwertige Gut. Und deshalb, meine Damen und Herren, darf die Art und Weise, wie die USA-Regierung mit der UNO umspringt, diese Art und Weise darf keine Akzeptanz finden. Nach der aktuellen Lesart der US-Regierung taugt die UNO nur dann etwas, wenn sie sich die Auffassung der USA zu eigen macht, andernfalls taugt sie nichts. Das kann nicht sein!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, erstens, das hat die UNO nicht verdient.

Zweitens, die Gründungsväter der UNO, und hier an maßgeblicher Stelle die USA, werden mit diesem Verfahren der USA der Lächerlichkeit preisgegeben.

Und drittens ist das keine nachhaltige moderne Politik, sondern eine allein an Macht und militärischer Stärke orientierte Großmachtpolitik und widerspricht dem Charakter des US-amerikanischen Volkes.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat sich von Anfang an klar und deutlich positioniert. Sie ist

gegen einen Krieg im Irak. Ich möchte Ihnen das mal zitieren, es ist Ihnen vielleicht geläufig. Artikel 26 des Grundgesetzes unserer Bundesrepublik, da steht im Absatz 1: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ Wir werden und der Kanzler wird dafür sorgen, dass kein maßgeblicher Politiker dieser Regierung sich diesem Vorwurf aussetzt, der in diesem Absatz des Grundgesetzes festgelegt ist. Es wird sich keiner strafbar machen. Deswegen wird es mit uns keinen Krieg und keine Beteiligung am Krieg geben. Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Noch ein anderer Punkt. Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass wir in dieser Situation, das sage ich in vollem Bewusstsein, dass wir in dieser Situation zum alten Europa gehören. Und ich betrachte in diesem Zusammenhang diesen Begriff nicht als Schande. Im Gegenteil, er ist Ausdruck einer eigenen Willens- und Geisteshaltung in der Weltpolitik. Und Partnerschaft darf sich eben nicht darin erschöpfen, dass man mit Ergebnissadressen an den US-Präsidenten in die USA fliegt. Nein, im Gegenteil, diese Partnerschaft gewinnt an Wert dadurch, dass man eben unterschiedlicher Auffassung sein kann, dieses auch öffentlich artikuliert und dass das dann vor allen Dingen verdammt noch mal akzeptiert wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das hat nämlich mit Undankbarkeit oder Schwäche nichts zu tun, meine Damen und Herren.

Genau das, was ich zum Schluss gesagt habe, haben viele Menschen in diesem Land, aber auch in vielen anderen Ländern erkannt und sie haben lobenswerte, hervorragende – wovon uns manchmal vielleicht, und damit meine ich keine einzelne Fraktion, uns allen als Volksvertreter ein bisschen mehr gut tun würde – Zivilcourage gezeigt, Zivilcourage, indem sie auf die Straße gehen, ihre Auffassung sehr deutlich vertreten und sich auch nicht von irgendwelchen rumlaviierenden Politikern ins Boxhorn jagen lassen.

(Gabriele Schulz, PDS: Genau.)

Diese Menschen stehen für den Frieden. Das ist gut so, das unterstützen wir und wir werden uns da, wo wir können, beteiligen. Ich würde mich, das sage ich Ihnen ganz deutlich und das meine ich auch gar nicht böse, ich würde mich wirklich sehr freuen, wenn ich auf den Friedensdemonstrationen auch Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion vor Ort begrüßen könnte. Wir könnten wirklich mal gemeinsam Flagge zeigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die vorliegende Resolution, vorgelegt von PDS und SPD, gemeinsam beschließen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich habe in den letzten Tagen auch einige Äußerungen von Frau Merkel, aber auch von Herrn Schäuble gehört, die das eigentlich zulassen würden, die Sie da gar nicht zwingen, jetzt eine bestimmte harte Linie zu fahren

(Dr. Armin Jäger, CDU: Müssen Sie ja auch nicht. Deswegen gibt es ja einen Änderungsantrag.)

oder weiterhin die öffentliche Weicheinie hier zu vollziehen. Das, was wir Ihnen zur Abstimmung vorgeschlagen haben, kann auch von Ihnen getragen werden.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Wenn man, und das habe ich sehr ernsthaft getan, Ihrem Kollegen Ankermann zugehört hat, kann die Union das auch mittragen.

Und damit komme ich zum Schluss zu Ihrem Änderungsantrag. Da will ich Ihnen nur eins sagen. Erstens müssen Sie sich die Frage gefallen lassen – dieser Antrag, den wir eingereicht haben als Koalition, der ist Ihnen seit geraumer Zeit bekannt –, ich frage Sie wirklich ganz ernsthaft, warum Sie denn jetzt erst mit einem Änderungsantrag, mitten, während dieser Punkt der Tagesordnung läuft, ankommen und uns damit konfrontieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ein Schelm, der Böses dabei denkt! Ich will das aufgrund des Themas hier nicht noch weiter ausweiten, aber ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Zweitens. Wenn wir als Koalition einen solchen Änderungsantrag zu einem Antrag der CDU eingebracht hätten, da würden der Fraktionsvorsitzende und der parlamentarische Geschäftsführer zetermordio schreien,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

sofort den Ältestenrat einberufen und darauf bestehen, dass das kein Änderungsantrag ist, denn von unserem Antrag bleiben zwei Sätze übrig. Alles andere wäre dann gestrichen nach Ihrem Antrag und das wäre dann ein CDU-Antrag. Das ist nach der Geschäftsordnung und nach den, ich sage jetzt mal, Vereinbarungen und Agreements, die es ja nach wie vor in diesem Parlament gibt, eigentlich nicht statthaft. Eigentlich sollten Sie sich selbst diese Schande wieder wegnehmen und den Antrag zurückziehen, weil nach Ihrem Auftritt und nach den Inhalten, die Sie verbraten haben, und dem Umgang mit unserem ernsthaft gemeinten Thema werden wir als Koalition Ihrem Änderungsantrag nicht folgen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Für eine Geschäftsordnungsdebatte ist dieses Thema doch zu ernst.)

Ganz abgesehen davon, das ist ja durch Zwischenrufe auch gekommen, diese Vorrangigkeit, wer ist denn jetzt hier wirklich verantwortlich – Sie haben hier wieder mindestens drei Schlupflöcher offen gelassen, wo Sie dann nachher wieder sagen können, ja, Sie waren einer ganz anderen Auffassung. Also dieser Änderungsantrag hat aus unserer Sicht es nicht verdient, in unseren Antrag eingebaut zu werden. Ich biete Ihnen noch einmal an, wenn Sie in Ihrer Fraktion zuständig sind für solche übergeordneten Dinge, mein Büro ist jederzeit offen und das meiner Kollegin Gramkow auch, wie ich das kennen gelernt habe,

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS:
Na, das entscheide ich noch selbst.)

dass wir uns inhaltlich über so etwas immer unterhalten können und dann können wir uns auch darüber unterhalten, ob wir eine gemeinsame Resolution in der Form dann einmal einbringen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch die Anfrage? (Zustimmung)

Herr Abgeordneter, stellen Sie bitte Ihre Frage.

Dr. Armin Jäger, CDU: Danke schön, Frau Präsidentin.

Herr Kollege Schlotmann, Sie haben mit beredten Worten und, ich glaube, auch sehr zutreffend das Schicksal der Kurden im Nordirak geschildert. Fällt Ihnen bei der Haltung, die Sie vertreten, nämlich auch bei UN-Beschlüssen keine Mitwirkung, nicht eine Parallele ein, vor dem Zweiten Weltkrieg? Wissen wir nicht heute, dass die danach Alliierten viel zu lange gewartet haben, viel zu lange zugehört haben, wie in Deutschland Menschen ermordet worden sind? Sehen Sie die Parallele eigentlich nicht?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Volker Schlotmann, SPD: Also erstens gibt es da keine Parallele, weil Geschichte wiederholt sich nicht in der Form, wie Sie es gerade dargestellt haben.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.

Volker Schlotmann, SPD: Das habe ich aus einem Buch von Ihnen mitgenommen. Also damit hat sich der Teil der Frage, denke ich mir, erübrigt. Aber Fakt ist doch der: Den Nationalsozialismus und den Umgang des damals sehr zerstrittenen Europas, das gerade erst im Völkerbund sich auch mit den Amerikanern zusammengefunden hatte, mit der heutigen Situation zu vergleichen, da sage ich Ihnen, da sind Sie aber auf verdammten dünnem brüchigen Eis. Denn ich würde als Deutscher mir nie anmaßen zu sagen, Saddam Hussein ist vergleichbar mit Adolf Hitler und den Nationalsozialisten von '33 bis '45. Das würde ich nie tun und von daher sehe ich diese Parallele nicht. Wir haben eine funktionierende UNO und diese UNO ist für mich das übergeordnete Gremium, dem sich auch die Amerikaner unterzuordnen haben. Und wenn die Amerikaner der Auffassung sind, dass die UNO nur dann was taugt – ich habe es ja in meiner Rede gesagt –, wenn sie das macht, was die Amerikaner für richtig halten, dann muss die USA darüber nachdenken, wie ihre Position innerhalb der UNO zu sehen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dr. Armin Jäger, CDU: Darf ich eine Nachfrage stellen?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Nachfrage? (Zustimmung)

Bitte, Herr Abgeordneter.

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich habe den Eindruck, dass Sie etwas verwechseln, und deswegen möchte ich noch einmal fragen: Gilt Ihre Haltung, keine Beteiligung an militärischen Einsätzen, auch für den Fall, dass die UNO solche beschließt?

Volker Schlotmann, SPD: Fragen Sie mich jetzt als Person?

Dr. Armin Jäger, CDU: Nein. Als Fraktion. Sie sprechen für Ihre Fraktion.

Volker Schlotmann, SPD: Für meine Fraktion, gut.

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich glaube, Sie sind Fraktionsvorsitzender.

Volker Schlotmann, SPD: Da die SPD-Fraktion nicht über Krieg und Frieden entscheidet,

(Beate Schlupp, CDU: Ach!)

ist das natürlich eine sehr hypothetische Frage.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Aber ich kann Ihnen sagen, dass wir sagen, zuallererst ist die UNO in der Pflicht. Die UNO hat zu entscheiden. Diese Entscheidung wird ja von den Amerikanern so zurzeit nicht akzeptiert.

Dr. Armin Jäger, CDU: Das habe ich nicht gefragt.

Volker Schlotmann, SPD: Ich sage Ihnen das so.

Dann sage ich hier ausdrücklich, wir sind gegen eine Beteiligung deutscher Soldaten in einem Angriffskrieg gegen den Irak. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist zu wenig.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Schlotmann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte ist angetan, aufeinander einzugehen, und ich muss gestehen, Herr Ankermann, es fällt mir sehr, sehr schwer, auf Sie einzugehen, weil ich die Rede über weite Strecken, die Sie gehalten haben, für eine blanke Zumutung halte.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Ich halte es für entwürdigend, was diese Friedensbemühungen betrifft, aufzuzählen, was da an Anträgen war und wer sich wie verhalten hat. Und was mich besonders ärgert und wütend macht, ist, dass hier Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die aus Verantwortung für ihr Gemeinwesen so weise sind und sagen, wir wollen uns für den Frieden engagieren, diese Sache geht auch uns an, der Frieden ist nicht nur bedroht im Irak, sondern letztendlich auch vor unserer Haustür, in ihrem Engagement von Ihnen diffamiert wurden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Und eins möchte ich noch sagen, das sage ich als demokratischer Sozialist, der gerade zu sozialpolitischen Fragen den Bundeskanzler gelegentlich kritisiert: Die Äußerungen zu den Friedensbemühungen des Kanzlers, welche Sie hier mies gemacht und in Abrede gestellt haben, peinigen mich und ich halte sie für schier unerträglich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Aber ich möchte an etwas Positivem anknüpfen, an das, was Herr Ministerpräsident Ringstorff gesagt hat, was mein Kollege Peter Ritter gesagt hat: Viele, sehr, sehr viele Menschen in diesem Land sind friedliebend und couragiert und gehen auf die Straße. Und um ein paar Beispiele zu nennen aus dem Wahlkreis, den Herr Walther und ich gemeinsam betreuen, jeden Montag finden Demonstrationen in Ueckermünde statt. Heute Abend ist ein Friedensgebet in Neubrandenburg mit anschließendem Demonstrationzug vor das Rathaus. Dort gibt es ein Friedensfeuer, es werden Lieder gesungen. Es kann jeder,

der möchte, sprechen. Junge Menschen haben in Neustrelitz jüngst Friedenstauben steigen lassen. Tausende Menschen versammelten sich, um das noch zu erwähnen, mehrfach in Rostock.

Es ist gut und folgerichtig, dass wir heute als Landtag das thematisieren, was die Menschen bewegt: Kein Krieg im Irak! Und darüber hinaus kein Krieg irgendwo auf dieser Welt! Wir haben uns im Landtag gestern mit Themen wie Gesundheit und Arbeit beschäftigt, vorhin mit europäischer Förderung, und man kann zu den einzelnen Fragen diese oder jene Meinung haben, wir haben in jedem Fall unsere Verantwortung für bessere Lebensverhältnisse der Menschen in diesem Land wahrgenommen. Aus Sicht der PDS ist es aber Sinn und Zweck jeder menschlichen Politik, Verhältnisse zu schaffen, die das Töten für niemanden nützlich erscheinen lassen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt die Auffassung, Saddam Hussein muss im Namen der westlichen Werte durch Drohung oder Tötung von der Macht verdrängt werden. Dem hält die PDS entgegen, gegenüber Verbrechern wie Saddam Hussein – und wir halten Saddam Hussein für einen Verbrecher – verteidigt man westliche Werte am besten, indem man sie selbst erst einmal einhält.

Wenn das Töten nützlich sein kann, gibt es tiefere Gründe für die Kriegsbereitschaft. Ein entscheidender Grund ist der Profit am internationalen Waffenhandel. Der Profit am internationalen Waffenhandel ist so hoch wie das Einkommen der Hälfte der ganzen Weltbevölkerung. Und Kriegsgefahren haben immer etwas mit Armut, Erniedrigung und Ausgrenzung auf der einen Seite und Gier nach Macht, Einfluss, Ressourcen, wie Öl und Wasser, und Geld auf der anderen Seite zu tun.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt die Auffassung, man müsse sich der Bedrohung erwehren, zum Beispiel der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen in den Händen von Diktatoren und Terroristen. Eine Abwendung der Bedrohung ist aus meiner Sicht so einfach wie simpel und genial zu machen – das sicherste Mittel, Massenvernichtungswaffen nicht in Terroristenhände gelangen zu lassen, ist, sie ihnen einfach nicht zu verkaufen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Bedrohung geht von jeder einzelnen Waffe aus, in wessen Händen sie sich auch befindet.

Ich möchte eine Begebenheit schildern, die mich schier umtreibt. Vor einiger Zeit hat der „Nordkurier“ – dafür bin ich sehr dankbar – General a. D. Naumann eingeladen. Dieser hat referiert vor einem Teilnehmerkreis – Politikerinnen und Politiker, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – über Bedrohungsszenarien, die es gibt und die auch ernst zu nehmen sind, und er hat gesagt, dass es eine große Gefahr gibt, dass uranhaltige Munition, dass Massenvernichtungswaffen mit radioaktiven Sprengsätzen zum Einsatz kommen durch Terroristen oder durch Staaten. Einige Tage vorher durfte ich ein Forum, das Frau Ministerin Linke initiiert hat, moderieren. Dort hat Professor Günther gesprochen. Dieser hatte darüber berichtet, dass im ersten Golfkrieg die USA uranabgereicherte Munition eingesetzt hat. Daraufhin habe ich General a. D. Naumann befragt, ob er davon Kenntnis hat und wie er dazu steht. Da hat er gesagt, das wäre ihm bekannt. Das Problem wäre aber lokal begrenzt und die USA würden es

beherrschen. Da sage ich mir, wie kann es dann sein, dass Christdemokraten dort im Saal, die sich verdient machen, was ich hoch achte, die sich um menschenwürdiges Sterben zu Hause sorgen, wie diese Personen einer solchen Aussage Applaus geben können. Menschenleben und Menschenwürde ist doch nicht teilbar.

Es ist aus meiner Sicht so, Krieg und Gewalt sind keine zulässigen Mittel, an keiner Stelle für die Lösung von Konflikten. Was können wir tun? Was können wir tun neben der Resolution, neben der Unterstützung für all diejenigen, die sich für den Frieden engagieren? Wir haben uns auch mit friedenspolitischen Aussagen in der Koalitionsvereinbarung deutlich und klar geäußert. Ich denke zum Beispiel an solche Fragen, und der Bogen ist nicht zu weit gespannt, der Verhinderung des Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide. Wem nutzt eigentlich ein Bombodrom? Dem Land wohl keineswegs und den Menschen, die dort leben, erst recht nicht. Fliegergedröhn, Kanonenschläge, Granateinschläge, die Menschen haben jahrelang dort den Unfrieden vor der eigenen Haustür gehabt. Deshalb erwarten die Bürgerinitiativen „Freier Himmel“ und „FREIE HEIDE“ die Umsetzung des Punktes 229 der Koalitionsvereinbarung.

Dieser Punkt hat im Übrigen eine Synergie wie kaum ein anderer Punkt der Koalitionsvereinbarung, denn es heißt in diesem Punkt: „Die Landesregierung wird die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um das ‚Bombodrom‘ in der Kyritz-Ruppiner-Heide zu verhindern.“ Und wenn das geschieht, hat das Auswirkungen auf den Punkt 29 zum Beispiel zur Konversion, hat das Auswirkungen auf die Punkte 16, 104 und 114 zur ökologischen Stabilität in unserem Land, auf die Punkte 20, 35, 36, dem Tourismus als Wirtschaftsfaktor, und nicht zuletzt auf den Punkt 8, der Wertschöpfung des Bürgerengagements. Es gibt wie gesagt wohl kaum einen anderen Punkt, der eine solche Synergie entfaltet. Hier gilt es, nicht zu zögern. Wir sollten auch nicht zögern, die Resolution so, wie sie von PDS und SPD vorgelegt wurde, zu unterschreiben, de facto hier positiv zu votieren.

Zu Ihrem Änderungsantrag habe ich die gleiche Auffassung wie Kollege Schlotmann.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Er stellt eine Aushöhlung des Ansinnens dar, wenn bis auf zwei Sätze alles ausradiert wird. Und das Interessante aus meiner Sicht ist auch, was Sie ausradiieren wollen. Solche Worte wie zum Beispiel „Respekt und Anerkennung“ der Friedensbemühungen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben Sie gleich mit ausradiert, was ich für sehr bezeichnend halte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und dass der Antrag erst jetzt kommt, ist alles andere als seriös.

(Harry Glawe, CDU: Was?! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Was ich für abwegig halte, ist die Wertschätzung, die in Ihrem Änderungsantrag zum Ausdruck kommt, für die militärische Drohkulisse. Vor allen Dingen die Friedensbemühungen der in der UNO vertretenen Staaten – vor allem denke ich aber auch, dass hier Joschka Fischer, der Außenminister der Bundesrepublik, genannt werden soll-

te – haben dazu geführt, dass abgerüstet wurde. Die Drohkulisse, die jetzt aufgebaut ist, hat aus meiner Sicht viel eher etwas damit zu tun, dass wir alle auf einem Pulverfass sitzen. Und davon müssen wir schnell herunter. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Der Abgeordnete Rainer Prachtl
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine Anfrage? – Es wird keine Anfrage gestattet. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/293 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/293 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

(Rainer Prachtl, CDU: Ich habe nicht an
der Abstimmung teilgenommen und wollte
eine persönliche Erklärung abgeben.)

Rainer Prachtl, CDU: Was die Rede des Abgeordneten Herrn Koplin betrifft ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, bitte nachher. Wir sind im Abstimmungsprozess.

Rainer Prachtl, CDU: Ach so, Entschuldigung.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Wer dem Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/257 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/257 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Aufgrund unserer Geschäftsordnung gestatte ich jetzt eine persönliche Bemerkung des Abgeordneten Prachtl.

Rainer Prachtl, CDU: Herr Koplin, ich habe es bisher vermieden, Sie persönlich hier anzugreifen, aber ich muss zu dem, was Sie vorhin behauptet haben – und damit war ich ja gemeint –, Folgendes sagen:

(Andreas Bluhm, PDS: Das ist
nicht zulässig, was Sie tun!)

Dass Sie, wenn Sie drei bis vier Reihen hinter mir sitzen, dann behaupten, Sie haben erkannt, wann ich zu welchem Punkt geklatscht habe, das finde ich unverschäm! Dass Sie ein berühmter IM waren, der vieles erkannt hat,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

das mag ja sein, aber ein sozialistischer Hellseher sind Sie noch lange nicht! Ich finde, es ist eine Frechheit, was Sie gemacht haben, wie Sie Leute im eigenen Wahlkreis diskriminieren! – Danke.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Volker Schlotmann, SPD: Was Sie hier gemacht
haben, war keine persönliche Erklärung! Das
bitte ich ins Protokoll zu nehmen. Das war
keine persönliche Erklärung! Das werden wir im
Ältestenrat aufrufen, das war keine persönliche
Erklärung. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und
Herren Abgeordnete! Ich fahre fort in der Tagesordnung.

(Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung
des Antrages der Fraktion der CDU – ITER – Bewerbung
des Standortes Lubmin bei der Europäischen Kommission,
Drucksache 4/261. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungs-
antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/289 vor.

Antrag der Fraktion der CDU:
ITER – Bewerbung des Standortes
Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern)
bei der Europäischen Kommission
– Drucksache 4/261 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/289 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau
Lochner-Borst von der Fraktion der CDU.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Meine
Damen und Herren! 5 Milliarden Euro Investitionsvolumen,
eine sichere Energieversorgung für die Zukunft und ein
Spitzenplatz für Forschung und Wissenschaft, das sind
die Fakten hinter dem vorliegenden Antrag. Umso unver-
ständlicher ist es für uns, dass bislang von Seiten der Lan-
desregierung keine aktive Unterstützung der Standortbe-
werbung stattgefunden hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das stimmt leider nicht.)

Und wenn doch, dann nur sehr leise, Herr Bartels, näm-
lich so leise, dass selbst der Förderverband und das IPP
in Greifswald nichts davon gehört haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Bereits in der letzten Legislaturperiode hat sich der
Landtag mit diesem oder einem ähnlichen Antrag be-
schäftigt und hat sich für den Standort Lubmin ausge-
sprochen. Seinerzeit wurde die Landesregierung aufge-
fordert, die Bewerbung bei der Europäischen Kommission
einzureichen. Dieser Landtagsbeschluss wurde nach
unserer Kenntnis bislang ignoriert.

Meine Damen und Herren! Der Fusionsforschungs-
standort Greifswald bietet ohne Zweifel die notwendigen
Voraussetzungen für Forschung und Technologie. Aller-
dings bemühen sich auch Kanada, Japan, Spanien und
Frankreich mit umfangreichen Exposés um den Standort.
Deshalb müssen wir jetzt eine politische Entscheidung
treffen, die von der Landesregierung mit Vehemenz
gegenüber Bund und Europa vertreten wird.

Meine Damen und Herren! Unser Land hat mit diesem
Projekt die einmalige Chance, einen Forschungs- und
Wissenschaftsbereich zu besetzen, der zukunftssträchtiger
nicht sein könnte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir alle wissen, dass fossile Energieträger wie Erdöl,
Gas und Kohle nicht unendlich zur Verfügung stehen. Wir
wissen aber auch, dass bei wachsender Weltbevölkerung
der Energiebedarf steigt. Deshalb liegt es in unserer Ver-
antwortung, die Möglichkeiten der Kernfusion zu nutzen,
um Verteilungskämpfe einzudämmen und eine drohende
Klimakatastrophe zu verhindern. Die Risiken der Kernfusi-
on sind vergleichsweise gering. Radioaktive Abfälle wie
bei der Kernspaltung werden die Umwelt nicht auf Jahr-
tausende belasten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole: 5 Milliar-
den Euro Investitionsvolumen, eine sichere Energiever-
sorgung für die Zukunft und ein Spitzenplatz für For-
schung und Wissenschaft. Deshalb bitte ich Sie, diesen
Antrag und damit den ITER-Standort Lubmin wohlwol-
lend und erkennbar zu unterstützen. Wir können es uns
nicht wieder leisten, eine Milliardeninvestition in diesem
Land zu verlieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön,
Frau Lochner-Borst.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer
von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen
Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die
Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft
und Kultur Herr Professor Metelmann.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsi-
dentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In die-
sem Hohen Hause muss ich sicher niemanden davon
überzeugen, was für ein riesiges Projekt der ITER ist und
dass wir alle notwendigen Vorarbeiten am Standort erfül-
len. Der ITER ist nach der Raumforschung, nach der ISS,
das zweitgrößte Forschungsvorhaben, was die Weltge-
meinschaft sich vorgenommen hat.

Der ITER ist, Frau Lochner-Borst, Sie haben das genau
richtig beschrieben, die Suche nach einer neuen Energie-
quelle, Kernfusion, Sonnenenergie im Grunde genommen.
Der ITER soll wirksam werden genau in dem Augenblick,
wo die Weltvorräte fossiler Energieträger erschöpft sind,
völlig richtig dargestellt. Und wer dann diese Energiequel-
le besitzt, wer sie mit entwickelt hat, wer die Technologie
beherrscht, ganz schlicht – der diktiert das Zeitgesche-
hen. Weil das so ist, versuchen die Vereinigten Staaten,
Russland und China sowie Frankreich, Japan, Indien,
Südkorea und Kanada, unbedingt gut 1 Milliarde Euro
dort zu investieren.

Diese Dimension, nicht nur die finanzielle, sondern
auch die inhaltliche Dimension, von ITER macht uns
schwindlig. Und weil das so ist, habe ich volles Verständ-
nis für Leute, die fragen: Ist das nicht alles eine Nummer
zu groß? Haben wir es nicht ein wenig kleiner? Aber ITER
ist auch – und ich will mal ein ganz anderes Feld des Anlie-
gens beschreiten – gerade für Deutschland und gerade für
Mecklenburg-Vorpommern ein atemberaubendes Projekt
in einer wissenschaftsgeschichtlichen Dimension.

In einem kleinen Kreis von Diplomaten hat neulich
jemand formuliert: Eigentlich ist das ein Projekt für die
Leute, die Los Alamos geschultert haben. Kernspaltung –

die Amerikaner haben eine riesige Kraft dort hineininvestiert. Und der italienische Botschafter Fagiolo sagte, eigentlich ist das auch ein Projekt für die Leute, die Peenemünde gemacht haben. Das war für mich ein ganz verblüffend produktiver Umgang, mit einem, wie wir wissen, äußerst ambivalenten Kapitel unserer Geschichte: Maximal Technologie, maximal Verantwortung und offensichtlich internationales Vertrauen, das wir in Deutschland heute beides beherrschen können. Und da erwächst für mich eine ganz besondere Dimension des ITER.

Wie ist der aktuelle Stand? Im November 2002 ergab ein Gespräch mit Professor Bruhns vom EU-Programm „Ausschuss Euratom“ die schlichte Frage: Traut man uns in Brüssel, im Euratom-Programm, den ITER zu? Schlichte Antwort: ja. Gespräch hier in Schwerin. Dann im Dezember letzten Jahres mit Professor Pinka und Professor Bradshaw – das sind die beiden wissenschaftlichen Köpfe der Fusionsforschung in Deutschland – die schwierige Frage: Qualifiziert uns der Stellarator – das ist das, was in Wendelstein gemacht wird – für den Tokamaks? Das ist eine etwas andere Technik. Das passt in den ITER hinein, das ist eine wesentliche Vorarbeit.

Die nächste Frage ist im Januar zu klären gewesen: Hat die Universität Greifswald die notwendige Infrastruktur, denn sie soll ja das Hochschulfeld dazu abdecken? Dazu konnten wir die Entscheidung fällen, dass der Neubau des physikalischen Institutes, das sich mit Plasmaphysik beschäftigen soll, kommt und finanziert wird. Im übernächsten Jahr soll der nächste Spatenstich sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und
Siegfried Friese, SPD – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das wusste die CDU wohl noch nicht?! – Zurufe
von einzelnen Abgeordneten der CDU: Doch!)

Dann eine weitere wichtige Frage im Januar: Haben wir denn genügend hochqualifiziertes wissenschaftliches Potential, genügend Mitarbeiter dort? Dazu wurde die Max-Planck-Research-School noch mal extra ausgestattet und sie ist jetzt auch angelaufen. Hier sind Promotionsstudenten aus aller Welt zum Thema Plasmaphysik. Dann war die Frage zu klären im Januar: Steht denn die Max-Planck-Gesellschaft hinter dem ITER-Projekt? Dies ist wesentliches Element des Antrages von Professor Gruss in der Staatskanzlei zum Antrittsbesuch beim Ministerpräsidenten, womit er eindeutig die MPG stützt.

Und zuletzt der Wissenschaftsrat, hier das Gespräch mit Professor Einhäupel beim Antrittsbesuch gemeinsam beim Bundespräsidenten. Der Wissenschaftsrat steht hinter dem ITER-Projekt. Was wir jetzt machen – zwei Wege: Zum einen, der Ministerpräsident unterstützt auch weiter massiv, wie schon in einigen Schreiben zuvor, das Vorhaben dieses Landes und drückt an dieser Stelle auf die Bundesregierung. Das Zweite ist ein wissenschaftliches Projekt. In der ersten Phase ist es ein wissenschaftliches Projekt und wir können diesen Antrag unter diesem Aspekt selbst stellen. Das entspricht dem föderalen Selbstverständnis, das entspricht der Eigenverantwortung der Wissenschaftler. Das haben wir beim Scanbalt-Projekt auch gemacht, als die nordosteuropäischen Länder gemeinsam den Antrag für das 6. Europäische Rahmenprogramm in Brüssel gestellt haben.

Dieses Vorgehen hat der Abgeordnete des Europäischen Parlamentes Professor Gomolka vor wenigen Tagen deutlich befürwortet. Frau Bulmahn hat sich am Rande der Kultusministerkonferenz letzten Donnerstag

diesem Vorgehen ganz deutlich nicht verschlossen. Und vor zwei Tagen haben wir am Rande der Plenartagung des Europäischen Parlamentes in Straßburg mit der Kommissarin Frau Dr. Reding ein Vorgehen beschlossen.

Wir werden jetzt selbst den Antrag übergeben, unabhängig, vielleicht zusätzlich zu dem Vorgehen der Bundesregierung, ganz pragmatisch, die Vorarbeiten sind geleistet. Wir machen das nicht auf dem Postweg. Wir werden das auch nicht unter der Tür durchschieben, sondern wir machen das ganz offensiv: ITER-MV. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und
einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Aufgrund des Paragraphen 85 unserer Geschäftsordnung stehen der CDU drei Minuten mehr Redezeit zu, weil die überschritten wurde.

Ich rufe jetzt auf den Abgeordneten Herrn Zielenkiewitz von der Fraktion der SPD.

Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, das ITER-Projekt, das Projekt für Technologie und Forschung, ist ein gutes Beispiel dafür, dass es, wenn man fragt, was wichtig ist, genau fünf Antworten gibt: Standort, Standort, Standort, Konzept und Betreiber.

Ich denke, Frau Lochner-Borst und der Minister haben den Teil des Projektes, den wir alle befürworten, die Beschlusslage hier im Landtag noch einmal eindeutig dargestellt. Die Ausführungen des Ministers haben mich und die SPD-Fraktion sicher dahin gehend überzeugt, dass dieses auf einem guten Wege ist. Man kann Dinge auf verschiedenen Wegen erreichen. Wir haben es bei der deutsch-dänischen Seereederei vor kurzem gesehen. Wenn es dann erfolgreich ist, werden wir sehen, wer sich die meisten Erfolge zuordnet.

Ich will also an dieser Stelle durchaus das machen, was insbesondere die jüngeren CDU-Abgeordneten im Bildungsausschuss gemacht haben, dem Minister dafür danken und Lob aussprechen, dass er diesen Teil namens der Landesregierung forciert. In der Formulierung, so, wie Sie es gemacht haben – und es ist nachgebessert worden, weil offensichtlich Absender und Adressat zunächst nicht klar formuliert waren –, werden wir dem Antrag nicht zustimmen.

Ich denke, dass diese Aufgaben bei der Landesregierung, insbesondere bei dem Bildungsminister, in guten Händen sind, und möglicherweise – das bitte ich jetzt nicht als Ironie aufzufassen – ziehen Sie diesen Antrag zurück und wir werden seitens der Landesregierung zu erwarten haben, dass dem Inhalt des Antrages, so, wie der Minister es hier dargestellt hat, voll entsprochen wird, denn dies ist bereits auf gutem Wege. Das ist ein inhaltlich richtiger Antrag, aber offensichtlich zu einem falschen Zeitpunkt. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Zielenkiewitz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von der Fraktion der PDS.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich etwas weiter aushole, als es der Tagesordnungspunkt eigentlich veranlasst.

Ich war am 15. Januar 2003 mit über 500.000 Menschen in Berlin und habe dort demonstriert gegen Krieg. Unter diesen 500.000 Menschen habe ich sehr viele gesehen, mit denen ich in vielen Detailfragen sehr unterschiedlicher Meinung bin. Trotzdem war diese Demonstration von einer hervorragenden Atmosphäre, von einer freundlichen, aber entschlossenen Atmosphäre geprägt. Und gerade wegen dieser Erfahrung fällt es mir nach der vorangegangenen Debatte etwas schwer, zum parlamentarischen Alltag überzugehen und mich mit einem Antrag einer Fraktion auseinander zu setzen, die in der eben erlebten Art und Weise mit dem Thema umgeht.

Ich will es trotzdem versuchen. Gestatten Sie mir, dass ich eine Replik mache auf den gestrigen Tag hier in diesem Hohen Haus, wo Frau Strenz sich so heftig beschwert hat, dass in der vergangenen Legislaturperiode nur 15 Prozent der Anträge der CDU angenommen worden sind.

Frau Strenz, deshalb sage ich Ihnen das einfach mal ganz ruhig, Sie können es nicht wissen. Wir haben gestern darauf hingewiesen. Ich habe in diesem Haus eine Legislaturperiode als Oppositionspolitiker erlebt. Und wenn wir damals auch nur in die Nähe von fünf Prozent angenommene Anträge der Oppositionsfraktion PDS gekommen wären, wären wir unheimlich froh gewesen.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS)

Und wie gesagt, ich nehme Ihnen das nicht übel, Frau Strenz, aber ich höre es ja auch von anderen Politikern Ihrer Fraktion, die damals hier als die führenden Leute agiert und uns regelmäßig abgebürstet haben. Und wenn die sich dann hier vorne hinstellen und den Umgang mit Anträgen der Opposition bedauern und beklagen, dann nenne ich das schlicht Heuchelei.

(Beifall Peter Ritter, PDS –

Karin Strenz, CDU: Herr Dr. Bartels, dafür werden Sie sich entschuldigen müssen, für dieses Wort! – Zuruf von Harry Glawe, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Das will ich auch ganz deutlich sagen. Damit bin ich bei dem Thema. Ich bin bei dem Thema, Herr Glawe, und zwar ganz deutlich.

(Kerstin Fiedler, CDU: ITER ist das Thema!)

Herr Schulte hat Ihnen heute schon mal gesagt, das hat auch etwas mit der Qualität Ihrer Anträge zu tun. Darauf werde ich gleich noch einmal eingehen, denn das hängt nämlich tatsächlich damit zusammen.

Aber vorher will ich eins tun. Frau Lochner-Borst hat eben eine erkennbare Unterstützung eingefordert. Ich möchte Sie bitten, das Protokoll der entsprechenden Landtagssitzung vom Ende der vergangenen Legislaturperiode zu lesen,

(Kerstin Fiedler, CDU: Reden Sie doch mal über das Thema!)

wo die Koalitionsfraktionen sich sehr deutlich erklärt haben. Der Bildungsminister hat es eben für die Regierung noch einmal getan. Trotzdem möchte ich noch ein-

mal, ohne die Rede zu wiederholen, die Position, die ich namens meiner Fraktion auch im vergangenen Sommer hier vertreten habe, in Stichworten zusammenfassen.

Wir treten ein für die Kernfusionsforschung, trotz aller Probleme und trotz allem Verständnis für die einen oder anderen Bedenken der Kritiker. Und es sei auch darauf hingewiesen: So sicher, dass das am Ende wirklich funktioniert, kann heute niemand sein. Es ist eine tragfähige Hypothese, von der viele Leute hoffen – ich auch –, dass sie tatsächlich einmal funktionieren wird, aber sicher kann kein ernsthafter Wissenschaftler heute sagen, das wird einmal funktionieren. Es ist Forschung auf der Basis einer vernünftigen und logischen Hypothese.

Der zweite Grund, den ich sagen will, ist, es ist gut für die Wissenschaftslandschaft Mecklenburg-Vorpommern und es wäre hervorragend für den einzigartigen Plasma-physikstandort Greifswald, wenn wir ITER hätten. Ich denke, der Wirtschaftsminister wäre auch sehr dafür. Es wäre auch Wirtschaftsförderung für Mecklenburg-Vorpommern im Allgemeinen und für Vorpommern im Besonderen. So weit noch einmal in aller Kürze zu den inhaltlichen Ansätzen, die ich, wie gesagt, im Sommer des vergangenen Jahres etwas ausführlicher dargestellt habe.

Nun zu der Frage des vorliegenden Antrages. Dieser Antrag läuft ins Leere. Nun kann ich verstehen, dass die Opposition nicht immer so genau über das Regierungshandeln unterrichtet ist. Dafür gibt es Möglichkeiten, die Möglichkeit der Anfragen im Ausschuss und auch die Möglichkeit der Kleinen Anfrage. Und wenn die CDU-Fraktion oder ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete eine Kleine Anfrage gestellt hätte, hätten sie sicher das zur Antwort bekommen, was der Bildungsminister eben hier vorgetragen hat. Sie hätten sehen können, dass die Regierung arbeitet an diesem Punkt und dass sie das einmütige Votum des Landtages im vergangenen Sommer sehr wohl zur Kenntnis genommen und als Bestärkung ihres eigenen Tuns verstanden hat.

Der zweite Teil Ihres Antrages ist auch nach dem Änderungsantrag schlicht falsch. Denn selbst wenn wir uns alle einig sind, können wir hier nicht sicherstellen, wie der Antrag auch immer noch lautet, dass die Bundesregierung etwas tut. So weit reicht die Kraft des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern auf keinen Fall.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich zitiere einmal die neue Fassung, die sich aus Ihrem Änderungsantrag ergibt: „Die Landesregierung wird aufgefordert,“ – dann lasse ich etwas weg – „umgehend sicherzustellen, dass diese Bewerbung durch die Bundesregierung der Europäischen Kommission übermittelt wird.“ Wie, bitte schön, soll unsere Landesregierung das tun? Wie soll sie das sicherstellen? Dieser Teil des Antrages ist auch nach dem Änderungsantrag einfach sachlich falsch. Ich bitte Sie: Unterstützen wir gemeinsam weiterhin die ITER-Bewerbung Greifswalds, aber bitte schön nicht mit solchen Anträgen! – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Bartels, ich weise Ihre unparlamentarischen Bemerkungen zurück.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Vierkant von der Fraktion der CDU.

Jörg Vierkant, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte mir eine sehr schöne und verbindende Rede hier zurechtgelegt,

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

weil ich davon ausgegangen bin, dass wir hier heute einen interfraktionellen Antrag besprechen und debattieren.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das Thema ist ja auch interfraktionell positiv.)

Denn ich denke, gerade auch die schon angesprochene energiewirtschaftliche Dimension der Fusionstechnologie muss vielen noch näher gebracht werden, vor allem aber auch die Verantwortung für unsere Urenkel und Ururenkel. Die Beiträge von SPD und PDS stimmen mich jedoch eher sehr bedenklich, was dies anbelangt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Müssen sie nicht.)

Irgendwie fällt mir da auch ein Zusammenhang zur gestrigen Aktuellen Stunde ein. Ich bin an dieser Stelle der Auffassung, dass sich SPD und CDU wieder einmal in der Sache näher sind als SPD und PDS, aber es kam die große Stunde des Einknickens. In Berlin knickt Rot vor Grün ein, in Schwerin knickt die SPD vor der PDS ein und innerhalb der PDS knickt Herr Dr. Bartels vor Frau Schwebs ein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS –
Karsten Neumann, PDS: Das können
Sie nicht ernsthaft glauben!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage?

Jörg Vierkant, CDU: Natürlich.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Abgeordneter Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ich habe mich nicht aufgeregt, Herr Vierkant.

Herr Vierkant, gestatten Sie die Frage: Haben Sie dem Minister zugehört und haben Sie zur Kenntnis genommen, was er an Aktivitäten aufgelistet hat und welche Entscheidung der Regierung er hier vorgetragen hat?

Jörg Vierkant, CDU: Also, Herr Dr. Bartels, Sie haben sich jetzt aufgeregt. Ich gehe davon aus, dass Sie auch eingeknickt immer noch in gewohnter Weise Frau Schwebs überragt haben, aber den Knicks haben Sie dort gemacht. Vielleicht hören Sie ...

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist keine Antwort auf meine Frage.

Jörg Vierkant, CDU: Richtig, dazu komme ich ja jetzt. Sie hätten aber auch warten können, bis ich meine Rede beendet habe, denn ich gehe speziell noch darauf ein.

Dass, was der Herr Minister uns hier zur Kenntnis gab, klingt erst einmal sehr optimistisch. Und ich gehe auch davon aus, dass es richtig ist, dass Gespräche stattgefunden haben. Ich muss aber an dieser Stelle dann auch noch einmal darauf verweisen, wenn – und hier geht es um die Bewerbung – die Landesregierung eine Bewerbung im Wortlaut an die Bundesregierung abgeschickt hat, so, wie Sie es auch sagten, das soll im Juli 2002 geschehen sein, ich habe es jetzt nur zwischen Tür und Angel und gerüchteweise gehört, also unverbindlich, dann gibt es eine Berichtspflicht der Landesregierung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das Parlament ist darüber aber nicht informiert worden, wir haben keine Unterrichtung bekommen.

Die CDU-Fraktion hat am 28.02.2003 einen Informationsbesuch in Greifswald im Max-Planck-Institut und bei der EWN gehabt. Auch dort – das ist sehr erstaunlich – hat der Vorsitzende des Fördervereins, Herr Professor Gomolka, keine Kenntnis gehabt von etwaigen Aktivitäten der Landesregierung. Auch das Professorenkollegium – Professor Wagner war zugegen vom IPP – hatte davon keine Kenntnis und das ist schon erstaunlich. Das ist auch eine Frage des Standings unserer Landesregierung, wenn es denn dieses Schreiben gegeben hat, dass Berlin ein dreiviertel Jahr lang kein Feedback gibt und keinen Rücklauf in Richtung Schwerin abschickt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Danke.

(Beate Mahr, SPD: Ihre Frage ist nicht beantwortet worden, Herr Dr. Bartels.)

Jörg Vierkant, CDU: Ich hatte gesagt, dass dort die Stunde des Einknickens da war. Vielleicht ist aber auch der Koalitionsvertrag die Ursache dafür, denn beide Fraktionen haben sich hier irgendwo in Richtung Ökologie oder aus sonstigen unerfindlichen Gründen wieder einmal aus der Verantwortung gestohlen. Ich denke, Sie sollten Ihren Koalitionsvertrag, der ja gerade an dieser Stelle eine geradezu urzeitliche Vereinbarung vorsieht, an dieser Stelle schleunigst öffnen und verändern. Wir, die CDU-Fraktion, werden jedenfalls nicht nachlassen, Sie an Ihren hochgestochenen Begrifflichkeiten zu messen. Mir fällt da sofort immer ein, dass Sie ständig die Begriffe „Denkwerkstätten“, „Technologie“ und „Zukunftsoffensiven“,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sonderdenkwerkstätten! – Zuruf von Minister Helmut Holter)

„Sonderdenkwerkstätten“, „Kompetenz-“ und „Exzellenzzentren“ im Munde führen. Toll, also richtig toll, aber wie man heute wieder sieht, nur heiße Luft – Ablehnung von SPD und PDS.

Ich lege am besten die alte Rede beiseite und hoffe, dass ich durch einige sachliche Anmerkungen vielleicht den einen oder anderen Regionalpolitiker und den einen oder anderen Realisten doch noch zum spontanen Nachdenken anregen kann.

(Beifall Torsten Renz, CDU)

Meine Damen und Herren, Drucksache 1/3014, Antrag der Fraktionen der CDU und F.D.P.: Förderung des ITER-Projektes. Um sich daran zu erinnern, muss man schon seit der 1. Legislaturperiode Mitglied dieses Hohen Hauses sein. Es war jedenfalls lange vor meiner Schweriner Zeit, nämlich fast auf den Tag genau vor zehn Jahren, als sich der Landtag erstmals mit der energiepolitischen Zukunft, genauer gesagt, mit der Fusionstechnologie auseinander gesetzt hat. Meine Damen und Herren, der damalige Antrag forderte die Landesregierung dazu auf, sich bei der Bundesregierung mit Nachdruck dafür einzusetzen, die Bewerbung um das internationale Großforschungsprojekt ITER zu unterstützen und eine schnellstmögliche Entscheidung für den Standort Greifswald/Lubmin zu treffen. Zehn Jahre ist das nun her und wir beschäftigen uns heute erneut mit ein und demselben Thema.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Gab es dazwischen nicht sieben Jahre einen CDU-Ministerpräsidenten?)

Allerdings hat sich mittlerweile einiges verändert. Das MPI, also das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, ist unter anderem dank des damaligen Bundesforschungsministers Dr. Paul Krüger mit einem Teilinstitut der Mutter in Garching, in Bayern, nach Greifswald geholt worden. In der Hansestadt werden mit dem Fusionsprojekt „Wendelstein 7-X“ Maßstäbe in der Grundlagenforschung gesetzt. Dieses Projekt ist als ein direkter Vorläufer des internationalen Großprojektes ITER zu sehen.

Wenn man sich nun die Presse der letzten Wochen und Tage anschaut, dann wird deutlich, dass der Wettbewerb um einen etwaigen Standort sehr zugenommen hat. Seit 1985 wird das Projekt in einer so beispielhaft internationalen Kooperation gefördert, dass sogar die zeitweiligen Skeptiker USA und China mit großem Engagement wieder in den Forschungsverbund zurückkehrten, und zwar unter erheblicher finanzieller Selbstbeteiligung von jeweils zehn Prozent. Das macht also jeweils 500 Millionen Dollar aus. Das ist doch wohl ein sehr deutliches Signal, ein Signal dafür, dass die großtechnische Energiegewinnung in Fusionskraftwerken als eine realistische, sichere und aus heutiger Sicht schier unerschöpfliche Option anzusehen ist, die Energieprobleme in einem abschätzbaren Zeitfenster bis Mitte des jetzigen Jahrhunderts zu lösen.

Vorstellungen, meine Damen und Herren, die mich nicht nur als Mathematik-, Physik- und Astronomielehrer faszinierten: Ein einziger Kubikkilometer Wasser – und davon haben wir bekanntlich ein paar wenige in den Ozeanen – würde ausreichen, um durch einfachste Fusion von Deuterium zu Tritium so viel Energie zu gewinnen, wie sie derzeit in sämtlichen bekannten Ölvorräten der Welt gespeichert ist, und das bei fast 100 Prozent Effizienz gegenüber knapp 15 Prozent bei der Windkraft. Auch Photovoltaik, Geothermik, Gezeitenkraftwerke oder sonstige alternative Energiequellen wie nachwachsende Rohstoffe oder Ähnliches lösen das Versorgungsproblem der Zukunft nicht wirklich, als Einspeisung vielleicht, aber als Grundversorgung nie.

Meine Damen und Herren, noch einmal zu einigen Fakten, die unserem Land und bei 5 Milliarden Euro Investitionen international ganz ausdrücklich nicht nur für Vorpommern eine einzigartige Chance auf Zukunftsfähigkeit und Arbeit für zig Jahre eröffnen.

Durch die Vorlesungen des späteren Nobelpreisträgers Johannes Stark an der Universität Greifswald zur Gasentladungsphysik ist Vorpommern bereits 1907 quasi zur Heimat der Plasmatheorie geworden. Mit dem Rückbau des ehemaligen Kernkraftwerkstandortes Lubmin auf dem Betriebsgelände der Energiewerke Nord, EWN, und den zwei geplanten, weltmodernsten Gas- und Dampfturbinenkraftwerken ist ein Paradebeispiel für gelungenen Strukturwandel vorzeigbar. Hochqualifiziertes wissenschaftliches und technisches Personal ist vor Ort und es wird dann eventuell auch weiter zuziehen in unser Land.

Wie Professor Wagner vom Institut für Plasmaphysik, Professor Schempp als Rektor der Fachhochschule in Stralsund und Professor Meyer-Fujara als Prorektor bestätigten, würden sich auf der Grundlage bestehender Kooperationen weitreichende Perspektiven für junge Doktoranten, für Diplomingenieure der Elektrotechnik, aber auch für Konstrukteure, Handwerker bis in die Nebenge-

werke hinein eröffnen – ein Wahnsinnschub für den Arbeitsmarkt in Vorpommern, in Mecklenburg-Vorpommern, für unser Land insgesamt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bin mir absolut sicher, dass alle erdenkliche Unterstützung aus der kommunalen Politik, aus den Verwaltungen und von den Bürgern zu erwarten ist. ITER wäre ein Leuchtturm für das gemeinsame Oberzentrum Greifswald/Stralsund und die nord-östlichen Landkreise mit Kegelmindestreichweite von 300 Meilen und mehr. Aber nicht dort, sondern hier bei uns ist Handeln gefordert.

Der ITER-Förderverband Greifswald/Lubmin unter Vorsitz von Professor Gomolka reichte dazu am 27. Juni des vergangenen Jahres eine Bewerbung bei der Landesregierung ein und der heutige Antrag unterstützt diese Initiative. Ob und inwieweit sich die regierungstragenden Fraktionen nochmals mit dem Antrag auseinander setzen wollen, bleibt natürlich ihnen selbst überlassen. Vielleicht fehlt es aber doch an Mut oder am notwendigen Porto, wie Herr Gomolka etwas ironisch im „Nordkurier“ anfragte. Ich kann es mir jedenfalls nicht erklären, warum wir heute vom Minister eine Absichtserklärung hören, dass also in den nächsten Tagen und Wochen endlich mit Aktivitäten in dieser Richtung zu rechnen ist. Die Menschen im Lande jedenfalls verstehen die Ränkespiele dieses Parlaments nicht mehr.

(Beate Mahr, SPD: Das glaube ich wohl. –
Hannelore Monegel, SPD: Ach, Herr Vierkant!)

Showkämpfe, persönliche Zwistigkeiten, Regierungsschwäche und Oppositionskeule, was soll's! Die knallharte Konkurrenz aus Japan, Kanada, Frankreich, Spanien und in Kürze sicherlich auch aus den USA und China ist mit Sicherheit online und fest entschlossen, für diese einmalige Chance richtig Geld in die Hand zu nehmen. Die CDU-Fraktion des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern ist ihrerseits fest entschlossen, nicht das Provinzkanninchen vor der metropolen Schlange zu mimen. Im Gegenteil, ein geflügeltes Wort sagt: „Eine Chance haben wir nicht, also nutzen wir sie.“ Gehen Sie noch einmal kurz in sich! Ein paar Sekunden bis zur Abstimmung bleiben Ihnen ja noch. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Frieese?

Jörg Vierkant, CDU: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Frieese.

Siegfried Frieese, SPD: Herr Vierkant, stimmen Sie mir zu, dass alle Landesregierungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern das ITER-Projekt mit dem Standort Greifswald unterstützt haben und dafür geworben haben?

Jörg Vierkant, CDU: Ja, Herr Frieese, das ist sicherlich der Fall. Ich habe hier und heute eigentlich nur noch einmal ganz nachdrücklich darauf hingewiesen, dass mir das Zeitfenster unverständlich ist. Das heißt, ich habe auch persönlich irgendwann einmal die Nase voll von diesem Hase-und-Igel-Spiel. Die CDU rennt hin und her, besorgt sich Informationen und wird heute auch vom Abgeordneten Bartels noch einmal darauf hingewiesen, dass wir das auch mit Kleinen Anfragen hätten erledigen können.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Richtig, das hätten Sie ruhig machen können.)

Diese Empfehlung habe ich gar nicht ernst genommen, denn es gibt eine einfachere Möglichkeit und wir haben sie heute im Rahmen dieser Debatte gefunden. Das Zeitfenster scheint mir nicht nachvollziehbar, weil wir heute, jetzt während dieser Debatte vom Minister erst wieder gehört haben, demnächst wird das Ganze aber zu Ende gebracht, jetzt geht die Bewerbung auf den Weg. Ich hoffe das und wünsche mir, dass wir dann in wenigen Wochen auch dort eine Unterrichtung seitens der Landesregierung erhalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Nachfrage?

Jörg Vierkant, CDU: Ja, natürlich.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Friese.

Siegfried Friese, SPD: Herr Vierkant, können Sie sagen, welche Haltung die letzte Regierung des Bundeskanzlers Helmut Kohl zu dem Projekt ITER in Greifswald eingenommen hat?

Jörg Vierkant, CDU: Aus meiner Sicht und nach meiner Kenntnis kann diese Haltung nur eine positive gewesen sein,

(Heiterkeit bei Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff)

denn es ist schon ...

(Minister Dr. Till Backhaus: Ein Problem.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich bitte doch um ...

Jörg Vierkant, CDU: Es ist schon ein deutliches Zeichen, denke ich, wenn der damalige Bundesforschungsminister das in Deutschland einmalige Projekt „Wendelstein 7-X“ nach Greifswald holen konnte. Da gab es auch eine ganze Reihe von anderen Bewerbern, aber Greifswald in Vorpommern ist dort präferiert worden.

Siegfried Friese, SPD: Herr Vierkant, wenn ich mich richtig erinnere, hat der Bundesforschungsminister der letzten Kohl-Regierung das ITER-Projekt in Greifswald nicht unterstützt.

(Zurufe von der CDU: Frage!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, Sie müssen Fragen stellen!

Siegfried Friese, SPD: Ja, ich wollte fragen, ist Ihnen bekannt,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

dass der Forschungsminister der letzten Kohl-Regierung Herr Rüttgers das ITER-Projekt in Greifswald nicht unterstützt hat?

Jörg Vierkant, CDU: Mir ist nur bekannt, dass der Bundesforschungsminister Paul Krüger diese Sache unterstützt hat für unser Land

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und „Wendelstein 7-X“, ich wiederhole das noch einmal, als direkten Vorläufer von ITER

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das stimmt ja fachlich nicht, Herr Vierkant! Das stimmt doch fachlich nicht!)

installiert und nach Greifswald geholt hat.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das sind zwei verschiedene Konzepte!)

Ich habe das Wendelstein-Modell in Greifswald gesehen. Es stimmt schon,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Nein, das sind zwei verschiedene Konzepte!)

es ist dort.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Karin Strenz, CDU: Nicht nur wer laut brüllt, der hat Recht. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das sind zwei alternative Konzepte!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Vierkant.

Herr Ministerpräsident, bitte keine Zwischenrufe von der Regierungsbank!

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/289 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/289 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/261 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/261 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Halbzeitbewertung der Agenda 2000 zur gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union, Drucksache 4/258.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Halbzeitbewertung der Agenda 2000 zur gemeinsamen Agrarpolitik der EU – Drucksache 4/258 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Wiebensohn von der Fraktion der SPD.

Lilly Wiebensohn, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Nach dem Agreement der Agrarministerkonferenz der Europäischen Union aus dem Jahre 1999 ist in diesem Jahr, also im Jahre 2003, eine Halbzeitbewertung der Agenda-Beschlüsse und deren weiteren Auswirkungen für den Zeitraum ab dem Jahr 2006 durchzuführen.

Die Fraktionen der SPD und PDS haben sich entschlossen, dieses Thema heute erneut aus gutem Grund auf die Tagesordnung der Landtagssitzung zu setzen. Die Agrarpolitik ist ein bedeutendes Standbein für die Stabilität einer künftig erweiterten Europäischen Union. Die

bevorstehende Osterweiterung um zehn neue Mitgliedsstaaten mit sehr unterschiedlichen, natürlichen und ökonomischen Produktionsbedingungen ist eine der bisher größten Herausforderungen an die Europäische Agrarpolitik. Sie ist aber auch eine Chance für die wirtschaftliche Entwicklung in einer erweiterten Europäischen Union.

Die Wirkung und die politischen Folgen aller jetzt noch auf dem Prüfstand stehenden Maßnahmen im Agrarbereich sind noch nicht abzusehen. Die neuen osteuropäischen Länder machen berechnete Forderungen auf. Diese müssen von den europäischen Zahlmeistern mit Augenmaß und dem Blick in die Zukunft finanziert werden. Die Bundesrepublik Deutschland steht dabei als Net-zahler an vorderster Front.

Meine Damen und Herren, die agrarpolitischen Maßnahmen der Gemeinschaft sind bekanntlich nichts Statisches. Sie wurden im Laufe von Jahrzehnten immer wieder den sich ändernden Rahmenbedingungen auf dem Agrarsektor angepasst und verändert. Mit der Agenda 2000 hat sich die Europäische Kommission der gemeinsamen Agrarpolitik eine neue Richtung in einem mehrjährigen Rahmen bis 2006 gegeben. Die sich bereits jetzt abzeichnenden Ergebnisse der Beschlüsse der Agenda 2000 sind höhere Finanzstabilität in der Europäischen Union und eine Verringerung von Überschüssen auf den Agrarmärkten.

Der Preis, den der europäische Steuerzahler dafür aufbringen muss, ist hoch. Ein Drittel der Einkünfte in Europa für unsere Bauern stammt heute aus den so genannten Subventionen. Das ist gegenüber allen, die mit der Landwirtschaft und mit der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte nur als Verbraucher zu tun haben, immer schwerer zu begründen.

Die Halbzeitbewertung der Agenda 2000 stellt eine Zäsur dar, die in eine neue Reform mündet. Diese neue Richtung bedeutet, dass die europäischen Finanzmittel nicht im bisherigen Umfang an die Produktionssteigerung, sondern an die Entwicklung der ländlichen Räume angepasst werden soll. Die europäischen Landwirte müssen sich jedoch darauf verlassen können, dass geschlossene Verträge auch eingehalten werden. Landwirte müssen langfristig in Generationen planen. Produktion unter freiem Himmel und mit lebenden Organismen ist an Zeitläufe gebunden und lässt sich nicht wie in der Industrie in ein oder zwei Jahren umstellen.

Die von vielen Kritikern heraufbeschworenen Einschnitte durch die Agenda-Beschlüsse im Bereich der Ausgleichszahlungen an die Landwirtschaft sind jedoch nicht, wie befürchtet, so eingetreten. Die befürchtete Degressionsregelung bei den Flächenausgleichszahlungen ist erfreulicherweise ausgeblieben, ebenso die 90-Tier-Obergrenze. Die 300.000-Euro-Kappungsgrenze der Beihilfe konnte ebenfalls abgewendet werden.

Die Landesregierung hat auf den Ebenen, auf denen sie ein Mitspracherecht hat, erheblich dazu beigetragen, dass es durch die Agenda-Beschlüsse bisher zu den in hohem Maße befürchteten negativen Einkommensentwicklungen für unsere landwirtschaftlichen Unternehmen nicht gekommen ist. Dennoch haben sich die Gewitterwolken über unseren Landwirtschaftsbetrieben noch nicht verzogen.

Meine sehr geehrten Abgeordneten, zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind noch wichtige Fragen im Zusammen-

hang mit der Ausstattung und der Ausgestaltung der einzelnen Reformelemente offen. Diese betreffen im Wesentlichen die Entkoppelung der Direktzahlung, die Gestaltung der Modulation, Regelungen zum Umgang mit der Flächenstilllegung und zu Fragen der Milchmarktordnung. Dazu haben wir in unserem Antrag wesentliche Punkte zusammengetragen.

Die Landwirte und alle, die von der Landbewirtschaftung und der Ernährungswirtschaft Einkommen erarbeiten müssen, erwarten von der europäischen Agrarpolitik berechnete Lösungsansätze. Diese grundsätzlichen Forderungen erfüllen die jetzt auf dem Tisch liegenden Legislativvorschläge zur Halbzeitbewertung nur bedingt. Durchaus richtig ist der Ansatz, dass die Landwirte in Zukunft für Leistungen, die sie für das Gemeinwohl, das heißt für die Gestaltung und nachhaltige Pflege der Kulturlandschaft erbringen und damit auch für Beschäftigung im ländlichen Raum sorgen, honoriert werden müssen. Diese von der SPD immer wieder bereits gestellte Forderung beginnt nun endlich Gestalt anzunehmen.

Mit der Entkoppelung der Tier- und Flächenprämien von der Produktion wird eine Alternative zum bestehenden System angeboten. Die Europäische Kommission hat nun ein Berechnungsmodell für eine so genannte Betriebsprämie vorgeschlagen. So weit, so gut. Es würde allerdings, wenn es dabei bliebe, dazu führen, dass diejenigen, welche aufgrund ihrer Marktfuchtproduktion auf günstigen Standorten wirtschaften, auf Dauer ein hohes Prämienvolumen erhalten. Auf schwächeren Standorten wären Unternehmen dagegen dauerhaft benachteiligt. Nach jetzigen Vorstellungen der Europäischen Union sollten die von der Produktion abgekoppelten Prämienrechte sogar handelbar sein. Das kann auf keinen Fall der richtige Weg sein! Wir sind nach wie vor für eine flächendeckende Landbewirtschaftung, aber wir müssen auch erkennen, dass unter den wachsenden Zwängen des Marktes eine flächendeckende Lebensmittelproduktion nicht mehr zu leisten ist. Es müssen andere Alternativen gefunden werden wie zum Beispiel für die Energieproduktion auf landwirtschaftlichen Nutzflächen. Jeder Hektar sollte der Gesellschaft gleich viel wert sein. Die unternehmerische Entscheidung, was unter den Bedingungen des Marktes auf den Flächen passiert, sollte nicht vom Subventionstopf abhängen. Hier gibt es also noch Verhandlungsbedarf.

Das Gleiche gilt auch für die Vorstellung zur Modulation. Die geplante Umschichtung von Direktzahlungen für Maßnahmen der Agrarumwelt und des ländlichen Raumes ist grundsätzlich zu begrüßen. Wir sind aber auch dafür, dass die durch die Modulation freigesetzten Mittel in den Regionen verbleiben, wo sie aufgrund der Betriebsstrukturen den Direktzahlungen entzogen werden. Die Landwirte müssen die Chance haben, daraus Einkommen zu realisieren. Nach dem jetzigen degressiven Modulationsmodell ist zu befürchten, dass Deutschland zwar am meisten in die europäische Kasse einzahlt, aber aufgrund seiner Strukturen, besonders in den fünf neuen Ländern, erheblich weniger an die Landwirte in Form der Prämie mit den angedachten Kürzungen zurückfließen würde. Überlegenswert ist daher der Gedanke eines linearen Modulationsmodells mit einheitlichen Kürzungssätzen für alle Betriebsstrukturen und Betriebsgrößen.

Meine Damen und Herren, die politischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland müssen nach intensiver Diskussion gebündelt werden, um die deutsche Position in

der Europäischen Union zu stärken. Dieses Ziel verfolgt auch unser Antrag. Bei allem Für und Wider müssen die Forderungen lauten: mehr Marktorientierung, verstärkter Wettbewerb, mehr Lebensmittelsicherheit und -qualität, stabiles Einkommen für die landwirtschaftlichen Unternehmen unter Berücksichtigung von ganz bestimmten Umweltbelangen. Die Diskussion um den besten Weg ist in vollem Gange. Ich rufe Sie auf, besonders die Abgeordneten der Opposition, die nur sehr rar vertreten sind, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Wiensohn.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Brick von der Fraktion der CDU.

Martin Brick, CDU: Verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vor etwa gut einer Woche feierten einige das 50-jährige Ableben von Jossif Stalin.

(Volker Schlotmann, SPD: Der Kollege Brick ist immer für Überraschungen gut.)

Sein Markenzeichen war der Personenkult. Das mag – und das unterstelle ich ausdrücklich nicht den Unterzeichnern Ihres Antrages – aber den Verfassern wohl beim Schreiben dieses Antrages durch den Kopf gegangen sein.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Anders kann ich mir Ihren voluminösen und gleichermaßen kuriosen Antrag nicht erklären. Die Art der Antragstellung ist einfach peinlich.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Sicher, es ist üblich, dass die Legislative, also das Parlament, der Exekutive, der Landesregierung, so sie den Eindruck der Untätigkeit hat, mal kräftig auf den Schlips tritt. Aber das ist bei diesem hochbrisanten Thema nun völlig unnötig. Die Landesregierung in Person ihres umtriebigen Ministers handelt

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Ute Schildt, SPD: Bitte, bitte, bitte!)

und – das muss man neidvoll anerkennen – ist bislang nur wenige Antworten schuldig geblieben. Vielleicht darf ich Ihnen ins Gedächtnis rufen seine Rede vor dem Bundestag, seinen Brief an den Kanzler, sein Auftreten am 28. Februar vor den Bauern dieses Landes und last, but not least, hat der Herr Minister unaufgefordert ein Positionspapier (Ausschussdrucksache 4/10) dem Ausschuss zugeleitet, was dieser auch in seiner 5. Sitzung unter Tagesordnungspunkt 3 behandelt hat. Dies bot ausreichend Gelegenheit, Fragen zu stellen und zu diskutieren.

Verehrte Damen und Herren, mir geht es hier nicht unbedingt um den Inhalt dieses Antrages. Der steht nicht in Frage.

(Volker Schlotmann, SPD: Aber warum stimmen Sie dann nicht zu?)

Aber demnächst, so habe ich gehört, ereilen den Minister höhere Weihen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Und da ist es durchaus üblich, dass hier und da ein Vergissmeinnicht zum Blühen kommt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und Minister Dr. Wolfgang Methling)

Wenn es zu viel wird, das weiß jeder Gartenfreund, dann wird es zu Unkraut.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Torsten Renz, CDU)

Ich kann mich irren, aber ich werde den Gedanken nicht los, dass bei der Landesmeisterschaft in Analakrobatik einige ihren Tabellenplatz beklagen.

(Heiterkeit bei Gesine Skrzepski, CDU – Minister Dr. Wolfgang Methling: Na, na, na, das war ja fäkalisch!)

Ich denke, fein ausgedrückt und deutsch. Sie müssen es wissen.

Zur Tabellenspitze, meine Damen und Herren, gehört aber ausdrücklich Bemühung. Ich weiß nicht, ich vermute es mal nicht, dass Sie sich das Positionspapier der Europäischen Kommission, in Übersetzung versteht sich und ein bisschen kompliziert, mal vorgenommen haben. Falls das zu unverständlich ist, gibt es ja hilfsweise das allseits anerkannte Papier des Professors Isemeier und es hätte dann des Dolmetschers Backhaus nicht bedurft. Es zeugt schon von erlesener Dürtigkeit, wenn im Beschlussentwurf und noch deutlicher in der Begründung unzufriedenheit – und das nunmehr zum wiederholten Mal – vom Ministerpapier abgeschrieben wurde. Verehrte Damen und Herren, Sie begackern Eier, die andere gelegt haben.

(Beifall Renate Holznagel, CDU, und Karin Strenz, CDU)

Wenn Sie, wie das heute allgemein üblich ist in Regierungsfractionen, Ihrem Minister den Rücken stärken wollen, dann hätten Sie zwei entscheidende Punkte, bei denen sich der Minister nicht durchsetzen konnte, auf die Tagesordnung gesetzt, statt ihn mit seinen eigenen Worten hier zum Handeln aufzufordern:

erstens den wettbewerbsverzerrenden deutschen Alleingang bei der Modulation, was unsere Bauern vier Jahre früher gegenüber ihren Kollegen in den übrigen Mitgliedsstaaten jährlich 7,5 Millionen kostet,

(Beifall Renate Holznagel, CDU, und Karin Strenz, CDU)

und zweitens die Durchsetzung – ich verkürze jetzt ein bisschen, es ist ein kompliziertes Thema – einer Regionalprämie pro Hektar LN statt betriebsbezogener Referenzprämie, die infolge Wertverlust über Sein oder Nichtsein von mindestens zwei Ministern dieser Landesregierung entscheiden könnte.

Der Minister sagt in seinem Positionspapier zum Midtermreview, ich zitiere: „In M-V werden dieselben Ziele verfolgt, die auch die KOM zum Ausdruck gebracht hat“, und bringt dann zum Ausdruck zahlreiche Mängel, Korrekturen und Vorschläge. Damit kann man sich durchaus identifizieren, Ausnahmen ausgenommen, sonst wäre ja auch eine Seite übrig.

Aber genug des Lobes auch für den Minister, er hat ja heute Geburtstag und herzliche Gratulation auch noch mal von diesem Podium zu einer Schnapszahl, wenn ich das richtig weiß.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Dr. Martina Bunge, PDS:
Da kann er ja einen ausgeben.)

Der Antrag, verehrte Regierungsfractionäre, ist deplaziert und Schlichtheit im Geiste. Man muss in diesem Hohen Hause die Landesregierung nicht auffordern zu Dingen, die sie ohnehin tut. Das haben Sie uns gerade mit dem vorhergehenden Antrag übrigens beweisen wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zu diesem Thema gibt es tatsächlich einen Minister, der seinem Amtseid entsprechend handelt und glaubwürdig versprochen hat, dies auch weiter zu tun. Wir werden dies kontrollieren und wir werden uns berichten lassen. Es gibt zum Thema Landwirtschaft weiß Gott Wichtigeres. Wir lehnen diesen Antrag ab. Er ist unnötig. Das Handeln der Landesregierung entspricht dem Stand der Verhandlungen und ist allen Mitgliedern des Landtages zugänglich.

(Ute Schildt, SPD: Ihren Kollegen auch?)

Und, Herr Minister, es tut mir Leid, ich bin auch nicht schuld daran, dass Sie an Ihrem Geburtstag heute noch einmal in die Bütt müssen, ich bin mir aber sicher, eine neue Rede haben Sie nicht erarbeiten müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Gesine Skrzepski, CDU –
Minister Dr. Till Backhaus: Ich habe aber noch
eine andere mit. Was soll ich denn nun machen?)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Brick.

Als Nächstes hat das Wort die Abgeordnete Frau Wien für die Fraktion der PDS.

Alexa Wien, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Gäste! Liebe noch anwesende Mitkolleginnen und -kollegen! Ich freue mich doch, dass noch einige dageblieben sind. In einem Agrarland wie Mecklenburg-Vorpommern scheint doch die Landwirtschaft keine große Rolle zu spielen. Aber die anderen werden wahrscheinlich an Ihren Lautsprechern sitzen und gerade zuhören.

(Martin Brick, CDU: Alles Experten!)

Wir hatten gestern gerade die Geschichte mit der Schiffssicherheit. Auch hier war das gleiche Problem, wie das, was Sie eben – Lieblingsopposition – angesprochen haben. Immer wieder, die Wiederholung ist die Mutter der Weisheit und dieses Thema wird uns einfach die nächsten Jahre beschäftigen. Wir sind nun mal ein Agrarland, also werden wir das auch immer und immer, und immer wieder wiederholen müssen. Letztendlich unsere Landwirte fragen uns, beschäftigt ihr euch damit. Und sicher tun wir das. Und wenn wir einer Meinung sind, na umso besser.

(Ute Schildt, SPD: Und die CDU-Abgeordneten
wollen es ja auch im Plenum hören.)

Genau.

Gut, der Weltmarkt befindet sich mitten in einer Phase der Liberalisierung. Das ist nicht neu. Der Handel kämpft mit knallhartem Preisdumping um seinen Absatz. Das

Ergebnis, der Wertschöpfungsanteil, spiegelt sich in den Erzeugerpreisen nicht mehr wider. Die Preisschere zwischen den sinkenden Erzeugerpreisen und den steigenden Betriebsmittelpreisen geht unerträglich weiter auseinander. Sie werden es nicht glauben, es hat eine positive Seite: Durch den sehr geringen Anstieg der Nahrungsgüterpreise im Vergleich zu den sonstigen Lebenshaltungskosten wirkt die Landwirtschaft in der BRD und in den anderen EU-Staaten als eine Inflationsbremse.

Allerdings das Bedenkliche an der Situation ist, die europäischen Landwirte, und somit auch die deutschen, können die Existenz ihrer Betriebe nur etwa zur Hälfte aus dem Verkauf ihrer Produkte realisieren. Die Folge davon ist, in der EU wird die landwirtschaftliche Produktion mit sehr vielen staatlichen Mitteln gestützt. Vielleicht als Richtzahl: Wir liegen in der EU mit unserem Stützungs-niveau etwa im Mittelfeld aller OECD-Staaten. Diese Situation ist seit langem sehr unbefriedigend – zum einen für die Landwirte, zum anderen für die öffentliche Hand. Aber auch das öffentliche Bewusstsein mault an dieser Stelle immer wieder rum.

1992 begann man in Europa intensiv darüber nachzudenken, was denn zu tun wäre, und mit der Agenda 2000 wurde auch der Versuch begonnen, diese Problematik in den Griff zu bekommen. Die Ergebnisse, die bis heute vorliegen, sind sehr unterschiedlich. Wir haben schon etwas davon gehört. Ganz konkret wurden einerseits Überschussproduktionen drastisch reduziert und der Protektionismus zum Teil schon abgebaut, die Wettbewerbsfähigkeit wurde verbessert und, was ja auch nicht ganz unwichtig ist, die Durchschnittseinkommen unserer Landwirte wurden angehoben, wenn auch noch nicht genug.

Die andere Seite ist, der Wettbewerbsdruck hält natürlich an und der wird weiter anhalten. Das Ergebnis sind sinkende Preise und ein weiterer Arbeitsplatzabbau. Die wirtschaftliche und soziale Differenzierung wird schmerzlicher, die Entkopplung von Ackerbau und Viehzucht vollzieht sich und vollzieht sich auch weiter. Zeitgleich kommt es zur Verarmung von Fruchtfolgen. Dieser Prozess fordert die Beseitigung geschlossener natürlicher Kreisläufe. Und das ist schon sehr bedenklich. Außerdem kommt noch hinzu, das wissen wir alle aus leidvoller Erfahrung, dass weder den Interessen der Verbraucher noch den wachsenden Erwartungen an den Schutz der Umwelt und der Tiere ausreichend entsprochen wird.

Aus all diesen genannten Gründen hält es auch die PDS für notwendig, dass weitere Reformen in der Agrarpolitik durchgeführt werden. Doch halt, an dieser Stelle vielleicht den Zwischensatz, wenn wir den Anspruch haben, weiterhin Landwirtschaft zu betreiben, wir als Land, wir als Deutschland, dann werden wir um öffentliche Förderung nicht herumkommen. Wir haben also letztendlich grundsätzlich zu entscheiden, ob wir den Berufsstand des Landwirtes überhaupt noch haben wollen. Das klingt vielleicht etwas hart, es ist aber so. Von der Beantwortung dieser Frage hängt außerdem auch ab, wie unsere Stellung zur Bewahrung der Kulturlandschaft ist.

Die PDS hat sich inzwischen entschieden, sie wird sich für die Erhaltung des Landwirtes einsetzen. Wir wollen die Kulturlandschaft bewahren und natürliche Ressourcen nutzen und gleichzeitig schonen.

Wie soll das aussehen? Unser Zauberwort heißt Multifunktionalität im ländlichen Raum und soll ja auch durch die Agenda mit angeschoben werden. Ich will an dieser

Stelle nicht verschweigen, dass auch die Multifunktionalität kein Perpetuum mobile ist. Sie kostet Geld, viel Geld, unser Steuergeld. Um die ländlichen Räume auch für die Zukunft lebenswert zu machen, tritt die PDS vor allem für folgende Reformvorhaben ein – das ist jetzt eine ungeordnete Reihenfolge und es ist auch nicht vollständig:

1. die konsequente Ausrichtung der künftigen Agrarförderung an der Qualität, der Beschäftigung und dem Umweltschutz
2. die Umwandlung des derzeit produktgebundenen Prämiensystems an ein flächenbezogenes System – Sie sehen, das weicht nicht sehr ab. –
3. ein ausgewogenes Verhältnis von Tier- und Pflanzenproduktion, gegebenenfalls über Zwischenschritte wie die Einführung einer Futterbauprämie
4. Durch die obligatorische Modulation einbehaltene Mittel müssen in die Region zurückfließen zu den Landwirten für ländliche Entwicklungspolitik. – Da ist Frau Wiebensohn ja schon sehr ausführlich drauf eingegangen. –
5. die schrittweise Ablösung der derzeitigen Quotensysteme mit Übergangsregelungen und
6. die stärker standortspezifizierte Förderung von benachteiligten Gebieten – Hier sei einfach mal erinnert an die Bodenwertzahlen zum Beispiel als Stichwort.

Ganz besonders am Herzen liegt uns, dass alle Förder- und Ausgleichsmaßnahmen grundsätzlich struktureutral zu gestalten sind. Eine Benachteiligung von Unternehmen zum Beispiel durch Obergrenzen ist durch nichts gerechtfertigt. Dies würde die Entwicklung wettbewerbsfähiger Strukturen hemmen. Derartige Ansinnen sind ein Schlag gegen die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Das wissen wir inzwischen alle. Ökologisch orientierte, sozial verantwortliche und nachhaltige Landwirtschaft ist in allen Eigentumsformen und Betriebsgrößen möglich.

Wir als PDS wollen flächendeckende Landbewirtschaftung nach dem europäischen Landwirtschaftsmodell. Wir wollen eine hohe Transparenz der Nahrungsgüterproduktion im Interesse der Verbraucher. Damit verbunden ist für uns als PDS eine weitgehend regionale Orientierung der Agrarpolitik. Wir befürworten die Förderung der Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte einschließlich der Direktvermarktung zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, trotz aller Probleme, die es bei der Direktvermarktung gibt. Aber das ist dann ein anderes tagefüllendes Thema. Das heißt jetzt aber nicht, dass die ländlichen Regionen auf Selbstversorgung umsteigen sollten. Keine Bange!

Weiterhin wird sich die PDS dafür einsetzen, dass Steuergerechtigkeit herrscht. Dazu zählen wir eine Verstärkung der ökologischen Wirkung, eine weitere EU-Harmonisierung der Steuergesetzgebung. Außerdem setzen wir uns ein für gerechte Rahmenbedingungen, zum Beispiel bei der Vereinheitlichung von Vorschriften bei der Düngung, dem Pflanzenschutz und der Investitionen.

Als Letztes will ich dann noch sagen, da meine rote Lampe leuchtet, das habe ich auch mal geschafft,

(Heiterkeit bei Dr. Martina Bunge, PDS)

unsere landwirtschaftlichen Betriebe benötigen Planungssicherheit, Planungssicherheit bis 2006 und darüber hinaus. Und hiermit werbe ich jetzt namens der PDS

um Zustimmung zum vorliegenden Antrag, einschließlich der CDU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Martin Brick, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Wien.

Jetzt hat um das Wort gebeten der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Herr Dr. Backhaus. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Till Backhaus: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich habe mich nun doch entschlossen, eine andere Rede zu nehmen, Herr Kollege.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD – Beifall Andreas Petters, CDU –
Volker Schlotmann, SPD: Ja. –
Martin Brick, CDU: Aber sie war genial.)

Ich war eigentlich auf dem Trip, Ihnen noch mal die Grundzüge der Agenda vorzustellen. Aber ich glaube, nachdem Sie das hier auch mit Ihren voluminösen Bezeichnungen dargestellt haben, Herr Brick, dass ich auf unsere Broschüre verweisen darf. Ich glaube, das darf man auch mal sagen, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben damit eine gute Grundlage geschaffen, um uns ins Gespräch in Brüssel zu bringen.

(Martin Brick, CDU: D'accord, d'accord!)

Meine dringende Bitte ist auch, lassen Sie uns hier wirklich – und das meine ich auch so – parteiübergreifend mit unseren Europaabgeordneten jetzt dafür sorgen, dass wir das eine oder andere an den Stellschrauben wirklich gedreht bekommen. Ich weiß ja auch, dass in Kürze Herr Fischler mit den CDU/CSU-Agrarpolitikern zusammenkommen wird, um über die Halbzeitbewertung zu reden. Meine dringende Bitte ist, lassen Sie uns hier nicht im Stich beziehungsweise versuchen Sie auch unsere Position dort mit einzubringen!

Wenn ich die Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit der letzten Wochen Revue passieren lasse, so steht außenpolitisch – und das war ja auch hier heute das bestimmende Thema – der drohende Golfkrieg im Vordergrund. Innenpolitisch stehen die schwere finanzielle Situation der Staatskassen, die hohe Arbeitslosigkeit, die uns hier in unserem Bundesland auch sehr betroffen macht, und letztem Endes natürlich auch der große Reformbedarf, vor dem wir stehen, im Mittelpunkt der Debatten im Bundestag oder in den Landtagen. Das zieht sich wie ein roter Faden durch. Im Übrigen bewegt das die Menschen, das ist doch wohl selbstverständlich. Doch erwarten die Menschen auch in unserem Lande von der Politik, also auch von der Opposition als Teil der Politik, ganz klar Antworten und sie erwarten Entscheidungen.

Wegen der Wichtigkeit und Ernsthaftigkeit dieser Themen geraten aber andere, zum Teil außerordentlich wichtige Entscheidungsfelder leicht aus dem Blickfeld, leicht geraten diese leider aus dem Blickfeld. Das hat zur Folge, dass zum Teil weitreichende Konsequenzen daraus nicht richtig abgeschätzt werden können. Eine solche Frage ist im Übrigen natürlich auch die Agrarwirtschaft und darüber hinaus die Halbzeitbewertung der Agenda 2000, die ja nicht nur ausschließlich den Agrarteil bewerten wird, sondern wo auch darüber hinausgehende schwerwiegende Entscheidungen getroffen werden. Ich freue mich insofern

und bin dafür auch dankbar, dass wir die Problematik hier heute bereden können.

Die hohe Relevanz ergibt sich allein auch aus der Bedeutung und, ich betone, auch der Stabilität der Agrarpolitik innerhalb der Gesamtfinanzierung des wachsenden europäischen Hauses. Die 15 beziehungsweise die 10 weiteren Mitgliedsstaaten werden kommen. Ich glaube, das ist ja mehrfach auch Gegenstand von Debatten gewesen.

Die Zahlen kennen Sie, aber ich will sie an dieser Stelle doch noch mal nennen, damit man das vielleicht noch mal verinnerlicht: Der EU-Haushalt hat insgesamt zurzeit eben 93,7 Milliarden Euro. Die Agrarmaßnahmen betreffen dort 40 beziehungsweise mittlerweile 50 Prozent, nämlich exakt 44,2 Milliarden Euro allein im Bereich der Garantie und weitere 3,6 Milliarden für Strukturmaßnahmen in der Landwirtschaft und der Fischerei. Das Thema haben wir ja heute Morgen bereits gehabt und das betrifft uns in Mecklenburg-Vorpommern auch ganz besonders.

Spätestens jetzt wird auch den eingefleischtesten Leuten hier bewusst, woher zunehmend natürlich Begehrlichkeiten auf der europäischen Ebene herrühren. Da ist Geld, sogar sehr viel Geld, und dort Umschichtungen vorzunehmen zu Lasten anderer Politikbereiche wird daraus natürlich auch deutlich. Und dass gegenüber der Landwirtschaft und der ländlichen Räume die Sympathien nicht immer am stärksten sind, auch in Europa, das ist, glaube ich, auch hier in dieser Runde bekannt. Es wird also immer schwerer zu vermitteln, warum diese so wichtigen Finanzmittel nach wie vor in vergleichbaren Größenordnungen in den Agrarbereich und damit auch in die ländlichen Räume hineinfließen müssen, zumal sich auch die Rahmenbedingungen darum herum grundlegend weiter verändern werden.

Wenn ich als der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei mein Augenmerk vorrangig auf die agrarpolitischen Zusammenhänge richte, so ist deshalb natürlich mein Blick auch auf die Gesamtzusammenhänge nicht getrübt. Das will ich hier ausdrücklich betonen. Wer gewährt zum Beispiel einem kleinen Handwerksbetrieb vergleichbare Ausgleichszahlungen? Die Frage sei auch mal gestattet. Oder eine Grundsicherung vielleicht, eine Art Grundsicherung für die Ausübung eines Gewerbes? Welcher Bereich hat das heute eigentlich? Oder wer stimuliert gar heute noch eine bestimmte Produktion durch eine Art von Zielpremie oder Qualitätsprämie? Oder wenn ich die Situation im sozialen Bereich mir anschau, dann wird es auch hier zukünftig Einschnitte geben müssen. Wie können wir dafür auch Verständnis bei unseren Menschen erwarten beziehungsweise auch bei den Landwirten vielleicht? Und wenn wir in allen Bereichen der Gesellschaft Einsparungen vornehmen müssen, strukturelle Veränderungen oder auch neue, zukunftsfähige Gesellschaftskonzepte erarbeiten müssen, wer ist eigentlich dabei, auch diese Dinge weiter voranzubringen, zu diskutieren und dann sie auch tatsächlich anzupacken? Das sind doch Fragen, mit denen wir uns hier ernsthaft weiter auseinander setzen müssen. Das betrifft die Landwirtschaft genauso wie alle anderen Politikbereiche, die wir nun mal zu bearbeiten haben.

Ich möchte hier nur ein Beispiel nennen, das meines Erachtens im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Problem ausufernder Lohnnebenkosten steht. Wir haben nach wie vor eben leider in Deutschland 750 Krankenkas-

sen – 750 Krankenkassen! –, davon mehr als 300, die im öffentlichen Bereich tätig sind. Was das an Overheadkosten mit allem, was dazugehört, ausmacht, will ich hier nicht näher erläutern, ist auch nicht mein Bereich. Aber da sind wir bei Transparenz und letzten Endes auch Anerkennung solcher Leistungen.

Zurück zur Agrarpolitik. Gerade der Agrarbereich ist ein Paradebeispiel dafür, dass sich die Gestaltung der Grundpfeiler heutiger Gesellschaftspolitik in Europa immer stärker nach Brüssel hin verlagert. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen, daran wird sich auch nichts ändern. Da müssen wir unsere parlamentarischen und administrativen Energien gemeinsam bündeln – das will ich ausdrücklich unterstreichen, gemeinsam bündeln – und dort unsere Forderungen mit Deutlichkeit und Nachdruck stellen. Ich glaube, wir haben das mit unserem Papier auch deutlich gemacht. Ich habe erste Signale, dass dieses Papier zumindest angekommen ist und erste Aussagen dazu getroffen werden. Ich meine auch, dass wir viel stärker noch den Einfluss auf Europa verstärken müssen und dort die besten Leute, die wir aus dem Lande haben, auch hin müssen, nicht nur von den Mitarbeitern, sondern auch in die Parlamente.

Warum dieses Gebäude der europäischen Agrarpolitik heute so aussieht, wie es nun mal aussieht, will ich hier nicht weiter aufzählen. Daher haben sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in nur wenigen Jahren auch drastisch geändert. Das ist uns allen bewusst und auch bekannt. Über alle Parteigrenzen hinweg ist seit Jahren klar, dass die bisherige europäische Agrarpolitik nicht mehr zukunftsfähig und nicht mehr länger finanzierbar ist. Deshalb halte ich den demonstrativen Lobbyismus von der CDU/CSU im Deutschen Bundestag beziehungsweise im Bundesrat oder auch der FDP-Fachkollegen für einigermmaßen scheinheilig. Da bin ich natürlich sehr angenehm berührt von dem, was mein Kollege Brick hier gesagt hat. Ich nehme auch zur Kenntnis – das ist gestern Abend ja auch in einer Diskussionsrunde noch mal deutlich geworden –, ich habe den Eindruck, dass unser Papier zu 95 Prozent innerhalb der deutschen Landwirtschaft anerkannt wird. Ich hoffe, dass wir mit der Agrarministerkonferenz, die in der nächsten Woche in Schwerin stattfinden wird, hier ein gemeinsames, ein gemeinsames Papier verabschieden können, das letzten Endes auch den Konsens über die Ländergrenzen und Parteigrenzen hinweg dokumentieren wird.

Auf das Vorschlagspaket der Kommission will ich heute hier nicht näher eingehen. Aber klar ist, ja, wir brauchen eine Veränderung der Agrarpolitik, ja, wir sollten die Entkopplung der Ausgleichszahlungen von der Produktion vornehmen – das sage ich ganz klar –, und es ist auch grundsätzlich richtig und selbstverständlich, dass wir die Gewährung von Ausgleichszahlungen und Subventionen in der Landwirtschaft an Kriterien der guten fachlichen Praxis binden wollen und wir wollen damit Menschen in der Fläche beschäftigen. Deshalb eben auch die Vorschläge, die wir unterbreitet haben.

Ich will das hier nur noch mal ansprechen, die Position. Ich sehe in einem Modell der regionalen Einheitsprämie, das scheint ja absoluter Konsens zu sein, eine vernünftige Grundlage für die Entkopplung, die betriebsindividuelle Prämie oder die Hof- beziehungsweise Betriebsprämie vorzusehen. Das ist Konsens, denn dieses würde unnötig, wenn wir zu einer Betriebsprämie kommen, historische Ansprüche zementieren. Das haben wir hinter uns, was

die Milchquotenproblematik anbetrifft. Dies würde den Strukturwandel in keiner Weise beflügeln. Ich fordere im Rahmen der zukünftigen Modulation auf EU-Ebene eine einheitliche lineare Kürzung. Auch dieses scheint sich konsensual zu entwickeln. Und wir brauchen sicherlich bei der Reform der Zucker- und Milchmarktordnung klare Ausrichtungen.

Der abrupte Wegfall der Roggeninterventionen kann nicht so stattfinden. Ich meine, dass hier der nachwachsende Rohstoff auf diesen Flächen weiter genutzt wird, um überhaupt eine flächendeckende Landwirtschaft ermöglichen zu können. Die zusätzliche Senkung des Interventionspreises und weitere Aufstockung der Milchreferenzmengen lehnen wir ab, ganz klar. Statt 34 neuer Verwaltungsvorschriften beziehungsweise sogar 38 oder auch der so genannten Crosscompliance fordere ich, dass eine Kopplung der Prämienzahlung an die Beschäftigung und an die Fläche zumindest als nationale Option ermöglicht wird. Auch hier scheint Bewegung hinzukommen.

Die Debatte – das ist ja angesprochen worden – im Deutschen Bundestag hat mir im Übrigen gezeigt, dass wir in Deutschland über Länder- und Parteigrenzen hinweg tatsächlich eigentlich gar nicht mehr so weit auseinander liegen. Ich glaube, das wird hier auch noch mal zusammengefasst werden. Schade ist, dass nun einige Kollegen der Länder diesen Konsens verhindern und glauben, einen Alleinvertretungsanspruch für sich gepachtet zu haben.

Ich will abschließend noch einmal etwas zur WTO und Entkopplung sagen. Die Diskussion um die Halbzeitbewertung steht im direkten Zusammenhang mit den WTO-Verhandlungen. Zum Teil kommt das leider viel zu wenig zum Ausdruck. Ich will noch einmal ganz klar feststellen, dass es einen tatsächlichen freien Markt, einen tatsächlichen Markt über die Mehrzahl der Agrarprodukte weder in Europa noch sonst in einer Wirtschaftszone der Welt und schon gar nicht auf dem so genannten Weltmarkt gibt. Den gibt es leider nicht, gerade für die Agrarprodukte nicht. Überall auf der Welt wird traditionell mit Subventionen, mit Ausfuhrerstattungen, mit Importbeschränkungen oder anderen Instrumenten operiert, um die jeweilige einheimische Agrarwirtschaft – das ist natürlich auch Wahlkampfkiel – zu unterstützen und sie zu erhalten. Das ist ja hier auch sehr schön deutlich geworden. Die Leidtragenden dieser Politik sind vor allem die Entwicklungsländer. Das muss man einfach hier zur Kenntnis nehmen. Auch dieses hat heute Morgen schon mal in einer sehr interessanten Diskussion zu solchen Auswirkungen geführt.

Im Rahmen der WTO-Verhandlungen hat man sich nun darauf verständigt, dass die Missverhältnisse nach und nach korrigiert werden sollen. Das ist auch notwendig, um ein Grundmaß an Gleichberechtigung zwischen den Staaten der Welt zu sichern. Im Übrigen bietet die Öffnung beziehungsweise natürlich die Flexibilisierung der Märkte auch den Industriestaaten neue Chancen, vorausgesetzt, man ist darauf wirklich hinreichend eingestellt und man packt diese Gelegenheit auch beim Schopfe. Denn wie sollen sonst die Entwicklungsstaaten überhaupt in ihrer Entwicklung vorankommen, wenn sie nicht mit Agrarprodukten auf unsere Märkte kommen? Jetzt liegen neue Vorschläge vom Vorsitzenden des Sonderausschusses Landwirtschaft der WTO vor, die wir ebenso wie Kommissar Fischler als eine Zumutung betrachten, sogar als einen

Affront. Ich glaube, mit dem Thema müssen wir uns weiter auseinander setzen und insbesondere gegen den ernsthaften europäischen Liberalisierungsgedanken müssen wir hier ganz stramm Initiativen entfalten. Das zeigt aber auch, EU-Agrarreform und Welthandelsabkommen müssen deshalb Hand in Hand für unser Land entwickelt werden, damit beides wirklich zueinander kompatibel wird.

Und ich will auch noch mal ansprechen, wir brauchen mehr Transparenz innerhalb des Agrarsystems. Insbesondere den deutschen Verbraucherinnen und Verbrauchern ist dieses viel zu wenig bewusst, dass ihnen heute eigentlich ein Großteil des Geldes, aus dem sie auch unsere Landwirte über Ausgleichszahlungen mitfinanzieren, über billige – ich betone das, über billige –, leider viel zu oft, viel zu billige Lebensmittel quasi zurückerstattet wird.

Ich glaube, das ist auch noch mal ganz interessant. Wenn die deutsche Landwirtschaft heute jährlich Ausgleichszahlungen in Höhe von 6 Milliarden Euro und in einer Höhe von weiteren 5 Milliarden Euro Ausgleichszahlungen an andere EU-Staaten mitfinanziert, so entspricht das ungefähr einem Nasensatz von 130 Euro pro Steuerzahler. Das heißt auch, jede natürliche Person in Deutschland investiert derzeit circa 2,50 Euro pro Woche zur Stützung dieses Systems.

Wie viele Euro spart aber ein durchschnittlicher Haushalt bei seinem allwöchentlichen Einkauf und auf der Schnäppchenjagd gerade im Bereich der Lebensmittel? Ich glaube, dieses Thema wird viel zu wenig erkannt. Eine Schnäppchenjagd natürlich auf dem Rücken der Erzeugerrinnen und Erzeuger und mittlerweile mehr, mehr auch auf dem Rücken der Biobauern und der konventionellen Landwirtschaft. Die Leidtragenden am Ende sind die Landwirte, denn sie reichen letzten Endes aufgrund ihres Preisdumpings diese Dinge selbstmörderisch im Preiskampf auf die Landwirte weiter runter. Die Leidtragenden sind also die Landwirte, aber gegenwärtig natürlich auch als Betroffene in einem System, das derart auf Stabilität und Sicherheit orientiert, wie es in der Agrarpolitik nun mal der Fall ist.

Und, damit komme ich zum Abschluss, hier ist nur sehr wenig Platz für freie Entfaltung von neuen Ideen und die Erschließung auch von kreativen Gedanken und Ressourcen für eine unternehmerische Freiheit schlechthin. Dieses wollen wir stärker unterstützen als bisher. Ich habe den Ruf der berufsständischen Interessenvertretung im Auge, endlich mehr Markt, endlich mehr Initiative auch den Landwirten zu überlassen. Ich würde mir wünschen, wenn diese Halbzeitbewertung und die Reform tatsächlich mehr auf Markt orientiert, mehr auf Qualität, mehr Tierschutz in sich trägt und letzten Endes unbedingt zu einer Vereinfachung der Verwaltung führen sollte. Damit, hoffe ich, haben wir dann einen Beitrag geleistet, der es in der Zukunft auch ermöglicht, diesen Wirtschaftsbereich weiter auszubauen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Monegel für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Hannelore Monegel, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu meinem Beitrag komme, noch einige Worte zu Herrn Brick.

(Martin Brick, CDU: Wir haben doch Zeit.)

Herr Brick, mir geht es um den Sachverhalt dieses Antrages. Es geht um die Entwicklung ländlicher Räume.

(Martin Brick, CDU: Ja, was denken Sie denn, worum es mir geht?!)

Sie hatten hier ausgeführt, es ginge Ihnen nicht um den Inhalt.

(Martin Brick, CDU: Das habe ich nicht gesagt. Das ist unbestritten, habe ich gesagt.)

Ich denke mal, die Legislative ist dazu da, sicherlich die Regierung zu kontrollieren. Das machen wir. Aber ich denke, es ist auch ihre Aufgabe, Schwerpunkte zu setzen und Schwerpunkte der Regierung zu unterstützen. Dass unser Minister sehr rührig ist und das in geeigneter Weise uns im Agrarausschuss auch ständig vermittelt hat, ist die eine Seite. Aber in diesem Hohen Haus darüber zu sprechen und es allen zugänglich zu machen, das ist die andere Seite. Ich denke, dieses Thema ist zu wichtig, als dass wir da in dieser Weise darüber debattieren sollten.

Noch eine Anmerkung, Herr Kollege Brick, diesen Anspruch von der Schlichtheit, ich verfolge das ja nun schon einige Jahre, doch gezielter einzusetzen, wäre mein Ratsschlag.

(Martin Brick, CDU: Wissen Sie, das ist der Ersatz für einen unparlamentarischen Begriff, falls Sie das noch nicht gemerkt haben. – Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Meine Kollegin Frau Wiebenson hat in ihrer Einbringungsrede auf die unmittelbar die Landwirte berührenden Aspekte der Halbzeitbewertung schon hingewiesen. Mein Anliegen ist es, hierbei noch einmal auf die zweite Säule der gemeinsamen Agrarpolitik, die Entwicklung des ländlichen Raumes, einzugehen. Eine Entwicklung des ländlichen Raumes ohne die Landwirtschaft, ohne zukunfts-fähige Agrarstrukturen, und darin ist sich meine Fraktion mit dem landwirtschaftlichen Berufsstand auch einig, ist schlichtweg unmöglich. Eine Schwächung der Landwirtschaft zieht damit zwangsläufig eine Schwächung des ländlichen Raumes nach sich. Und das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, denn wir haben zum großen Teil auch unsere Wahlkreise, in denen das sehr deutlich dann zum Ausdruck kommen wird.

Berechnungen der Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei haben ergeben, dass die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns durch die Modulation insgesamt 130 Millionen Euro an Einkommen verlieren würde. Auf der anderen Seite würden lediglich zehn Prozent dieser Summe über die Entwicklung des ländlichen Raumes in unser Bundesland zurückfließen. Es ist also paradox: Mittel, die zur Stärkung des ländlichen Raumes vorgesehen sind, führen zu einer Schwächung und nicht mal zu einer Kompensierung der Einkommenseinbußen. Und ich denke, dies gilt es zu verhindern. Ich möchte daher unter II. Punkt 3 diese erhobene Forderung bekräftigen, dass die Modulationsmittel einschließlich der Komplementierung in den Regionen verbleiben sollen, in denen sie auch eingezogen wurden.

Nun zum Stichwort Komplementierung. Die Haushaltszwänge, vor denen unser Land gegenwärtig steht und die auch sicherlich in Zukunft eine große Rolle spielen werden, machen es nicht gerade leichter, die zur Verfügung stehenden Mittel des Bundes und der EU mit der erforderlichen

derlichen Kofinanzierung zu versehen. Wir haben es heute in mehreren Debatten gehört, dass wir da große Anstrengungen unternehmen, dieses Problem auch so zu gestalten.

Es darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass die so genannten Ausgleichszahlungen der EU – und dabei vermeide ich den Begriff „Prämie“ ganz bewusst, weil dies eigentlich suggeriert, dass mit einer Prämie eine besondere Leistung honoriert wird – von Beginn an dazu gedacht waren, einen Ausgleich für Preissenkungen hier vorzunehmen. Und es ist vermessen davon auszugehen, dass es im Zuge der Modulation zu einer Erhöhung der Erzeugerpreise und damit zu einer Erhöhung der Einkommen der Landwirte kommen würde. Die Modulation hat nur dann etwas mit dem Einkommen der Landwirte zu tun, wenn sie ihnen neue Einkommenschancen auch eröffnet. Bei dem von Frau Künast vorgesehenen bunten Strauß der Maßnahmen, zum Beispiel Fruchtdiversifizierung, Zwischenfruchtanbau, Mulch- und Direktsaaten, umweltfreundliche Ausbringung von Wirtschaftsdüngern und Blühstreifen, kann ich diesen Ansatz nur mit sehr viel Phantasie erkennen. Ebenso würden die in der Diskussion befindlichen EU-Regelungen zur Flächenstilllegung eher Einkommenschancen behindern, als diese zu fördern. Ich denke da an den Rapsölmethylester, in dessen Produktion wir einige Investitionen jetzt auch hineinstecken.

Bevor nicht feststeht, wie die von der EU vorgesehenen modulationsfähigen Maßnahmen ausgestaltet sein werden, sollten nationale Alleingänge unterbleiben oder es muss sichergestellt werden, wie in unserem Antrag unter II. Punkt 4 gefordert, dass Übergangsregelungen hinsichtlich der Förderkriterien und des Fördervolumens geschaffen werden. Bis dahin – und darin unterstützt meine Fraktion die vom Landwirtschaftsminister während seiner 5. Sitzung von Herrn Brick schon zitierten in der Landwirtschaft vertretenen Position – sollte das Modulationsgesetz national auch ausgesetzt werden.

Ein weiterer Grund für diese Aussetzung ist der mit der nationalen Modulation entstehende Kontrollaufwand und das nicht einzuschätzende Anlastungsrisiko, das wir ja damit eingehen. Wenn ich auf das Wort „Anlastungsrisiko“ zu sprechen komme, dann habe ich immer noch im Hinterkopf, dass wir da schon eine leidvolle Erfahrung haben, es eigentlich nur noch schaffen konnten mit Hilfe des Sondervermögens, das wir noch hatten. Das haben wir aber nicht mehr, so dass es eigentlich schier unmöglich ist, solche Risiken jetzt noch einzugehen. Das bedeutet aber auch, dass bestimmte Projekte, die so ein Risiko in sich bergen, sicherlich dann auch nicht genehmigt werden.

Ich meine, mit meinen Ausführungen kurz angerissen zu haben, wie wichtig diese Diskussion ist, wie wichtig es auch ist, dass wir unsere Positionen im Bund und auf EU-Ebene durchsetzen. In nächster Zeit ist es sicherlich wichtig, wie die Agrarministerkonferenz, die ja hier in Schwerin tagen wird, sich entscheidet und positioniert. Ich hoffe, dass unser Landwirtschaftsminister sich da durchsetzt. Unser Antrag dient auch dazu, ihm in dieser Richtung den Rücken zu stärken, um Ergebnisse zu erreichen, die für unser Land und für unseren ländlichen Raum ganz wichtig sind. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/258. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/258 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Standort- und Investorenwerbung in Mecklenburg-Vorpommern, auf der Drucksache 4/265.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Standort- und Investorenwerbung
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/265 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Petters für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Andreas Petters, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Antrag zu ... Entschuldigung, ich habe meine Unterlagen nicht dabei.

(Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS –
Gabriele Schulz, PDS: Wie kommt den so was?!)

Ich hatte den Antrag nicht dabei.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Die Rede vor allen Dingen.)

So, jetzt habe ich auch den Antrag vorliegen.

Sie können uns glauben, als Opposition haben wir die Aufgabe, das wirft man uns ja immer vor, dass wir die Alternativen zur Regierungspolitik darlegen müssen und die Regierung kontrollieren sollen. Man hat uns ja immer vorgeworfen, dass wir keine Alternativkonzepte vorlegen können. Sie können uns wirklich abnehmen, dass wir bei diesem Antrag längere Zeit zusammengesessen und häufiger getagt haben und dass wir das ernst nehmen, auch wenn Sie das nachher wieder nicht in den Ausschuss überweisen und auch nicht diesem Antrag zustimmen werden.

(Ute Schildt, SPD: Sie kennen uns gut, ne?!)

Wir sagen ganz klar, wir haben uns mit diesem Antrag Mühe gemacht und wollen das als konstruktiven Vorschlag sehen.

Die Vereinigung der Unternehmensverbände unseres Landes hat im Rahmen der Landespressekonferenz am 14. Januar 2003 festgestellt, ich zitiere: „Sofern es uns nicht mit einer massiven Standortoffensive gelingt, neue Investoren ins Land zu holen, werden die Investitionen bis zu zehn Prozent zurückgehen. Eigenkapitalschwäche, fehlende Aufträge, nicht ausgelastete Produktionskapazitäten sowie die schlechte Stimmung der Unternehmen formen die Zurückhaltung bei der Investitionstätigkeit.“ Und weiter zitiere ich die VUV: „Das Bekenntnis des Wirtschaftsministers zum Unternehmertum ist gut, reicht aber alleine noch nicht aus und muss durch entsprechendes

wirtschaftsfreundliches Handeln aller Ressorts der Landesregierung untermauert werden.“ Zitatende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir greifen mit unserem Antrag zur Standort- und Investorenwerbung in Mecklenburg-Vorpommern das Anliegen der VUV auf. Dieses Anliegen deckt sich aber im Übrigen auch mit allen anderen Wirtschaftsinstitutionen des Landes. Ich denke, unser Antrag hat nichts damit zu tun, wie Herr Ministerpräsident dies regelmäßig der CDU vorwirft, mal wieder das Land schlechtzureden, sondern mit einer notwendigen Bestandsaufnahme nach zwölf Jahren Wirtschaftspolitik für Mecklenburg-Vorpommern.

Zur Bestandsaufnahme gehört nach unserer Auffassung, dass sich die Landesregierung zunächst erst einmal selbst darüber im Klaren wird, wo sie bei diesem Thema steht. Und da ich weiß, Herr Wirtschaftsminister, wie leistungsfähig die Angestellten und Beamten Ihres Hauses sind, werden Sie uns schnell einen Bericht zur Situation der Standort- und Investorenwerbung des Landes vorlegen können. Wir möchten Sie bitten, die politische Bearbeitung des Berichts im Wirtschaftsministerium, eventuell auch im Landeskabinett, so schnell wie möglich vorzunehmen.

Zu Ziffer 2 unseres Antrages, der sich mit dem Leitbild befasst, möchte ich jetzt kommen. Wir bitten die Landesregierung, ein Leitbild für die Außendarstellung des Landes zu entwickeln, damit zukünftig alle Stellen des öffentlichen Dienstes in eine gemeinsame Richtung marschieren können. Wie wir bei den Beratungen zum Nachtragshaushalt positiv feststellen konnten, haben Sie, Herr Wirtschaftsminister, unter anderem für die Entwicklung eines Leitbildes Mittel eingestellt. Das begrüßen wir ausdrücklich. Wie Sie zu diesen zusätzlichen Mitteln gekommen sind, können wir natürlich nicht gutheißen. Dies ist aber ein anderes Thema. Sie werden also ein Leitbild entwickeln und wir werden, wenn dieser Antrag in die Ausschüsse überwiesen werden sollte, die Kompetenz der Parlamentarier bei diesem Thema einbringen. Dass die Einbindung des Parlaments notwendig ist, sollte allen einsichtig sein, denn auch wir hier im Hohen Hause können mithelfen, dass ein Leitbild für eine Standort- und Investorenwerbung in die Region getragen werden kann.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Ziffer 3 unseres Antrages betrifft die Überprüfung der wichtigsten Bereiche einer zukünftig unter diesem Leitbild praktizierten Standort- und Investorenwerbung. Ziel dieser Maßnahme ist es, eine effizienzsteigernde Bündelung der Ressourcen zu erreichen. Wichtig sind uns dabei folgende Bereiche: Standort- und Tourismusmarketing, Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft – auch Export genannt –, Messen und Absatzförderung, Promotion und Merchandising, Dreh- und Filmstandort Mecklenburg-Vorpommern, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und die Bündelung der Internetaktivitäten zur offensiven Vermarktung einer Landesdomain. Lassen Sie mich kurz diese Bereiche erläutern:

Standortmarketing kann vom Tourismusmarketing nach unserer Auffassung nicht getrennt werden. Der Tourismus bedeutet für unser Land eine der tragenden Säulen der Wirtschaft und das ist auch gut so. Es darf aber kein Tabuthema sein, die derzeitige Organisation und die personelle Ausstattung in den Marketingorganisationen im Tourismus kritisch zu hinterfragen. Das Geld für das Marketing in diesem und in den nächsten Jahren fehlt, das

haben wir im Tourismusausschuss gehört. Wenn wir in diesem Bereich nicht Prioritäten setzen, werden wir zukünftig nicht mehr Zuwächse feiern können. Hier geht es um eine Deckungslücke, wie ich heute Morgen schon gesagt habe, von 1,25 Millionen Euro. Die CDU-Fraktion diskutiert gerade Vorschläge, wie wir hier helfen können. Ich würde mich freuen, wenn sich die Regierungsfractionen ebenfalls mit diesem Thema befassen würden.

Aber zurück zur Organisation und Personalsituation im Tourismusmarketing. Die Landesregierung muss nach meiner Auffassung sich dazu verständigen, wie der Tourismus hier besser werden kann. Nach zwölf Jahren sollte darüber nachgedacht werden, ob die institutionelle Förderung des Tourismusverbandes nicht weiter verbessert werden kann. Wir werden unsere Vorschläge dazu in den Ausschüssen vorstellen. Nach dem Motto „Stärken stärken – Schwächen schwächen“ müssen wir hier vorgehen.

Zum Bereich Wirtschaftsförderung. Herr Ministerpräsident, Sie haben auf dem 10. Unternehmertag letzte Woche in Rostock die Branchen bekannt gegeben, auf die sich die Landesregierung bei der Förderung konzentriert. Vom Grundsatz begrüßen wir das. Sollten wir aber jetzt nicht überprüfen, ob diese Bereiche wirklich förderfähig sind? Nehmen wir den Bereich Medizintechnologie. Dort hat sich schon viel getan nach meiner Auffassung, insbesondere im landwirtschaftlichen Bereich sind wir jetzt stark. Unabhängige Kritiker behaupten aber, dass in den landwirtschaftlichen Bereichen in der Medizintechnik mittel- und langfristig nur wenig Geld zu verdienen ist und somit nur wenige Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die Zukunft in der Medizintechnologie liege in der Entwicklung von Therapeutika. Hier gäbe es Wachstum. Die Frage ist: Ist das richtig? Also muss man auch diese Punkte hinterfragen.

Grundsatz in der Wirtschaftsförderung sollte sein, mit Steuergeldern sollte nur das angeschoben werden, was in das Konzept der Regierung passt, klar, beschäftigungsinintensiv ist und ohne staatliche Förderung nicht umgesetzt werden kann.

(Angelika Gramkow, PDS: Also keine Rationalisierungsmaßnahme, ja?)

In diesem Zusammenhang muss auch über die Struktur und Ausrichtung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern gesprochen werden.

Der Bereich Außenwirtschaft – auch Export genannt –, der ist in Mecklenburg-Vorpommern leider nur ein kleiner Bereich, weil auch ein sehr schwieriger für ein neues Bundesland, muss unter dem Motto gesehen werden: „Schwächen schwächen“. Hier muss unseren Unternehmern Mut gemacht werden, trotzdem dieses sehr, sehr schwierige Feld zu beackern. Seitdem die Absatzförderungsgesellschaft des Landes von der Bildfläche verschwunden ist, denke ich, hat die Landesregierung dieses Thema ein wenig aus den Augen verloren. Zumindest als fleißiger Leser von Pressemitteilungen der Landesregierung stehen Themen der Absatzförderhilfen zurzeit nicht im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik des Landes, obwohl in allen Wirtschaftsblättern immer wieder zu lesen ist, die Exportschwäche Deutschlands, besonders der neuen Länder, müsste abgebaut werden.

Dass die Messeauftritte auf nationalem und internationalem Parkett, meine Damen und Herren, noch besser werden müssen, steht außer Frage. Von meiner Kritik

nehme ich ausdrücklich Herrn Minister Backhaus für die Grüne Woche, der leider jetzt nicht da ist, und Herrn Minister Ebnet für die ITB aus. Das waren ganz hervorragende Auftritte.

(Beifall Ute Schildt, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Ich konnte mich da auch persönlich mit den Kollegen hier aus dem Hause davon überzeugen.

Aber, Herr Minister Ebnet, warum läuft es bei den übrigen Messen nicht so gut? Ich denke an die CeBIT und sonstige Auftritte. Warum, Herr Minister, fordern Sie die Unternehmen in einer Pressemitteilung auf, aktiv an Messen teilzunehmen? Ist der Unternehmer dort schuld, zu träge etwa?

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich meine Nein. Doch die Rahmenbedingungen in unserem Land, da meine ich auch die Bürokratie, haben daran einen großen Anteil. Ein Unternehmer aus meinem Landkreis wollte gerne auf einer Messe in Russland teilnehmen. Er wollte einen Messestand vom Land fördern lassen. Er hat dies nicht getan, weil er mit erheblichen Kosten in Vorleistung gehen musste, mehrfach Zeichnungen und Kalkulationen vorlegen musste und so den Spaß an der ganzen Geschichte verloren hat. Und, meine Damen und Herren, auch Spaß gehört dazu, wenn man Unternehmer sein will, und der wird eben durch die Bürokratie den Unternehmern hier wirklich genommen. Es ist nicht umsonst in einer Broschüre der Deutschen Ausgleichsbank mal gesagt worden, die wichtigste Investitionsbremse in Deutschland ist die Investitionsbremse Bürokratie.

Ich komme zum Punkt 3e) unseres Antrages: Promotion und Merchandising. Aus unserer Sicht gehört auch zur Standortwerbung die Endkundenbetreuung, das heißt, wir müssen dort, wo unsere Kunden sind, uns auch zeigen, da sein und unsere Standortvorteile dort präsentieren. Der Tourismus ist dabei eine sehr gute Brücke, auch für die übrige Wirtschaft. Das bedeutet, dass wir mit unseren tollen Landschaften die Kunden anlocken und dann auf ein Mehr hinweisen müssen, dass wir auch leistungsfähige Universitäten und leistungsfähige Unternehmen haben. Dazu gehören natürlich auch die kulturellen Reize unseres Landes. Denn wir haben immer noch ein Imageproblem aus meiner Sicht und das dürfen wir nicht außer Acht lassen. Wir sind in Deutschland noch viel zu unbekannt!

Beim Merchandising haben wir auch eine Menge nachzuholen. Denken Sie nur mal darüber nach, unser wunderschöner Parlamentssitz – das Schweriner Schloss kann kein Mensch, der davon begeistert ist, kein Urlauber mit nach Hause nehmen und sich vielleicht, wenn er das dann auf den Fernseher stellt, darauf freuen, wann kann ich endlich wieder in Schwerin und in Mecklenburg-Vorpommern sein.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Lassen
Sie sich die Idee doch patentieren!)

Außerdem würde das auch noch etwas bringen für die Einnahmen, meine Damen und Herren. Auch Merchandising kostet viel Geld am Anfang, kann aber auch zu Einnahmen führen. Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Wie können wir mehr tun, um unser schönes Land noch bekannter zu machen?

Zum Schluss komme ich zur Situation des Dreh- und Filmstandortes Mecklenburg-Vorpommern. Auch diesen Bereich müssen wir im Zusammenhang mit der Standort- und Investorenwerbung sehen. Wolfgang Clement, der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, hat das Thema Medien schnell zur Vision gemacht. Er hat diese Vision umgesetzt. NRW ist als Medienstandort in Deutschland positiv. Wenn ich mir überlege, die meisten Fernsehserien, die die Länder, wo sie produziert worden sind, auch überregional bekannt machen, schieben sich nun Bayern, Berlin und Nordrhein-Westfalen zu. Wo ist denn da unsere Vision, Herr Ministerpräsident?

Wir können noch in vielen anderen Bereichen besser sein als jetzt. Das haben Sie selbst in den letzten Veranstaltungen immer wieder unterschrieben. Ich denke einfach, unser Antrag soll ein Beitrag dazu sein, dass wir im Bereich der Investorensuche und des Standortmarketings noch besser werden. Ich bitte Sie, diesen Antrag der CDU-Fraktion zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Petters.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne damit die Aussprache.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Schildt für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Ute Schildt, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Petters, Sie haben es ja selbst ausgeführt, Sie haben sehr lange darüber beraten, sehr lange nachgedacht und etwas zu Papier gebracht. Vielleicht haben Sie etwas zu lange gebraucht, denn wir haben ja schon im Januar unseren Antrag „MV tut gut“ – Imagewerbung für das Land umfassend fortsetzen“ auf der Tagesordnung gehabt,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

sehr positiv und konstruktiv diskutiert und mit Zustimmung der Koalitionsfraktionen auf den Weg gebracht. Leider waren Sie da noch nicht so weit, Sie mussten sich enthalten, weil sicherlich dieser Antrag gerade vorbereitet wurde. Wären Sie ein bisschen weiter gewesen, dann hätten Sie das zu diesem Zeitpunkt mit ein paar Kniffen einarbeiten können, vielleicht mit einem Änderungsantrag. Das hätte uns allen zusammen gut getan, denn ich denke, eine gemeinsame Imagewerbung für unser Land, eine Standortoffensive, eine Kampagne nach einem klaren Konzept tut uns allen gut. Und wenn wir da Konsens haben, sind wir die Letzten, die nicht dazu bereit sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Zu dem besagten Antrag aber, den wir im Januar diskutiert haben, Herr Petters, war Ihre Rede noch sehr zweifelhaft, noch ein bisschen unausgewogen. Außer dass Sie gesagt haben, unser Imagekonzept in der Fraktion liegt vor, sind Sie ein bisschen was schuldig geblieben.

Der Minister Ebnet hat zu dem Zeitpunkt klar gesagt, was wir darunter verstehen, wie er diesen Auftrag des Parlaments annimmt, dass eine Arbeitsgruppe gebildet

wird mit Sachverständigen, mit Vereinen, mit Verbänden, mit Unternehmen, um dieses Konzept mit Leben zu erfüllen. Und da kommen alle diese Punkte, die Sie aufgelistet haben in dem Antrag, sicherlich zur Sprache. Wir als Parlamentarier, sehr geehrter Herr Petters, gerade im Wirtschaftsausschuss, haben die Chance, uns darüber informieren zu lassen, was der Arbeitsstand in der Gruppe ist, wie es aussehen kann und wie wir es beeinflussen können. Lassen Sie die Arbeitsgruppe arbeiten! Lassen Sie uns uns einbringen an der richtigen Stelle! Aber lassen Sie uns nicht Arbeit doppelt machen und nicht zwei Monate verspätet mit einem ähnlich gelagerten Antrag kommen! Wir sind schon ein ganzes Ende weiter auf diesem Weg.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und wenn Sie meinen, offenbar verfolgen Sie ja eine ähnliche Zielstellung, dann lassen Sie uns das konstruktiv im Ausschuss einbringen und dann können wir weiterberaten. In diesem Sinne muss ich Ihnen sagen, dass wir diesen Antrag zum heutigen Zeitpunkt ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Renate Holznagel, CDU: Wir sind es gewöhnt.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Als Nächste hat das Wort für die Fraktion der PDS die Abgeordnete Frau Dr. Bunge. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Martina Bunge, PDS: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Werbung für Mecklenburg-Vorpommern als Industriestandort und Tourismusparadies muss für uns höchste Priorität haben, ja. Aber was der Antrag der CDU soll, bleibt mir selbst bei Ihren Worten hier, Herr Petters, ein Rätsel.

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Sie fordern heute einen Bericht zur Situation, ein Leitbild für die Außendarstellung, eine Evaluierung und das Konzept bis zum 30.06. – heute haben wir den 13.03.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:
Ist das zu schnell?! Ist das zu schnell?!)

Vor sechs Wochen hat sich der Landtag mehrheitlich zur Imagekampagne „MV tut gut“ bekannt und damit der Landesregierung den Rücken gestärkt. Zur Umsetzung von „MV tut gut“ als Dachmarke sollen alle Verbände und alle Ressorts der Landesregierung gewonnen und andere Marken eingeordnet werden. Dazu gehört für mich die Standortoffensive. Diese Einordnung formt ein Leitbild im demokratischen Prozess aus. Ich bin schon sehr verwundert, unter einer Dachmarke kann man etwas ordnen, aber unter ein Leitbild alles ordnen zu wollen – ich meine, hier braucht es eines doch sehr tiefgründigen Prozesses. Bis Ende 2003, so ist es verabredet, wird die Landesregierung uns hierzu einen Bericht vorlegen. Im Haushalt sind die Mittel für die Außendarstellung gebündelt, für die Standortoffensive gesteigert, also es ist alles auf den Weg gebracht. Koalition und Opposition kommen mir bei dieser Sache ein wenig vor wie Hase und Igel, getreu dem Motto: „Ich bin all wedder da.“

Aber eines noch: Sicher braucht Werbung einen Gegenstand, ein Konzept und Geld, aber es braucht vor allen Dingen auch agierende Personen. Wir können sicher dankbar sein, dass sich so viele engagierte Menschen tagtäglich für unser Land, für die Werbung, für Tourismus

und Investoren einsetzen. Dazu gehören aber auch die Politikerinnen und Politiker bei sich jeder bietenden Gelegenheit und sicher haben wir hier auch Reserven. Aber dazu gehört keinesfalls, was wir heute Morgen im Parlament zum Thema EU-Strukturfonds abgeliefert haben, und vor allen Dingen Sie, meine Herren und Damen von der CDU. Solche Chaosdebatten sind eine schlechte Werbung vor allen Dingen gegenüber den Investoren.

(Beifall Beate Mahr, SPD, und Ute Schildt, SPD)

Wir sollten unsere Verantwortung hier wahrnehmen, auch in diesem Hause, zu jeder Stunde. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Dr. Bunge.

Als Nächster hat ums Wort gebeten der Wirtschaftsminister des Landes Herr Dr. Ebnet. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat Recht, wenn sie in ihrem Antrag feststellt, dass Mecklenburg-Vorpommern noch zu wenig bekannt ist. In der Tat ist es so, dass für viele Menschen, auch für viele Menschen in Deutschland, Mecklenburg-Vorpommern noch ein weißer Fleck auf der Landkarte ist. Die CDU hat auch Recht, wenn sie sagt, dass es notwendig ist, verstärkt um Investoren zu werben, damit bei uns mehr Arbeitsplätze entstehen können. Aber, Herr Petters, um auf Ihre Rede zurückzukommen, wir tun das auch und wir tun das schon seit einiger Zeit. Und wenn wir da noch stehen würden, wo Sie uns vermuten, wo Sie uns sehen, dann hätten wir in der Tat viel Zeit vertan, viel Zeit verschlafen und dann wäre auch Ihre Kritik berechtigt. Aber die Tatsachen, die dem zugrunde liegen, sind nicht so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir haben vor einiger Zeit eine Standortoffensive gestartet, um den Investitionsstandort Mecklenburg-Vorpommern voranzubringen. Wir brauchen mehr Unternehmen im Land und die müssen auch von außen kommen. Und deshalb wollen wir die Vorzüge des Landes besser vermarkten und aktiv Investoren ansprechen.

Mecklenburg-Vorpommern hat nicht nur Förderung zu bieten, sondern qualifizierte Arbeitskräfte, viele und gute Gewerbeflächen zu niedrigen Preisen und eine schnelle Realisierung von Investitionsvorhaben. Das müssen wir besser vermarkten und das tun wir, ob im Internet oder auf Messen. Wir warten aber nicht, dass die Investoren zu uns kommen, sondern wir gehen auf sie zu. Das ist ein neuer Ansatz, anders als zu Ihrer Zeit, Herr Petters.

Wir haben Ansiedlungsmanager im Einsatz, die Firmen ansprechen. Diese haben inzwischen mehr als hundert Unternehmen angesprochen und daraus haben sich gegenwärtig so etwa zehn Kontakte ergeben, die zurzeit weiterbearbeitet werden. Nicht aus allen wird etwas, aber der eine oder andere wird dabei sein. Über Repräsentanten und Projektverträge mit Außenhandelskammern werden systematisch Firmen im Ausland angesprochen, um sie für ein Engagement in Mecklenburg-Vorpommern zu gewinnen. Und wir arbeiten mit großen Beratungsunternehmen zusammen, die ihr internationales Kontaktnetz und ihre genauen Marktkennntnisse nutzen, um Kontakte

für uns herzustellen. Diese Unternehmen haben in den Branchen Lifescience, regenerative Energien, Nahrungsmittel, maritime Industrie sowie Holz-, Papier- und Kunststoffindustrie bis heute ungefähr 30 Kontakte zu in- und ausländischen Firmen vermittelt, die zurzeit bearbeitet und vertieft werden. Allerdings muss uns allen klar sein, dass in der momentanen konjunkturellen Situation die Investitionsbereitschaft leider gering ist. Doch das wird sich wieder ändern und dann kommt es darauf an, dass sich Mecklenburg-Vorpommern als Investitionsstandort ins Spiel und vor allem in die Köpfe gebracht hat.

Meine Damen und Herren, wir gehen bei der Investorensuche nicht wahllos vor, sondern wir haben die Stärken und Schwächen des Landes analysiert. Wir haben untersucht, in welchen Branchen unsere Stärken liegen und wo wir Chancen haben, Investoren zu gewinnen. Wir haben Leitlinien entwickelt, die die Richtung vorgeben. Da geht es darum, unsere Standortvorteile zu nutzen und auszubauen, regionale Wachstumspole zu entwickeln und zu stärken, die Infrastruktur auszubauen oder Standortmarketing und Investorenwerbung zu intensivieren. Diese Leitlinien liegen gedruckt vor, sind jedermann zugänglich. – Ich hoffe, Herr Petters, Sie haben schon einmal hineingesehen und darin gelesen. – Und wir arbeiten an einem einheitlichen Erscheinungsbild, denn eine erfolgreiche Standortoffensive braucht ein solches einheitliches Erscheinungsbild.

Mit „MV tut gut“ soll für unser Land geworben werden und „MV tut gut“ ist inzwischen allgemein anerkannt und akzeptiert. Damit werden wir die Vorzüge, die Potentiale und die Leistungsfähigkeit des Landes noch besser nach außen präsentieren können. Mit „MV tut gut“ liegt erstmals ein griffiges Motiv vor, das in allen Bereichen eingesetzt werden kann und allgemein verstanden wird, geradezu ideal für eine Standortoffensive. Inzwischen hat sich ein Beirat konstituiert, in dem kompetente Vertreter aus Unternehmen und Verbänden mitwirken und „MV tut gut“ umsetzen, konzeptionell umsetzen und umsetzen in eine Strategie für das Land.

Meine Damen und Herren, der Beirat „MV tut gut“ ist nach meiner Auffassung auch der Ort, wo die Entwicklung eines Leitbildes für Mecklenburg-Vorpommern jetzt diskutiert werden sollte. Denn ein Leitbild für das Land, für ein modernes und zukunftsoffenes Mecklenburg-Vorpommern, das muss ein Prozess sein, an dem sich möglichst viele im Land beteiligen. Wir brauchen nicht ein Leitbild auf dem Papier, das irgendjemand hinschreibt. Wir brauchen ein gelebtes Leitbild für Mecklenburg-Vorpommern und ein in Mecklenburg-Vorpommern gelebtes Leitbild, bei dem alle mitmachen und in das sich alle einbringen.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD, Ute Schildt, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Ein solches Leitbild wirkt nicht nur nach außen, in ihm müssen sich vor allem auch die Menschen im Land wiederfinden. Ich gebe die Hoffnung nicht auf und ich bin immer noch zuversichtlich, dass sich hier in diesem Prozess auch die CDU konstruktiv einbringt.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Und ich hoffe immer noch, dass Sie sich mit „MV tut gut“ abfinden, vielleicht anfreunden können. Wenn Sie hier mitziehen könnten, wäre das auch ein wesentlicher Beitrag zur Landespolitik. Und ich hoffe, Herr Rehberg,

dass sich so etwas nicht wieder ereignen wird, wie man es mal in der „Welt“ lesen konnte, dass der CDU-Fraktions- und -Parteivorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern auf einer Veranstaltung in Hamburg beim Wirtschaftsrat der CDU davon abrät, in Mecklenburg-Vorpommern zu investieren. Ich hoffe, das war ein Ausrutscher, das kommt nicht wieder vor.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wenn sich hier die CDU positiv fürs Land positioniert, wäre das auch nützlich für Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, Standort- und Investorenwerbung verlangen einen langen Atem. Hektisches Herumrudern bringt nichts und es bringt uns vor allem nicht ans Ziel. Wir werden noch einige Zeit daran arbeiten müssen, dass Mecklenburg-Vorpommern bekannter wird. Das ist eine mittel-, möglicherweise langfristige Aufgabe, für die wir viel Kraft, aber auch Geduld brauchen. Doch ich bin sicher, dass sich das lohnen wird, denn der Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern hat Potential. Ich bin überzeugt, in Zukunft werden wir mehr und mehr Investoren und Menschen außerhalb des Landes vermitteln können. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte gerade zu meinen Kollegen gesagt, nachdem hier so viel Übereinstimmendes gesagt worden ist, wenn auch aus taktischen Gründen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

formal zum Antrag Unterschiedliches wollte ich eigentlich nicht reden. Aber leider hat der Wirtschaftsminister nun die Gelegenheit wahrgenommen, doch nicht mehr grob leichtfertig, sondern ich muss in diesem Fall sagen, offensichtlich wider besseres Wissen eine Behauptung aufzustellen, von der er weiß, dass sie nicht zutrifft, denn das ist hier schon einmal diskutiert worden. Auch da hatten Sie behauptet, dass der Fraktionsvorsitzende bei der besagten Veranstaltung eine entsprechende Empfehlung abgegeben hätte. Sie wissen, dass das nicht stimmt. Er hat hier in aller Deutlichkeit gesagt, was dazu zu sagen ist. Herr Minister, dies ist auch kein Beitrag dafür, für das Land zu werben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Ute Schildt, SPD)

wenn man solche Dinge hier immer wieder behauptet und weiß, dass es sich anders verhält.

Und, Herr Ministerpräsident, dieser Antrag, wenn Sie ihn ganz nüchtern lesen, tut das, was Sie ja immer einfordern. Er fordert nämlich alle dazu auf, die Vorzüge des Landes optimal zu vermarkten und die Vorzüge des Landes wirklich so herauszustellen, dass auch jeder, der nur irgendwie einmal mit entsprechenden Werbemitteln in Berührung kommt, sagt: Das ist genau der Standort, um den ich mich kümmern muss.

Für mich ist es wirklich schwer nachvollziehbar, warum hier in diesem Parlament, zumindest heute, eine solche Scheu vorherrscht, sich von der Landesregierung konkret berichten zu lassen, was nun eigentlich getan werden soll, insbesondere wenn es darum geht, für dieses Land zu werben. Hier kommt immer wieder der Verweis – und das haben Sie eben auch wieder gemacht, Frau Kollegin Schildt – auf Arbeitsgruppen. Ich sage noch einmal: Wir sind alle 71 als Abgeordnete gewählt, damit wir hier für das Land arbeiten und damit wir die Regierung kontrollieren und nicht unsere Verantwortung an irgendwelche Arbeitsgruppen delegieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Das ist nicht die Aufgabe der Politik. Sie können Anträge ablehnen, auch das sage ich jetzt noch einmal, jetzt haben wir auch andere Zuhörer da. Sie wissen es ganz genau, wenn Sie von Ihrem Fragerecht nicht weiter Gebrauch machen wollen, wir werden es tun und wir bekommen die Antworten. Sie wissen das doch, dass es nun mittlerweile funktioniert, wenn auch erst durch Hilfe gerichtlicher Entscheidungen.

Zum Antrag unserer Fraktion, um es noch einmal zu sagen. Herr Kollege Petters hat das nun so sachlich und ohne jeden polemischen Unterton hier vorgebracht, dass es mir eigentlich schwer fällt, das überhaupt noch einmal zusammenfassend zu wiederholen, und ich sage: Lassen Sie das doch mal auf sich wirken und dann kann man mal ganz in Ruhe darüber nachdenken, ob das nicht alles sinnvoll ist.

Aber ich will es mit eigenen Worten wenigstens zu ein paar Punkten versuchen, noch einmal herauszustellen, worum es eigentlich geht. Es geht darum, ganz konkret darüber von der Landesregierung zu hören, welche eigenen Vorschläge sie vorzubringen gedenkt, damit der Standort Mecklenburg-Vorpommern besser vermarktet wird, damit letztendlich wirtschaftlicher Aufschwung initiiert wird und Arbeitsplätze geschaffen werden. Dass dies dringend nötig ist, zeigt doch nicht zuletzt die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Kennzahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Bei einem Wirtschaftswachstum – in Anführungsstrichen – von 0,2 Prozent im Jahre 2002 haben wir doch nun einmal einen Tiefpunkt erreicht. Das ist kein Wachstum, schon gar nicht für den Arbeitsmarkt. Und deshalb müssen wir die Chancen, die wir haben im Land, optimal nutzen.

(Beifall Renate Holznagel, CDU,
und Andreas Petters, CDU)

Und gerade weil etwa die Bauwirtschaft dem zukünftigen Wachstum unseres Landes und damit der Schaffung von Arbeitsplätzen weitgehend nicht mehr zur Verfügung steht, auf absehbare Zeit jedenfalls, müssen wir uns auf unsere Stärken konzentrieren und das ist doch zum Glück auch übereinstimmende Auffassung in diesem Hause, dass unsere Stärke nun einmal der Tourismus ist. Wir stehen in diesem Jahr, da braucht man keine prophetischen Gaben, wahrscheinlich vor einem Rekordsummer, was den Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern angeht. Urlaub in Deutschland ist im Trend und Urlaub in Mecklenburg-Vorpommern ist derzeit zum Glück der Renner. Wenn das aber in Zukunft auch so sein soll, dann dürfen wir uns eben heute nicht auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen.

(Beate Mahr, SPD: Tun wir
ja auch nicht, Herr Dr. Born!)

Deshalb, Frau Kollegin Schildt und Frau Kollegin Dr. Bunge – auch da sind wir doch überhaupt nicht auseinander –, geht es schlicht darum, heute die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Wertschöpfung des Wirtschaftsfaktors Tourismus weiter ausgebaut wird. Das Potential hat das Land allemal, aber dieses Potential muss aktiv gefördert werden.

Herr Petters hat deutlich gemacht, worum es geht: Bündelung des Standort- und Tourismusmarketings. Dazu gehört auch, dass wir es unterlassen müssen, in diesem Bereich zu kürzen, sondern hier müssen in der Tat auch finanzielle Mittel sinnvoll eingesetzt werden. Aber zu einem erfolgreichen Konzept des Standortmarketings gehört eben auch ein ausgereiftes Messekonzept.

Herr Minister, Sie haben eben gesagt, es sei jetzt auch ein Merkmal Ihrer Wirtschaftspolitik, dass das Land aktiv auf Investoren zugeht. Das ist ein zumindest sehr sinnvolles Vorhaben. Ich frage mich nur, ob die Umsetzung bereits so ist, wie sie sein sollte. Ich erinnere hier zum Beispiel an die großen Immobilienmessen. Was nach meinen Erkenntnissen sehr gut gewesen ist, das war die Präsentation des Landes auf der EXPOREAL in München. Das will ich noch ergänzend zu den von Herrn Petters schon positiv hervorgehobenen Messebeteiligungen sagen. Aber ich habe mich letzte Woche davon überzeugen können, dass wirklich noch einmal ganz ernsthaft vom Land Mecklenburg-Vorpommern geprüft werden müsste, ob es nicht Sinn macht, auf der größten gewerblichen Immobilienmesse der Welt in Cannes, auf der MIPIM, sich mit einem sehr ausgewogenen Konzept gemeinsam mit den Unternehmen zu beteiligen. Gerade wenn man sich anguckt, was dort von osteuropäischen Regionen für Chancen wahrgenommen werden – und hier geht es wirklich darum, Kontakte zu knüpfen, nicht kurzfristig Verträge anzubahnen, sondern den Standort bekannt zu machen –, dann, denke ich, sollte das noch einmal ernsthaft in die Prüfung einbezogen werden.

Ich habe jedenfalls im Gespräch mit der zuständigen Direktorin feststellen können, dass wir eine sehr attraktive Fläche zu Sonderkonditionen bekommen könnten, weil natürlich klar ist, das habe ich sehr deutlich gesagt, dass wir nicht die regulären Preise von 460 Euro pro Quadratmeter zahlen könnten. Aber wir könnten am besten Standort, den man dort überhaupt haben kann zwischen Berlin, Brandenburg, Hamburg, München, auf der 4. Etage 55 Quadratmeter bekommen. Und immerhin ist das die Aussage, dass die Agentur berechtigt ist, uns ein sehr günstiges Angebot zu machen. Aber – das sage ich auch sofort, damit es nicht wieder nur als Frontalkritik angesehen wird, ich habe es versucht, ganz vorsichtig zu formulieren – Voraussetzung ist natürlich, dass wir auch einheimische Unternehmen finden, die sich in geeigneter Form beteiligen. Es kann nicht so sein, dass das Land hier allein die Kosten trägt. In anderen Regionen funktioniert es so, dass die beteiligten Kommunen oder auch das Land überhaupt keine Kosten zu tragen haben. Sie schaffen im Grunde genommen nur die Rahmenbedingungen. Die Kosten werden dann durch die beteiligten Unternehmen aufgebracht. Dass das bei uns im Land derzeit so nicht geht, ist, glaube ich, auch klar. Aber ich denke, hier gibt es nicht nur schwarz und weiß, nicht nur eine Beteiligung in der Form, dass das Land alles finanziert, oder eine Beteiligung, dass dem Land überhaupt keine Kosten entstehen. Da sollte man wirklich noch einmal ernsthaft die Sache prüfen, ob man sich hier sinnvoll beteiligen kann.

Und schließlich haben Sie darauf hingewiesen, Herr Minister, dass das Medium Internet – auch das ist hier in diesem Hause ja erfreulicherweise unstrittig – für unser Land sinnvoll eingesetzt werden kann. Aber ich habe die Bitte, da ich weiß, dass Sie selbst auch mit dem Computer so umgehen können, dass Sie in diesem Bereich nicht auf Mitarbeiter angewiesen sind: Nehmen Sie sich mal eine ruhige Stunde und klicken Sie die Seite www.mv.de an. Die Adresse ist kurz und einprägsam, manches Unternehmen würde sich freuen, wenn es eine solche schöne Adresse hätte, aber was das Land daraus macht, ist sicherlich nicht so gut, dass daraufhin jemand auf die Idee kommt, nun hier sein Urlaubsdomizil zu suchen. Das ist einfach alles zu umständlich, das ist noch nicht professionell. Das muss verbessert werden.

Ich nenne das nur als Beispiel, um einmal mehr deutlich zu machen, verehrte Frau Kolleginnen, Frau Dr. Bunge und Frau Schildt, dass es wirklich Sinn macht, wenn die Landesregierung vom Landtag immer wieder darin unterstützt wird, nicht nur Konzepte zu erarbeiten, sondern wenn wir die Landesregierung auch fordern, als Landtag insgesamt. Es ist nicht nur die Aufgabe der Opposition oder die Aufgabe der Kleinen Anfragen, immer viele einzelne Fragen zu stellen, sondern es ist unsere Aufgabe als Landtag insgesamt, die Kontrollfunktion so wahrzunehmen, dass wir uns auch einen lückenlosen Überblick darüber verschaffen können, was wird hier getan, um ein solches Standortmarketing zu optimieren, reicht es aus oder nicht, und dass wir dann auch konkrete Vorschläge einbringen.

Ich sage noch einmal, Arbeitsgruppen sind gut und schön, das mag alles seine Berechtigung haben, aber die Arbeit des Parlaments können sie nicht ersetzen. Und deshalb werbe ich einfach darum, dass die Scheu überwunden wird, wenn es darum geht, hier ganz freundlich formulierte Berichtsanträge und dann auch noch mit detaillierten Vorschlägen, worüber zu berichten ist, was zu tun ist, zu unterstützen, noch dazu mit Laufzeiten, die nun wirklich nicht die Regierung zum Galoppieren bringen müssen, sondern in einem gemächlichen Trab ist das Ziel 30.06. sehr gut zu erreichen. Dann können wir einen umfassenden Bericht von der Regierung bekommen und dann können wir gemeinsam feststellen, ob all das, was wir uns erhoffen von einer solchen Standort- und Investorenwerbung, bereits auf den Weg gebracht ist oder ob hier mehr getan werden muss. Und da geht es eben nicht nur um eine Dachmarke, da geht es nicht nur um „MV tut gut“, der andere sagt, einfach anfangen. All dieses muss koordiniert werden und unsere Bitte ist, arbeiten wir gemeinsam daran, dass die Regierung Gelegenheit bekommt, uns einen entsprechenden Bericht in angemessener Frist vorzulegen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Born.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/265 zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss und zur Mitberatung an den Tourismusausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Bei einer Stimmenthaltung, ansonsten Ablehnung der Fraktionen der SPD und PDS, bei Zustimmung der Fraktion der CDU ist der Überweisungsvorschlag abgelehnt.

Ich komme damit zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag in der Sache. Wer stimmt dem vorliegenden Antrag auf Drucksache 4/265 zu? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag auf der Drucksache 4/265 bei Zustimmung der Fraktion der CDU, bei Ablehnung der Fraktionen der SPD und PDS sowie bei zwei Enthaltungen der SPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**: Beratung des Antrages der SPD und PDS – Anpassung der Landesgesetze an das Lebenspartnerschaftsgesetz, Drucksache 4/260.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Anpassung der Landesgesetze an
das Lebenspartnerschaftsgesetz
– Drucksache 4/260 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Das seit dem August 2001 in Kraft getretene Lebenspartnerschaftsgesetz bedeutet in seinem Kern nichts anderes, als dass der Gesetzgeber zunächst erst einmal einem dringenden gesellschaftlichen Erfordernis nachgekommen ist und ganz nebenbei sich auch der in der Verfassung postulierten Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ein weiteres Stück annähert hat. Diskriminierung, Ächtung bis hin zu heftigsten gesellschaftlichen Benachteiligungen sind damit überwunden.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Kontrollanträge der Länder Bayern, Thüringen und Sachsen gegen das Lebenspartnerschaftsgesetz mit seiner Entscheidung vom Juli 2002 zurückgewiesen hat, ist der gemeinsame Antrag der beiden Koalitionsfraktionen nur folgerichtig. Dieser Antrag spricht für sich, so dass dem grundsätzlich nichts mehr hinzuzufügen ist. Das Lebenspartnerschaftsgesetz hat nunmehr den Rahmen geschaffen, innerhalb dessen jetzt das Landesrecht an die Gesetzeslage im Bund und in Europa angepasst werden muss.

Ganz nebenbei: Global sind es erst eine kleine Hand voll progressiver Staaten, die gleichberechtigte Partnerschaften amtlich anerkennen. Dank der Regierungskoalition in Berlin hinkt die Bundesrepublik bei einer gesellschaftlich so eminent wichtigen Reform einmal nicht hinterher. Nein, Deutschland wird endlich auch einmal mit so beständig freiheitlich und modern orientierten Ländern wie den Niederlanden oder auch Dänemark in einem Atemzug genannt. Der Landtag möge deshalb folgenden Beschluss fassen: „Die Landesregierung wird aufgefordert, das Landesrecht bis Februar 2004 an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes anzupassen.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Heydorn.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Als Erster hat das Wort der Innenminister des Landes Herr Dr. Timm. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon erwähnt worden durch Herrn Abgeordneten Heydorn, dass das Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften/Lebenspartnerschaften vom 16. Februar 2001 am 1. August 2001 in Kraft getreten ist und unter Artikel 1 dieses Gesetzes das Lebenspartnerschaftsgesetz enthält. Dieses Gesetz hat für gleichgeschlechtliche Paare ein eigenständiges familienrechtliches Institut, die eingetragene Lebenspartnerschaft geschaffen, die einen gesicherten Rechtsrahmen für ein auf Dauer angelegtes Zusammenleben unter Einbeziehung der gleichgeschlechtlichen Identität ermöglicht.

Entsprechende Vorschriften über die Ausführung dieses Gesetzes sind leider im Bundesrat nicht verabschiedet worden. Das heißt, das Lebenspartnerschaftsgesetzergänzungsgesetz fehlt immer noch. Und ich würde mich freuen, wenn der Bundesrat sich dazu durchringen würde, nicht nur in den Grundsätzen dieser Regelung sozusagen die Gesetzgebung passieren zu lassen, so, wie das Bundesverfassungsgericht dieses ja auch bestätigt hat, sondern auch die Ausführungen.

(Karsten Neumann, PDS: Deregulierung!)

Ich will Ihnen anhand einiger Beispiele erläutern, was geregelt ist und was leider, ich sage mal, aus meiner Sicht, Herr Neumann, tatsächlich leider noch nicht geregelt ist: Geregelt sind im Lebenspartnerschaftsgesetz der Partnerschaftsname, Regelungen zu Unterhaltsverpflichtungen, das Erbrecht, das Mietrecht, das kleine Sorgerecht. Geregelt worden sind noch nicht – und ich bedaure das, da fehlt eine Regelung – steuerrechtliche Vorschriften, ähnlich wie bei einer Ehe. Beamtenrechtliche Bestimmungen fehlen, Sozialhilfe- und wohngeldliche Regelungen fehlen auch, ebenso wie die Berücksichtigung der eingetragenen Lebenspartnerschaft beim BAföG.

Alle diese Dinge fehlen und demzufolge ist es zwar nötig, dass wir Landesgesetze anpassen – da komme ich gleich drauf zu sprechen –, ebenso notwendig ist es aber auch, dass der Bundesrat seine Blockade aufgibt und diese materiell-rechtlichen Bestimmungen ausführt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern wurden im Jahr 2001 21 und im abgelaufenen Jahr 2002 40 Lebenspartnerschaften begründet. Jetzt geht es um die Frage, wie viele und welche Vorschriften im Landesrecht sind an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes, auch wenn die zweite Hälfte beim Bund noch fehlt, anzupassen. Wir sehen von heute aus 17 Vorschriften, also 17 Landesgesetze und Rechtsverordnungen, die an das Bundesrecht, nämlich an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes anzupassen sind.

Ich will Ihnen einfach mal ein paar Beispiele nennen, ohne jetzt die 17 insgesamt vorzutragen. Es fängt an bei dem Abgeordnetengesetz. Das Abgeordnetengesetz regelt zum Beispiel in Paragraph 9 „Kostenpauschale“ die Beschäftigung von Mitarbeitern in den Wahlkreisbüros. Da heißt es in Paragraph 9 Absatz 3: „Ist der Mitarbeiter mit dem Abgeordneten verheiratet, bis zum dritten Grad verwandt oder bis zum zweiten Grad verschwägert, werden Aufwendungen für die Beschäftigung nicht erstattet.“ Diese Regelungen müssen im Blick auf das Lebenspartnerschaftsgesetz angepasst werden, ist jedenfalls mir aus

meinem Ministerium mitgeteilt worden, ebenso Regelungen zur Hinterbliebenenversorgung und zum Überbrückungsgeld. Das bezieht sich bislang nur auf Ehepartner und ich meine, dass der Landtag selber darüber nachdenken muss, ob sich das nicht auch ausdehnen sollte auf eingetragene Lebenspartnerschaften.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Weiterhin sind anzupassen Regelungen im Sicherheitsüberprüfungsgesetz, im Landesbeamtengesetz, in der Landesdisziplinarordnung, im Bestattungsgesetz, im Landesgraduiertenförderungsgesetz oder auch zum Beispiel in der Verordnung zur Ausführung des Gaststättengesetzes.

Nun muss ich darauf hinweisen, dass wir bereits in diesem Bundesland, also in der Regierung, teilweise auch im Parlament, rechtliche Bestimmungen angepasst haben. Drei will ich Ihnen nennen: Das Landesumzugskostengesetz ist an das Lebenspartnerschaftsgesetz angepasst, die Elternzeitlandesverordnung ist bereits angepasst worden, auch die Trennungsgeldverordnung.

Das heißt, wir sind mitten in der Anpassung, also mitten im Verfahren drin und ich werde mich bemühen, Ihnen bis zum angedachten Termin – ich glaube, Februar 2004 –,

(Angelika Gramkow, PDS: Es kann auch früher sein, Herr Minister.)

spätestens bis dahin, Frau Kollegin Gramkow, die vollständige Übersicht über die Anpassungsbedarfe geben. Ich muss allerdings darauf hinweisen, dass der Gesetzgeber der Landtag ist. Und ob wir es tatsächlich bis Anfang 2004 schaffen – wir bemühen uns.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Der liegt dann sozusagen in unseren gemeinsamen Händen.

Letzte Bemerkung, ich wiederhole es noch einmal: Wichtig ist es für die eingetragenen Lebenspartnerschaften, dass wir nicht nur in diesem Bereich, ich nenne es mal, der grundsätzlichen Ausführungen rechtliche Anpassungen vornehmen, sondern auch dort, wo es um materielle Bestimmungen geht wie zum Beispiel im Steuerrecht, wie zum Beispiel im Bereich des BAföGs und anderer Vorschriften. Das ist allerdings nicht Sache des Landes, sondern Sache des Bundes und hier ist leider der Bundesrat immer noch nicht bereit, dem vorliegenden Gesetzentwurf des Bundestages zuzustimmen. Ich bedaure das und wünschte, auch die Seite der CDU würde sich in diese Richtung bewegen, so, wie Herr Heydorn das vorgeschlagen hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Jetzt hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Glawe. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Drucksache 4/260 hat den klaren Arbeitsauftrag an die Landesregierung formuliert, das Lebenspartnerschaftsgesetz bis zum Februar 2004 auf den Weg zu bringen. Herr Minister, Sie haben es gesagt, es ist sehr anspruchsvoll formuliert. Wir als CDU werden uns diesem Auftrag nicht entgegenstellen und

wenn die Regierung arbeiten soll, dann soll sie arbeiten. Meine Damen und Herren, damit ist meine Rede auch schon zu Ende.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir sehen den Vorschlägen, die Sie dann bringen, entgegen und hoffen, dass das sozusagen noch vor dem Februar 2004 stattfindet. Aber natürlich kann es auch sein, dass es etwas später wird. – Danke schön.

(Beifall Renate Holznagel, CDU,
Karin Strenz, CDU, und Karsten Neumann, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Glawe.

Damit hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Walther für die Fraktion der PDS.

Gerd Walther, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Gäste! Insbesondere die Gäste der Grafik- und Designschule aus Anklam und die ehemalige Landtagsabgeordnete Caterina Muth begrüße ich ganz herzlich hier heute im Hause. Heute werden viele junge Menschen im Raum sein, denn ich glaube, es ist vielleicht auch ein Thema, was interessant ist. Wir wollen den offiziellen Startschuss geben für die Anpassung des Landesrechtes an das Bundespartnerschaftsgesetz. Das geschieht sprichwörtlich in letzter Minute, Herr Timm hat es ausgeführt.

Auf Bundesebene wurde im Frühjahr 2001 das Lebenspartnerschaftsgesetz vorgestellt und mit Wirkung vom 1. August 2001 in Kraft gesetzt. Zuvor klagten die Länder Bayern und Sachsen gegen das In-Kraft-Treten des Gesetzes per einer einstweiligen Anordnung vor dem Bundesverfassungsgericht. Diese Klage wurde am 18. Juli 2001 abgewiesen und damit war der Weg frei für das Gesetz.

Schon damals bei der Gesetzgebung war klar, dass das eigentliche Anliegen rechtlich geteilt werden muss. Mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz wurden beispielsweise die Form der Registrierung der Partnerschaft, die Unterhaltspflichten und Rechte, das Erbrecht und Möglichkeiten zur Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft geregelt. Auch das Nachzugs- und Einbürgerungsrecht für ausländische Lebenspartner fand eine Regelung, indes nicht die Sachen, die – und das ist ja schon betont worden – steuer- und melderechtliche Einzelheiten angehen wie das Tarifrecht und daraus abgeleitete Rechte wie beispielsweise der ganz einfache Fakt, dass die Partner einer eingetragenen Partnerschaft bei der Zahlung der Ortszulage im öffentlichen Dienst auch weiterhin keine Ansprüche ähnlich denen von Ehepartnern haben. Das zieht auch zwangsläufig eine Diskriminierung von Haushalten mit Kindern nach sich, denn ein Teil des Ortszuschlages bezieht sich auf die dauerhaft aufgenommenen Personen im Haushalt und zum Großteil sind dies die Kinder. Die Familien sind also auch hier betroffen.

All diese Dinge sollten in einem Lebenspartnerschaftsergänzungsgesetz des Bundes geregelt werden, welches zustimmungspflichtig durch den Bundesrat legitimiert werden muss. Hier nun aber harren heute fast zwei Jahre nach In-Kraft-Treten des Gesetzes diese Themen weiter im Vermittlungsausschuss aus. Und ganz offensichtlich gibt es gesellschaftliche Kreise, die kein Interesse daran haben, dass ein Ergänzungsgesetz verabschiedet und damit geltendes europäisches Recht auch endlich zum Standard in Deutschland wird.

Aber auch in Mecklenburg-Vorpommern haben wir uns nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Da unser Land in den 90er Jahren eher Vorreiter in Sachen Gleichstellung aller Lebensweisen war, kann man diesen Anspruch spätestens seit In-Kraft-Treten des Bundesgesetzes im Jahr 2001 als Vergangenheit betrachten. Im Juni 2001 stand im Landtag Mecklenburg-Vorpommern das Landesausführungsgesetz zum Bundesgesetz auf der Tagesordnung, wurde dann aber kurzfristig wieder abgesetzt. Begründung damals: Sollte die einstweilige Anordnung von Sachsen und Bayern vor dem Bundesverfassungsgericht Erfolg haben, hätte man das Ausführungsgesetz umsonst beschlossen. Und es kam dann, was kommen muss: Die Klage wurde abgewiesen und bei uns im Nordosten gab es mit In-Kraft-Treten des Bundesgesetzes keine Regelung mehr, wonach man Partnerschaften eintragen und damit registrieren lassen kann. Viele Schwule und Lesben, die eintragungswillig waren, taten dies dann in anderen Bundesländern, ein Fakt, der einer rosaroten Landesregierung alles andere als gut zu Gesicht steht.

Am 26. September 2001 wurde dann endlich das Landesausführungsgesetz verabschiedet und damit waren wenigstens die Eintragungsformalien geklärt. Das Landeslebenspartnerschaftsgesetz blieb natürlich weiter auf der Liste der noch zu erledigenden Dinge.

Nun kann man sich ja trefflich darüber streiten, warum wir erst heute die Anpassung des Landesgesetzes auf den Weg bringen wollen. Wichtiger sollte nun aber sein, dass die Umsetzung so rasch wie möglich erfolgt, und dabei haben wir zeitlich keinen Spielraum. Das europäische Recht schreibt uns auch Fristen vor und die besagen, dass eben nicht bis 2004 im Februar, sondern bis zum 2. Dezember 2003 das jeweilige Landesrecht umgesetzt sein muss. Damit würde selbst der von uns heute hier terminisierte Februar diese EU-Maßgaben nicht erfüllen. Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch, dass diese Frist natürlich auch auf Bundesebene gilt. Und das Ergänzungsgesetz, welches im Bund ja immer noch aussteht, muss ebenfalls bis zum 02.12. verabschiedet sein. Es ergibt sich daher auch für uns als Land die Aufgabe, den Einfluss unseres Landes auf Bundesebene zu nutzen, um das Ergänzungsgesetz auszugestalten, eine Aufgabe, die übrigens schon am 13.06.2001 hier im Landtag beschlossen wurde, aber offensichtlich keinen Erfolg gezeigt hat.

Unabhängig von allen Fristen steht eine unwahrscheinliche Fülle von Regelungsbedarf im Zusammenhang mit dem Landeslebenspartnerschaftsgesetz vor uns. Generell gibt es zwei Möglichkeiten für die Umsetzung. Der einfachste Weg wäre eine Anpassung des Landesrechtes mit Hilfe einer so genannten Generalklausel. In der Konsequenz würden alle Regelungen für Ehegatten in gleicher Weise für Lebenspartner gelten. Wo dieser Weg nicht durchsetzbar ist, müssen alle Vorschriften und Landesgesetze per Artikelgesetz geändert werden, in denen Regelungen zu Ehepartnern getroffen sind.

Ich will hier auszugsweise anreißen, welche Bereiche dies sind, Herr Timm hat es vorhin auch schon einmal angerissen: das Beamtenrecht, hier beispielsweise Trennungsgeld oder Sonderurlaub bei Tod eines Partners, das Tarifrecht, das Bestattungsrecht, aber auch das Bekannntgabe- und Zustellungsrecht, hier beispielsweise die Bekanntgabe von Erschließungsbeiträgen, wo geregelt ist, dass der Bescheid nur einem von beiden Ehepartnern bekannt gegeben zu werden braucht. Auch Versorgungs-

regelungen für Freiberufler, landesrechtliche Fördergesetze, wo beispielsweise eine Anrechnung des Partnerschafts möglich ist, aber auch das Abgeordnetengesetz sind betroffen. Ebenfalls ist das Belegungsbindungsgesetz betroffen. Wir sprachen gestern darüber und ich denke hier an die Ausgabe von Wohnberechtigungsscheinen und die Weiternutzung der Wohnung nach Tod eines Partners. Hier sollten wir übrigens in der Novellierung dieses Gesetzes bereits die partnerschaftlichen Regelungen auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften festschreiben. Das sollte im Verfahren, was wir gestern besprochen und auch beschlossen haben, möglich sein.

Alles in allem ist es insgesamt eine Zahl, die sicherlich auch einen Berg von Arbeit mit sich bringt, 112 Bereiche, in denen Bundesregelungen auf Partnerschaften ausgedehnt werden und wurden und sicherlich auch immer eine Betrachtung hinsichtlich einer Änderung des Landesrechtes im Nachgang bei uns erfolgen muss.

Wir alle wissen aber, dass der Gesetzestext das eine und das tägliche Leben oft etwas anderes ist. Deshalb muss das Engagement der Landespolitik auch darin erkennbar sein, dass die Gleichstellung der Lebensentwürfe umfassend zu fördern ist. Und da besteht gerade auf der kommunalen Ebene ein immenser Bedarf. Bis zum heutigen Tage müssen wir gerade auf dem flachen Land erleben, dass Schwule und Lesben eben keine gleichwertigen Teilhaber dieser Gesellschaft sind. Sicher wurde in den letzten Jahren viel an Vorurteilen abgebaut und wir erleben heute einen offeneren Umgang mit dem Thema, als es in früheren Generationen der Fall war, aber trotzdem sind Klischees und Vorurteile nur sehr, sehr langsam abzubauen.

Ich bin mir ganz sicher, dass sich auch heute noch – und mögen sich die Betreffenden nach außen noch so tolerant geben – viele Menschen eben noch nicht damit abgefunden haben, dass Homosexualität so normal ist wie alles andere auch. Denn wie kann es sonst sein, dass gerade im kindlichen Sprachgebrauch Bilder auftauchen, die schwule Männer und lesbische Frauen abwerten und oft noch eine Kopplung mit anderen Kraftausdrücken diese Abwertung zusätzlich verstärkt?

Nun könnte man ja sagen, das sind alles nur Kindersprüche. Aber hier gilt wohl eher, dass die Kinder das aussprechen, was sie im Elternhaus oder an anderen Stellen aufnehmen. Ich möchte diese Begriffe und abwertenden Bilder hier nicht benennen, weil sie die Würde des Hauses verletzen. Aber lassen Sie bitte alle einmal kurz für sich in Ihrem Gedächtnis Revue passieren, was jeder Einzelne von Ihnen in dieser Hinsicht schon einmal selbst erlebt oder gehört hat. Kennt nicht ein jeder die Schimpfwörter und sind sie uns nicht schon einmal allen irgendwo irgendwann begegnet?

Trotzdem bin ich der Meinung, dass wir in dieser Frage gesellschaftlich insgesamt auf einem guten Weg sind. Ein großer Unterschied bleibt allerdings, wann wir die Konsequenzen der unterschiedlichen Lebensbilder diskutieren, wenn es also um die Familie geht. Aus konservativer Sicht wurde ein Argument so stark wie kein anderes in der ablehnenden Haltung gegenüber dem Lebenspartnerschaftsgesetz in die Diskussion gebracht, die Angst vor der Gleichsetzung der Ehe mit der eingetragenen Partnerschaft. Nicht umsonst nannte man die gleichgeschlechtliche Partnerschaft auch Homoehe und bediente dabei den oberflächlichen Gleichsetzungsgedanken. Von wirklicher

Gleichsetzung sind wir aber in der Bundesrepublik in Wirklichkeit noch weit, weit entfernt. Das hat selbst das Bundesverfassungsgericht bei der Abweisung der Klage aus Bayern und Sachsen ausgeführt, als es feststellte, dass das nötige Differenzierungs- und Abstandsgebot zur Institution Ehe gegeben ist. Die unterschiedlichen politischen Sichtweisen sind erkennbar, wenn Ehe und Familie immer nur an das Bild von Mann und Frau gebunden sind.

Als Lorenz Caffier am 28.06.2001 für die CDU hier im Landtag das Landesaktionsprogramm zur Verbesserung der Teilhabe von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften ablehnte, machte er dies an der fehlenden Grundeinstellung zu Ehe und Familie bei der Regierungskoalition fest. Und immer wieder wurde dann seitens der Union in Bund und Land die Kritik geäußert, dass eine unzulässige Gleichsetzung der Ehe zwischen Mann und Frau mit anderen Lebensformen vorgenommen werden soll, eine Gleichsetzung also, die nachweislich gar nicht besteht.

Gerade auch vor diesem Hintergrund war ich äußerst gespannt auf die heutige Debatte. Herr Glawe hat ja zumindest gesagt, er freut sich, wenn die Regierung hier das Heft des Handelns übernimmt, und ich hoffe, dass vielleicht auch in dieser Hinsicht die CDU auf dem Weg der Besserung ist. Ich wünsche Ihnen dabei auf jeden Fall Erfolg.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich bitte abschließend kurz deutlich machen, was die politische Wertung des heutigen Antrages aus Sicht der PDS ausmacht. Mit dem Landespartnerschaftsgesetz, das noch vor dem 02.12. verabschiedet werden muss, gehen wir einen späten Schritt in die richtige Richtung. Weitere Schritte sind bereits jetzt absehbar und ich kann es nur bedauern, dass wir in diesem Prozess noch nicht weiter sind. Bedauern deshalb, weil ich davon überzeugt bin, dass es dem Land besser zu Gesicht stünde, Vorreiter einer wirklichen Gleichstellung aller Lebensformen zu sein.

Jeder Mensch muss so akzeptiert werden, wie er ist. Die Vermittlung von Familienbildern des Gestern kann nicht das Handeln des Heute bestimmen. Schwule und Lesben sind ein ganz normaler Bestandteil des Lebens. Sie wollen weder bevorzugt noch durch gängige Klischees in eine Ecke gedrängt werden. Und weil dieser Prozess nicht von alleine Fahrt aufnimmt, muss es beispielsweise politische Akteure geben, die die Entwicklung fördern. Die Regenbogenfahne, bekanntlich das Symbol der Schwulen und Lesben, hat viele, viele Farben und in anderen Regionen dieser Bundesrepublik Deutschland sind vielleicht die Farben Grün oder Gelb ein bisschen stärker ausgeprägt. Bei uns im Nordosten wird es künftig wieder ein kräftiges Rot, quasi ein Dunkelrot sein, das diese Interessen engagiert vertreten will. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Walther.

Die Fraktion der SPD hat ihre Wortmeldung zurückgezogen, so dass mir keine Wortmeldungen mehr vorliegen und wir damit am Ende der Debatte sind. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/260. Wer dem vorliegenden Antrag zustimmen möchte, den bitte

ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und PDS, bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/260 angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Die Ich-AG – Existenzgründung oder Substitution, Drucksache 4/266.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Die Ich-AG – Existenzgründung
oder Substitution
– Drucksache 4/266 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Timm von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort zur Einbringung.

Udo Timm, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ihre Raucherpause bekommen Sie gleich, denn es wird wohl heute nicht mehr so sehr lange dauern.

Die Arbeitslosenquote in Mecklenburg-Vorpommern hat Anfang des Jahres 2003 traurige Rekorde gebrochen. Daher ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eines der Hauptanliegen aller Fraktionen dieses Hauses. So wurde die Umsetzung der Pläne der Hartz-Kommission von der Bundesregierung im Wahlkampf als uneingeschränktes Wundermittel gegen die Massenarbeitslosigkeit verkauft.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und seit dem 1. Januar diesen Jahres werden die ersten Punkte langsam umgesetzt.

Einer der ersten Schritte sind die Regelungen zur so genannten Ich-AG, der die staatlich geförderte Überführung von Arbeitslosen in die Selbständigkeit zum Zweck hat. Doch schon die Diskussionen im Entstehungsprozess des Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt haben dem Osten und insbesondere Mecklenburg-Vorpommern wenig Hoffnung beschert.

Meine Damen und Herren, so ist es auch kein Wunder, dass sich sofort begründete Zweifel an der Wirksamkeit dieses arbeitsmarktpolitischen Instrumentes der Ich- oder auch, wie oft genannt, der Familien-AG einstellen. Zum einen sind es die üblichen Anlaufschwierigkeiten. Die Information der Arbeitsämter und besonders der Arbeitslosen dauert seine Zeit. Hierzu konnten wir interessante Informationen im Arbeitsamt Stralsund erhalten, die das bestätigen.

Meine Damen und Herren, gravierender sind die grundsätzlichen Bedenken gegen die Ich-AG. Es werden subventionierte Kleinunternehmen gegründet, die dem freien Wettbewerb nicht dienlich sind und möglicherweise zu neuen Insolvenzen und damit zu neuer Arbeitslosigkeit in den entsprechenden Branchen führen.

Meine Damen und Herren, und um genau diese Bedenken möglicherweise entkräften zu können oder eine Bestätigung dieser Behauptung zu erhalten, ist ein stetiger Bericht in der eingeforderten Form meiner Meinung nach notwendig, denn eine einfache Statistik über die Anzahl der Ich- oder Familien-AGs würde keinesfalls darstellen können, ob es sich um eine exakte Existenzgründung handelt oder aber, ob bestehende Arbeitsplätze durch staatlich geförderte Scheinselbständigkeit substituiert werden, so, wie es aus den in der Wirtschaft

geäußerten grundsätzlichen Bedingungen immer wieder hervorgeht und zu hören ist. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Timm.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erstes hat das Wort der Minister für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Herr Holter. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Helmut Holter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, mancher der Arbeitslosen steht vor der Frage, warten auf eine Vermittlung durch das Arbeitsamt oder reagieren auf eine Anzeige in einer Zeitung, um eine Stelle zu bekommen, oder in der Tat sich selbständig zu machen. Fakt ist, wer sich selbständig machen will, der hat Mut. Und einen solchen Mut gilt es zu unterstützen. Das tut das Land Mecklenburg-Vorpommern, auch konkret das Arbeitsministerium. Wir haben in den letzten Jahren, und zwar 1999 bis 2002, 7.600 Menschen bei diesem Mut unterstützt mit 27 Millionen Euro. Sie sind in die Existenz, in die Selbständigkeit gegangen. Im Vorzeitraum 1995 bis 1998 waren es 3.200 Personen, die sich selbständig gemacht haben und über diesen Weg unterstützt wurden. Also in dieser Koalition ist es gelungen, diese Anzahl zu verdoppeln.

Tatsache bleibt aber, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich und im Bundestrend zu wenig Selbständige haben, also uns im Schlussfeld befinden. Deswegen gilt es aufzuholen und das Aufholen beginnt bekanntlicherweise in den Köpfen. Ich habe mehrfach darüber gesprochen, dass es darum geht, einen neuen Unternehmergeist, eine andere Unternehmenskultur in Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln und auch einen Stolz auf den Unternehmer, auf die Unternehmerschaft in Mecklenburg-Vorpommern auszuprägen. Dazu soll die Initiative, die ja aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert wird, „Einfach anfangen“ einen Beitrag leisten. Hier geht es tatsächlich darum, aus dem Politikfeld der Förderung des Unternehmergeistes Mittel da einzusetzen, wo sie richtig angelegt sind, genau diese Kulturen, diesen Geist zu befördern und nicht, wie auch von Herrn Rehberg gefordert wird, diese Mittel anderswo einzusetzen. Wer das fordert, handelt in Rechtsunkenntnis und fordert mich zum Rechtsbruch auf.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das werde ich nicht tun.

Nun gibt es, meine Damen und Herren, eine Vielzahl ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, das ist so! Ja, das ist so, Herr Glawe! Das müssen Sie einfach mal zur Kenntnis nehmen!

(Harry Glawe, CDU: Wir sollten doch das Arbeitsministerium ins Wirtschaftsministerium legen. Das wäre besser.)

Das ist eine Debatte, die ich jetzt hier nicht führen will. Ich sage nur eins: Angesichts von 201.000 Arbeitslosen, die Sie gestern beklagt haben, ist ein selbständiges Arbeitsministerium notwendig in diesem Land und notwendiger denn je.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich habe es gestern zu dem Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm schon mal gesagt, dieses Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm ist gemeinsam mit der Unternehmerschaft und der Gewerkschaft von Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet worden und niemand protestiert gegen dieses Programm.

(Harry Glawe, CDU: Aber erst haben Sie das AQMV fortgeschrieben und haben hinterher festgestellt, dass Sie das AMP ändern müssen. Das war nämlich schon der Vorfehler.)

Das sind wieder falsche Tatsachen, die Sie behaupten, Herr Glawe! Das ist eine Debatte, die nichts bringt. Wir reden jetzt über Existenzgründungen.

(Harry Glawe, CDU: Das haben Sie zwei Jahre zu spät fortgeschrieben.)

Wir wollen mal zum Thema reden. Bei Existenzgründungen gibt es verschiedene Instrumente, die sowohl beim Wirtschaftsminister angesiedelt sind, die bei mir angesiedelt sind, die aber auch bei den Arbeitsämtern angesiedelt sind. Und jetzt gibt es ein neues Instrument.

Herr Timm, zur Ich-AG, über die Sie hier kurz gesprochen haben. Die Fördermodalitäten setze ich als bekannt voraus, die will ich hier nicht erläutern. Aber eins ist entscheidend: Weder das Land Mecklenburg-Vorpommern noch ein anderes Bundesland hat hier irgendeine Zuständigkeit, weder bei der Umsetzung noch bei der statistischen Erfassung. Erfasst werden statistische Angaben bei den Arbeitsämtern, und zwar wie viel Ich-AGs oder Familien-AGs sich gegründet haben, wie viel Zuschüsse gezahlt wurden, ob das Männer oder Frauen waren, die sich gegründet haben, und ob die Personen jünger als 25 Jahre sind oder älter als 50 Jahre. Das ist alles, was bei den Arbeitsämtern dazu erfasst wird, mehr werden wir auch nicht erfahren können.

Natürlich, und da bin ich bei Ihnen, Herr Timm, teile auch ich Ihre Einwände und Ihre Skepsis, was die Ich-AG als solches betrifft. Ich hatte ja gestern schon darüber gesprochen, dass wir am Dienstag in der Fraktion einen Abend mit Handwerkern hatten, wo wir genau diese Bedenken diskutiert haben, weil selbstverständlich Handwerker die Sorge haben, dass über die Ich-AGs ihnen Aufträge weggenommen werden und damit das Handwerk in zusätzliche Schwierigkeiten kommt. Und ein Gründungswilliger, der aus der Arbeitslosigkeit kommt, hat jetzt mit den Ich-AGs die Wahl, entweder das Instrument Ich-AG zu wählen oder eben die Überbrückung zur Unterstützung der Arbeitsämter, die ein halbes Jahr gezahlt wird, in Anspruch zu nehmen. Es gibt Unterschiede zu den Förderinstrumenten, die die Landesregierung hat, wie gesagt beim Wirtschaftsminister und bei mir, und diese halbjährigen Unterstützungen des Arbeitsamtes und der Ich-AG.

Das ist eben das, wo die Bedenken beginnen, dass bei Ich-AGs kein Unternehmenskonzept notwendig ist, dass die Krankenkassen und die Rentenkasse aus dieser Förderung zu finanzieren sind, aber insgesamt dieser Prozess unbürokratisch eröffnet wird und damit durchaus ein Mittel zur Verlängerung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung sein kann.

Wir in Mecklenburg-Vorpommern – und da, glaube ich, kann ich auch im Namen von Herrn Ebnet sprechen – setzen bei Existenzgründungen auf Nachhaltigkeit. Und so

habe ich übrigens Ihr Plädoyer auch immer verstanden, dass es darum geht, Existenzgründungen, Unternehmensgründungen zu unterstützen, ob es nun Kleinstunternehmen sind oder größere Unternehmen. Hier, glaube ich, sind eben die Fragen berechtigt, die aufgeworfen werden, und wir sollten gemeinsam dieses Hartz-Modell begleiten und beobachten, welche Effekte es ganz konkret bringt. In der Endkonsequenz, glaube ich, ist es wichtig, dass wir auf tragfähige Vollexistenzen setzen. Und mein Ziel ist es, tatsächlich nachhaltige Existenzgründungen zu unterstützen.

Die Existenzgründerinitiative „Einfach anfangen“ findet großes Interesse. Das Gründertelefon als Anlaufstelle für diese Initiative erfährt einen nachhaltigen Zuspruch. Immerhin haben vom 10. September vergangenen Jahres bis zum 5. März diesen Jahres 5.200 Menschen dort angerufen und haben sich mit Unterstützung von 80 verschiedenen Institutionen auf eine Existenzgründung vorbereiten können beziehungsweise bereiten sich vor. Es werden monatlich 10.000 Internetbesuche verzeichnet auf unserem Gründerportal.

Ich meine, es geht bei der Existenzgründerberatung und -unterstützung immer um zwei Dinge, und da haben wir eine doppelte Verantwortung: Erstens auch einen Existenzgründer auf seine Nachhaltigkeit und sein Unternehmenskonzept tatsächlich abzuheften, abzuklopfen, und zweitens haben wir eine soziale Verantwortung, Existenzgründungen, die nicht nachhaltig sind, nicht zuzulassen und davon abzuraten. Ich glaube, das gehört dazu. Das ist aus der sozialen und auch der wirtschaftlich-politischen Verantwortung nur gerechtfertigt.

Darüber hinaus sind wir uns, bin ich mir mit dem Wirtschaftsminister vollkommen einig, dass wir keine Existenzgründung unterstützen, bei der es keinen Markt in Mecklenburg-Vorpommern gibt. Auch das wäre kontraproduktiv und hier sei noch einmal damit bewiesen, dass wir sehr wohl das Prinzip der Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt der Existenzgründungen stellen.

Es gibt darüber hinaus, weil gestern gefragt wurde, was denn so getan werde, viele Maßnahmen, die dazu beitragen, Existenzgründerinnen und Existenzgründer zu unterstützen, so beispielsweise das Programm „Enterprise“, welches junge Existenzgründer unterstützt, den viel gelobten Jobmotor in ländlichen Räumen, in Biosphärenreservaten oder auch die ganz konkreten Maßnahmen an Universitäten und Fachhochschulen sowie in den Existenzgründerbüros.

Ich hatte zu Anfang gesagt, meine Damen und Herren, wer sich selbständig macht, eine Existenz gründen will, braucht Mut. Aber er braucht nicht nur den Mut, diesen ersten Schritt zu tun, er braucht auch Ausdauer und Hartnäckigkeit, den schweren Weg der Existenzgründung zu gehen, gepaart mit einem Stück Leidenschaft. Und dabei sollten wir – und Herr Born hat ja ausführlich darüber gesprochen –, sollten Sie als Parlament und wir aus der Regierung diese mutigen Menschen mit Leidenschaft tatsächlich unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Thomas Schwarz, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Als Nächstes hat das Wort der Abgeordnete Herr Mohr für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Klaus Mohr, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst erlauben Sie mir den Hinweis darauf, dass das neue Arbeitsförderinstrument der Ich-AG im SGB III geregelt ist. Zuständig für die Handhabung dieses Instruments ist natürlich nicht die Landesregierung, sondern die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Dies nur noch mal zur Kenntnis. Insofern dürfte der vorliegende Antrag hier an die falsche Adresse gerichtet sein, wie ich meine.

Wie bislang bekannt geworden ist, sind hier in Mecklenburg-Vorpommern bis heute 150 Ich-AGs bewilligt worden. Das ist gewiss ein Anfang, aber zurzeit natürlich noch nicht viel, noch nicht ausreichende Qualität und vor allem Quantität dieser Modelle. Das muss man heute sicherlich konstatieren.

Ich möchte aber noch einmal darauf hinweisen und zurückkommen auf das, was ich gestern in meiner Rede gesagt habe und versucht habe deutlich zu machen. Das Hartz-Konzept beinhaltet ja eine ganze Palette von verschiedenen Arbeitsförderinstrumenten, von verschiedenen Modulen. Vor dem Hintergrund, meine ich, macht es jetzt auch keinen Sinn, hier ein einzelnes Modul, einen einzelnen Aspekt isoliert herauszugreifen, herauszutrennen und diesbezüglich ein umfassendes Berichtswesen anzumahlen und einzufordern. Das kann hier nicht Sinn der Sache sein. Ich denke, vielmehr wäre hier vernünftig, eine Gesamtschau aller Module, eine Gesamtschau aller Instrumente zu machen und in die Wege zu leiten und dazu ist natürlich auch, das habe ich gestern angedeutet, sicherlich noch Zeit erforderlich, wenn man hier verlässliche Daten und vor allem eine vernünftige Analyse der Wirksamkeit der Hartz-Instrumente erhalten will.

Wenn ich gesagt habe, das dauert noch Zeit oder nimmt sicherlich Zeit in Anspruch, dann, so denke ich, müssen wir auch gucken, dass wir nach Spielräumen suchen. Wir müssen also gucken, wo können wir denn hier oder da gegebenenfalls Nektar oder noch mehr Nektar aus dem einen oder anderen Instrument saugen, zum Beispiel, indem wir es durch eine landespolitische Initiative oder Maßnahme ergänzen oder landespolitisch tätig werden, um das eine oder andere Instrument zu unterfüttern, zu unterlegen. Wir müssen gucken, wo und wie gegebenenfalls die Effizienz der einzelnen Hartz-Instrumente gesteigert werden kann.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Ich denke, diese Überlegungen haben wir anzustellen und in dem Zusammenhang ist hier eher Kreativität gefragt als vorzeitiges Miesmachen. Insofern noch einmal zur Abrundung zusammenfassend gesagt: Ich denke, eine vernünftige Zwischenbilanz, eine vernünftige Analyse werden wir frühestens im nächsten Jahr erstellen können, dann nämlich, wenn tatsächlich alle Instrumente eingesetzt beziehungsweise alle Aspekte des Hartz-Konzeptes umgesetzt worden sind. Deswegen kann ich hier und heute nur für die Ablehnung des Antrages plädieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Mohr.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Strenz von der CDU-Fraktion.

Karin Strenz, CDU: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Verehrter Herr Kollege Mohr! Sie wollten eine umfassende Gesamtschau der Instrumente von uns. Nun sind wir ins Detail gegangen. Umgekehrt hätten wir von Ihnen das Gleiche gehört. Man kann es Ihnen überhaupt nicht recht machen. Also ich bin jetzt wirklich fast ein bisschen amüsiert. Gehen wir ins Detail, wollen Sie die Gesamtschau. Gehen wir in die Gesamtschau, wollen Sie das Detail. Also wie man es macht, ist es falsch.

Fangen wir an: Ich-AG 2002, das Unwort des Jahres. Wir haben heute hier auch schon ein paar Unworte gehört. Meine Damen und Herren, eine reine Statistik über die Anzahl der so genannten Ich-AGs lässt sich ja aus der Tagespresse entnehmen und am Ende dieses Monats wird die Bundesanstalt für Arbeit ebenfalls eine aktuelle Statistik aufstellen. Doch diese Hinterfragung von puren Zahlen ist nicht Kernanliegen unseres Antrages, das ist Ihnen ja aufgegangen. Die Hauptintention ist entschieden vielschichtiger. Selbst die Wirtschaft ist beim Thema Ich-AG geteilter Meinung. Als positiv ließe sich betrachten, dass die Förderung Mut zur Selbständigkeit macht, denn keine Schlagzeile liest sich besser, als „Jetzt bin ich meine eigene Chefin.“ Es lässt sich ebenfalls nicht abstreiten, dass es eine minimale Hoffnung darauf gibt, den einen oder anderen vielleicht aus der Schwarzarbeit in eine legale, aber subventionierte legale Beschäftigung überführen zu können.

Die Wirtschaft, und dies gilt auch für die CDU-Fraktion, sieht einen Teil der zu erwartenden neuen Ich-AGs mit ihrem Betätigungsfeld als Scheinunternehmen, die an der Grenze der Wettbewerbsverzerrung tätig sein werden. Es liegt doch auf der Hand, dass ein Ich-Aktionär mit staatlichen Zuschüssen rentabler arbeiten kann als ein Handwerker, der sich auf dem freien Markt Tag für Tag seine Stellung – weiß Gott! – schwer erkämpfen muss.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, die Furcht vor der neuen Konkurrenz ist daher gerade im Handwerk besonders groß und natürlich auch verständlich. Wie würden Sie reagieren, wenn Ihr Nachbar subventioniert die gleiche Dienstleistung sehr viel günstiger anbieten könnte als Sie?

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

Sie stimmen mir zu?

(Angelika Gramkow, PDS:
Frau Strenz, Sie haben Recht.)

Gut.

Ist das Wettbewerbsverzerrung? Es ist Wettbewerbsverzerrung.

Die einzelnen Punkte im Hartz-Konzept schienen für manche wie ein Strohalm, die Rettung vor dem Untergang. Und nun wird es für die wenigen, die Hoffnung hatten, zum Damoklesschwert. Daher ist es wohl angebracht, die große Existenzgründer-Euphoriewelle etwas zu brechen und mit dem Thema Ich-AG zu beginnen und es auch nüchterner und sachlicher zu betrachten, um auch den Sorgen und Ängsten der kleinen Unternehmen hier Rechnung zu tragen.

Aus unserer Sicht, und damit wollen wir nicht den Teufel an die Wand malen, öffnen sich mit dem Gebilde der

Ich-AG der Scheinselbständigkeit Tür und Tor. Ich möchte das auch begründen. So könnte in einem Dachdeckerbetrieb der Inhaber seine Angestellten entlassen, um sie später als staatlich geförderte Subunternehmer wieder im eigenen Unternehmen zu beschäftigen – völlig ohne Problem.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Das wären faule Deals, um dieselbe Arbeit jetzt unter anderen, für ihn sicher komfortableren Umständen fortzusetzen. Der Unterschied ist folgender: Jetzt kann der ehemalige Arbeitgeber Versicherungsbeiträge sparen und zudem noch seine Leistungen zu niedrigen Preisen anbieten. Ob das gewollt ist? Ich glaube Nein. Nürnberger Forscher gehen von maximal 40.000 Ich-AGs bundesweit aus, die entstehen könnten, und bestätigen allerdings auch eine erhebliche Anzahl von Verdrängungs- und Mitnahmeeffekten. Genau dies gilt es zu be- oder aber zu entkräften.

In unserem Land, in Mecklenburg-Vorpommern, haben wir zwar im Bundesdurchschnitt – und Sie haben es gesagt, Herr Minister Holter – die niedrigste Selbständigquote. Sie aber durch Mitnahmeeffekte aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung aufzubauschen kann aus unserer Sicht nicht der richtige Weg sein. Bedenken und Zweifel, im schlimmsten Fall die Gewissheit, dass das Projekt Ich-AG scheitert und zudem wohl erhebliche negative Auswirkungen auf unsere eh angeschlagene Selbständigenlandschaft hat, müssen zwangsläufig die Forderung ergeben, eine halbjährige Information darüber zu erhalten.

Nun haben wir es heute schon sehr oft im Saal hier in diesem Haus gehört – Sie haben es ähnlich ausgedrückt –, Sie mögen sich fragen, warum auch hier nicht eine Kleine Anfrage, oder uns damit zufriedener geben, was Sie uns sagten. Per Telefonanruf bekommt man diese oder jene Information. Ich will es Ihnen erklären, warum wir das in der Form des Antrages händeln: Wir wollen aus einer Holschuld eine verstetigte Bringschuld machen und wir wollen verhindern, dass wir keine Antworten bekommen, und genauso war es eben gerade. Aufzeichnungen dazu existieren nicht. Wir wollen genau das mit diesem Antrag vermeiden.

Ich wollte Sie eigentlich auffordern, sich die Mühe zu machen, einmal anzurufen beim Landesarbeitsamt Nord. Sie haben das ja getan. Jetzt bin ich hoch erstaunt, denn das zeigt ja schon, dass man wahrscheinlich hat, wenn man einen sehr kompetenten Minister vor sich hat, mehr Informationen herausgibt, als wenn nur ein Landtagsabgeordneter anruft, denn ich habe es getan. Und die einzige Information, die ich bekommen habe, war: 120 Ich-AGs im Lande, darunter 55 Frauen. Eine davon ist jetzt ihre eigene Chefin. Neubrandenburg 13 Ich-AGs, Rostock 42, Schwerin 48, Stralsund 17. Und mehr Informationen – Fehlanzeige.

Es ist von großem Interesse und notwendig zu erfahren, wie sich die Anzahl der Ich- beziehungsweise Familien-AGs im Zusammenhang mit den demographischen Angaben erstellt, welche Arbeitslosenbiografien die Gründe einer Ich-AG hatten oder ob sie tatsächlich kurz zuvor möglicherweise vor ihrer Arbeitslosigkeit noch in einem Unternehmen gleicher oder ähnlicher Branche tätig waren. Das Ergebnis dieses Antrages, so Sie alle diesem zustimmen und das hoffe ich sehr, ist die Erstellung einer Datensammlung nach den einzelnen Antragseckpunkten

und wird uns allen hier Aufschluss geben über Sinn oder Unsinn der Ich-AG. Dies sollte das Interesse aller Abgeordneten in diesem Hause sein. Und die Erkenntnisse, die wir daraus gewinnen werden, geben der Regierung dann Klarheit im Handeln, und dies ist in jedem Falle das Gebot der Stunde. Ich bin der Meinung, mehr muss man dazu nicht ausführen, diesen Antrag kann man einfach nicht ablehnen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Strenz.

Das Wort hat die Abgeordnete der PDS-Fraktion Frau Lück.

Regine Lück, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung verfügt nicht über die von der CDU geforderten Zahlen. Die Förderung der Ich-AGs ist ein Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Verantwortung der Bundesanstalt für Arbeit. Das Land stellt auch keine Komplementärfinanzierung zur Verfügung, da dies nicht vorgesehen oder gefordert ist, so dass dieser gesamte Prozess durch die Verwaltung der Bundesanstalt für Arbeit organisiert und auch verwaltet wird. Die PDS-Fraktion lehnt daher Ihren Antrag ab.

In ihrer Begründung beziehen sie sich auf den Entstehungsprozess des Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Zur Aufklärung: Es handelt sich zunächst um zwei Gesetze, ein erstes und ein zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Im zweiten Gesetz sind die Regelungen für die Ich-AG enthalten. Kritik der CDU habe ich immer nur in dem Zusammenhang gehört, dass zu wenig Druck auf Arbeitssuchende, SozialhilfeempfängerInnen und ArbeitnehmerInnen ausgeübt und der Kombi-Lohn- oder Niedriglohnbereich nicht ausreichend ausgeweitet wird. Zwischenzeitlich hatte Herr Rehberg ja sogar einmal eingeräumt, dass die schlechte Bezahlung des Fachpersonals in der Tourismusbranche auch eine Ursache für Abwanderung eben jener Kräfte in die alten Bundesländer und ins Ausland ist. Also, welche Hoffnungen sehen Sie denn nun nicht erfüllt, die nach existenzsichernden Einkommen oder die nach mehr Druck auf ArbeitnehmerInnen, jede Arbeit annehmen zu müssen?

In der Begründung Ihres Antrages verweisen sie auf die steigende Zahl der Erwerbslosen. Ja, meine Damen und Herren, die Erwerbslosenquote ist in den letzten Monaten in ganz Deutschland und auch in unserem Land weiter angestiegen. Das hat verschiedene Ursachen und macht aus unserer Sicht eins deutlich: Die bisher eingeleiteten Maßnahmen oder so genannten Reformen haben in keiner Weise dazu beigetragen, neue existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen. Und damit hier auch kein Missverständnis aufkommt, ich meine ausdrücklich die Reformen, die noch unter der Kohl-Regierung eingeleitet und für die Sie abgewählt worden sind, die aber leider durch die Regierung Schröder fortgesetzt werden. Zur Erinnerung, diese Reformen waren gekennzeichnet durch:

- Abbau von Rechten der Erwerbslosen unter anderem durch Wegfall des Berufsstandsschutzes und Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für die Betroffenen
- Herabsetzung des Arbeitslosengeldes

- Anrechnung von Abfindungen bei der Berechnung von Arbeitslosengeld
- Steuererleichterungen für Konzerne und Besserverdienende

All diese so genannten Reformen erfolgten immer mit der Maßgabe, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Regine Lück, PDS: Ich möchte erst meinen Beitrag beenden und dann, Frau Strenz, können Sie mich fragen.

All diese so genannten Reformen erfolgten immer mit der Maßgabe, neue Arbeitsplätze zu schaffen und vorhandene Arbeitsplätze zu sichern. Das Ergebnis sehen wir heute.

Dann lese ich in der Begründung zum Antrag: „Doch langsam werden seit dem ersten Januar einzelne Teile des Konzeptes umgesetzt.“ Auch an diesem Punkt irrt die Autorin oder der Autor. Der 1. Januar stimmt nicht und „langsam“ stimmt auch nicht. Die erste Personal-Service-Agentur wurde modellhaft bereits im Herbst vorigen Jahres in Duisburg eröffnet. Der Job-Floater, auch als Programm „Kapital für Arbeit“ bekannt, floppt bereits schon seit dem 1. November vergangenen Jahres.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

10.000 Anfragen sind für mich auch kein Erfolgskriterium. Und schließlich hat Ihre Partei mit dazu beigetragen, dass zwei Gesetze von so weitreichender Bedeutung – im einführenden Text wird von einer Neuordnung des Arbeitsmarktes gesprochen – von der Ersten Lesung im Bundestag am 7. November über den Vermittlungsausschuss bis zur Zustimmung im Bundesrat lediglich 46 Tage brauchte. Da sind die Sonn- und Feiertage schon eingerechnet. Wenn wir alle Gesetze so schnell beschließen würden, wären wir entweder schneller am Ziel oder schneller am Ende mit unserem Latein.

So viel Zurückhaltung allerdings, wie in Ihrem Antrag zum Ausdruck kommt, bin ich aus Ihren Reihen gar nicht gewohnt. Grundsätzliche „Zweifel“, heißt es da, „an der Wirksamkeit dieses arbeitsmarktpolitischen Instrumentes ... fußen ... auf der Annahme, dass subventionierte Kleinunternehmen gegründet werden ...“ Meine Damen und Herren, das ist keine Ausnahme, das ist so. 150 Menschen haben sich in Mecklenburg-Vorpommern bisher zu diesem Weg entschlossen und ich wünsche jedem und jeder Arbeitslosen viel Glück, die mit diesem Instrument um ein existenzsicherndes Einkommen kämpfen und die Arbeitslosigkeit damit beenden wollen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Karsten Neumann, PDS)

Ich habe allerdings meine Zweifel, dass dies gelingt, da für jede erfolgreiche Existenzgründung eine tragfähige Konzeption notwendig ist und vor allem ein tragfähiger Markt vorhanden sein muss. Mit den Ich-AGs droht neben den möglichen Chancen eine Verdrängung bestehender Arbeitsplätze für abhängig Beschäftigte, aber auch Billigkonkurrenz im unternehmerischen Bereich. Der Druck auf abhängig Beschäftigte sowie auf das Lohngefüge werden erhöht und der ruinöse Wettbewerb im unternehmerischen Bereich wird weiter ausgebaut.

(Beifall Karsten Neumann, PDS –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Fatal wäre auch, wenn die Bundesanstalt für Arbeit aus Gründen der Kostenersparnis die bisherige Form der Existenzgründungsbeihilfe in Form des Überbrückungsgeldes nach Paragraph 57 SGB III nicht mehr bedienen würde. Durch die Regelungen aus dem ersten und zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, zum Beispiel durch die Verschärfung der Zumutbarkeit bis hin zum Auswanderungszwang, mit Minijobs und PSA-Leiharbeit, wird der Druck sowohl auf Arbeitsuchende als auch auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschärft, jede Arbeit anzunehmen. Durch Verdrängung werden bestehende Arbeitsplätze vernichtet und durch nicht existenzsichernde ersetzt. Dies belastet in der Endkonsequenz die Kommunen und die sozialen Systeme.

Weil dies alles zu einem weiteren Abbau des Sozialstaates bis hin zu seiner Abschaffung führt, ist die Umsetzung des Hartz-Konzeptes und aller Gesetze, die diesem Tenor folgen, weder für den Osten noch für den Westen gut. Und mir schwant, dass wir am Freitag eine Fortsetzung dessen erfahren.

Ich würde mit Ihnen übereinstimmen – und da könnten wir ja vielleicht sogar einen interfraktionellen Antrag zustande bringen, Frau Strenz –, wenn sie die statistische Ausweisung jeglicher Form von Beschäftigungsförderung durch die Bundesanstalt für Arbeit forderten, also Ich-AGs, Mini-Jobs bis 400 Euro, Minijobs bis 800 Euro. Was wir aber hier noch mal klarstellen müssen: Ihre Bundespartei hat immer eine viel schärfere Gangart bei der Umsetzung von Hartz und damit beim Sozialabbau gefordert. Wenn es hier im Land eine abweichende Meinung zu den Kolleginnen und Kollegen der Bundestagsfraktion und der Bundespartei geben würde, würde mir das einiges an Sympathien abringen, allein mir fehlt der rechte und auch der linke Glaube. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Lück.

Jetzt die Anfrage von Frau Strenz.

Karin Strenz, CDU: Frau Lück, sind Sie sicher, dass Sie in Ihrer parlamentarischen Arbeit in den nächsten drei Jahren tatsächlich kein Interesse mehr daran bekunden werden, wie sich das Instrument Ich-AG auf unseren Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern auswirken wird, und nicht mehr das Bedürfnis nach Statistiken im Bauausschuss äußern werden?

Regine Lück, PDS: Das habe ich niemals gesagt, Frau Strenz.

Karin Strenz, CDU: Warum ist es Ihnen dann nicht möglich, dieser Bitte der CDU in diesem Antrag nachzukommen?

(Reinhard Dankert, SPD: Die Nachfrage muss sie beantragen, die Kollegin. –
Andreas Bluhm, PDS: Erst mal muss sie die Nachfrage beantragen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Strenz, wenn Sie eine Nachfrage stellen wollen, bitte ich, dass Sie das erst mal signalisieren und Frau Lück dann erklären kann, ob sie antworten möchte.

Karin Strenz, CDU: Pardon.

Regine Lück, PDS: Ich bin bereit, die Nachfrage zu beantworten.

Karin Strenz, CDU: Frau Lück, wäre es Ihnen dann möglich, unserem Ansinnen nachzukommen, da Sie mit der Beantwortung der ersten Frage das ja eigentlich ausgesagt haben?

Regine Lück, PDS: Ich habe Ihnen ja erklärt in meiner Begründung, dass ich der Auffassung bin, dass das in Verantwortung der Bundesanstalt für Arbeit liegt und wir ja aber gemeinsam einen interfraktionellen Antrag stellen können.

Karin Strenz, CDU: Danke. Gestatten Sie eine dritte Nachfrage?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Abgeordnete? (Zustimmung)

Karin Strenz, CDU: Frau Lück, ist es aus Ihrer Sicht möglich, dass der Herr Minister Holter einerseits Einfluss auf die Bundesanstalt für Arbeit hat, wenn er sagt, dass die richtige Auswahl der Arbeitslosen auch in seiner Kraft stünde, sie zu selektieren, um sie in eine Ich-AG zu überführen, sich aber gleichzeitig nicht in der Lage sieht, ...

(Angelika Gramkow, PDS:

Das hat er nun wirklich nicht gesagt.)

Pardon. Also es war mir nicht möglich, ...

(Zuruf von Minister Helmut Holter)

Ja, Ihre Belastung kenne ich da nicht.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Strenz, ...

Karin Strenz, CDU: Sekunde, ich fahre fort.

... Informationen zur Ich-AG zu besorgen von eben dieser Anstalt?

Regine Lück, PDS: Ich habe Ihnen ja diese Frage schon mal beantwortet.

Karin Strenz, CDU: Nein.

Regine Lück, PDS: Sie wiederholen ja Ihre Frage. Ich finde die Art und Weise, wie Sie sie formuliert haben, nicht in Ordnung. Sie unterstellen damit Minister Holter, hier Menschen, die in enger Bedrängnis und die in einer schwierigen sozialen Lage sind, zu selektieren. Ich denke, davon kann überhaupt nicht die Rede sein. Und ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass wir uns natürlich jederzeit – und Sie sich auch – an Herrn Seutemann wenden können, um bestimmte Informationen zu erhalten. Dafür ist die Bundesanstalt für Arbeit da.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Aber unabhängig davon bin ich der Auffassung, wir sitzen ja auch zusammen in den Ausschüssen oder in den Arbeitskreisen, um uns die entsprechenden Informationen geben zu lassen und anzufordern.

(Beifall Karsten Neumann, PDS, Peter Ritter, PDS,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Karin Strenz, CDU: Danke schön, Frau Lück.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Lück.

Um das Wort hat jetzt noch mal gebeten der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Mohr.

Klaus Mohr, SPD: Frau Kollegin Strenz, erlauben Sie mir eine kurze Anmerkung. Ihre Frage hat ja gezeigt – Frau

Lück hat meines Erachtens schon richtigerweise darauf hingewiesen – und ich stelle Ihnen einfach noch mal die Gegenfrage, auch das muss noch mal erlaubt sein: Wieso hier und heute wieder dieses Szenario? Wieso zoomen Sie diese Angelegenheit Ich-AG wieder so hoch, bringen sie in den Landtag ein? Natürlich ist das Ihr gutes Recht. Aber warum haben Sie – Frau Lück hatte darauf hingewiesen – nicht in Arbeitskreisen beziehungsweise insbesondere im zuständigen Ausschuss diese Thematik hier mal auf die Agenda gebracht, wo sie eigentlich hingehört,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

wenn es Ihnen denn schon so wichtig ist? Das verstehe ich nicht. Das ist Polemik von Ihnen! Und ich denke, wozu sind die Ausschüsse da? Hier gehören die Themen behandelt. Und darüber hätte man sich sicherlich in aller Ruhe unterhalten können. Deswegen, was Sie hier machen,

(Harry Glawe, CDU: Unsere Anträge schreiben wir immer noch alleine. Da werden wir Sie nicht fragen, was wir machen sollen!)

das ist etwas für die Galerie, das ist purer Populismus, das muss man hier einfach mal so sagen, Herr Glawe!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und, Frau Strenz, ich sage Ihnen noch eins: Ich denke, Sie haben mir ja gut zugehört, ich habe gesagt, hier wird sich keiner drücken vor einer knallharten Analyse und vor der Berücksichtigung von Zahlenwerken und Statistiken. Diese Statistiken müssen wir sicherlich anstellen, das ist doch kein Thema, das ist doch gar nicht in Abrede gestellt worden. Hier ging es doch in erster Linie nur darum, welcher Zeitraum denn relevant ist beziehungsweise wann macht man diese Analyse und wann guckt man sich die Ergebnisse dieses ganzen Prozesses an. Und da ist doch wohl ganz klar deutlich geworden, denke ich, dass hier einfach noch Zeit gebraucht wird, um diese Maßnahmen sinnvoll beurteilen zu können. Das ist doch der entsprechende Punkt.

Und noch mal, tut mir Leid, aber ich muss das einfach noch mal wiederholen, Sie kommen jetzt jedes Mal her und Ihnen fällt nichts anderes ein, als permanent diese Debattenanträge einzubringen. Noch mal meine Auffassung, ich wiederhole das sehr gern: Frau Strenz, Herr Rehberg, wenn Sie Konzepte haben, wenn Sie Ideen haben, wie Sie Arbeitsmarktpolitik gestalten, sind davon überzeugt und stehen hinter ihnen, dann bringen Sie nicht immer solche Anträge ein,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

sondern bringen Sie Sachanträge ein, über die man hier diskutieren kann! Kämpfen Sie für Mehrheiten, für Ihre Überzeugung! Das tun Sie nicht. Insofern habe ich ganz große Probleme bei dem, was Sie hier zelebrieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mohr.

Frau Strenz ich erteile Ihnen aufgrund Ihrer eindeutigen Geste einen Ordnungsruf.

Um das Wort gebeten hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Kollege Mohr, hier der Landtag, der zehnmal im Jahr zu seinen ordentlichen Sitzungen zusammentritt, das ist die Bühne, wo wir parlamentarisch arbeiten, wo wir uns auch parlamentarisch auseinander setzen. Und wenn Sie das Thema Ich-AG, Job-Floater und anderes wirklich substantiell im Ausschuss behandeln wollen, dann brauchen Sie als Voraussetzung einen regelmäßigen Bericht zu dieser Thematik. Oder Sie gehen ständig den Umweg der Selbstbefassung im Ausschuss.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist ein legaler Weg, kein Umweg.)

Ich halte den Weg darüber, wie wir ihn hier aufgezeigt haben, für den richtigeren. Und, Herr Kollege Mohr, wir haben zum Thema Existenzgründung in den letzten Jahren Sachanträge gestellt. Ich kann mich an einen Antrag erinnern aus dem Frühjahr 1999, wo wir diese Landesregierung aufgefordert haben, für Branchen wie das Bauhaupt- und Nebengewerbe Existenzgründerzuschüsse des Landes nicht mehr vorzusehen. Weit über ein Jahr darüber hinaus, nachdem dieser Antrag von SPD und PDS abgelehnt worden ist, wurden aus dem Arbeitsministerium Existenzgründerzuschüsse vergeben. Unter anderen war Herr Holter ganz stolz, im Frühjahr 2000 den 2000. Existenzgründer zu bezuschussen. Nun raten Sie mal, was das für eine Branche war? Es war eine Dachdeckerfirma aus Wismar.

Und offenbar haben Sie noch gar nicht voll erkannt, was für eine Dramatik hinter dem Thema Ich-AG steht. Und Sie haben offenbar noch gar nicht erkannt, was für eine Dramatik hinter dem Thema Job-Floater steht? Es gibt die ersten Firmen, die stellen Arbeitslose nach dem Job-Floater ein, pro Nase 100.000 Euro Zuschuss, 50.000 Euro ohne Besicherung, und schulden Kredite um. Es gibt erste Überlegungen: Die stellen Arbeitslose ein und wollen damit investieren. Ich brauche Ihnen nicht weiter zu erzählen, wie dann der Kapitaldienst aussieht sowie die Abschreibungskomponenten und so weiter und so fort und was das für einen Wettbewerbsvorteil bringt.

Und, Herr Mohr, jetzt gehen Sie mal raus zum Heizungs-Sanitär-Meister, zum Dachdeckermeister, zum Malermeister und schauen Sie, in welchen Überlegungen die sind. Sie brauchen nämlich nur eine logische Sekunde, in der ihr Mitarbeiter arbeitslos ist. Dann kann er sofort eine Ich-AG gründen. Es gibt keine Karenzzeit. Eine einzige logische Sekunde reicht. Es gibt die ersten Überlegungen, zehn Gesellen zu entlassen, mit denen eine AG zu machen. Dann gehen sie als AG an die Ausschreibung, und das mit einem Lohnkostenvorteil. Wenn Sie die 14.400 Euro für drei Jahre nehmen bei einem Einkommen von 75.000 Euro – das rechnen Sie sich mal prozentual aus –, dann ist das ein Subventionstatbestand im Personalkostenbereich von etwa 20 Prozent. Und wenn Sie nicht erkennen, wohin diese Problematik Ich-AG/Job-Floater führt, dann können wir uns in Ruhe damit noch mal weiter befassen und unterhalten.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Übrigens zu diesen Punkten – Job-Floater, Ich-AG und Personalserviceagenturen – hat die Bundestagsfraktion der CDU/CSU Nein gesagt und dazu haben die unionsgeführten Länder im Bundesrat klipp und klar Nein gesagt. Mit diesen Instrumenten sind wir dabei, den ganzen deutschen Arbeitsmarkt und auch den Wettbewerb völlig auszuhebeln. Ich sage Ihnen eins voraus und dann können wir uns in einem Jahr wieder unterhalten,

dass die Möglichkeit zum Beispiel, dass die Ich-AGs auch Gewerke der Handwerkerrolle B umfassen können – Thema Anstreicher –, dass Sie etwas überhaupt nicht mehr aufhalten werden können, was heute schon ansatzweise mit den Hausmeisterservicen eingesetzt hat. Ich sage Ihnen eins voraus: Sie werden in drei Jahren massenweise Ich-AGs haben, die wieder Pleite gehen, aber dazwischen haben Sie bestehende Unternehmungen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

insbesondere gestandene Handwerksbetriebe, massenweise kaputt gemacht. Und deswegen gehört das Thema auf den Tisch dieses Landtages. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Danke, Herr Rehberg.

Wir befinden uns am Ende der Aussprache. Ich schließe sie.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/266. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 9. April 2003, um 10.00 Uhr ein und berufe den Ältestenrat des Landtages auf 15.30 Uhr ein.

Schluss: 15.26 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Norbert Baunach, Sigrid Keler, Vincent Kokert und Wolfgang Riemann.